

bdwwo



bundesarbeitsgemeinschaft
wohnungslosenhilfe

Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Österreich

Wohnungslosenerhebung 2006-2007-2008

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe

BAWO

im Auftrag des

Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Projektteam: Heinz Schoibl, Angela Schoibl, Sepp Ginner,
Jenni Witek, Franz Sedlak

Wien, im Juni 2009

Impressum.

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe

Rotensterngasse 22 / 27

1020 Wien

tel./fax: +43-1-812 72 02 (mo-do 9-12, mi 13-16)

mobil: +43-680-21 28 503

www.bawo.at



Adressen:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Stubenring 1 / Abteilung V / 4

1010 Wien

tel.: +43-1-71100 2278

fax: +43-1-71100 2296

www.bmask.gv.at

Helix Forschung und Beratung OEG

Mirabellplatz 9 / 3

5020 Salzburg

tel.: +43-662-886623 10

fax.: +43-662-886623 9

www.helixaustria.com

Für den Inhalt verantwortlich:

Heinz Schoibl

Angela Schoibl

Sepp Ginner

Jenni Witek

Franz Sedlak

Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Österreich

Zusammenfassung der Ergebnisse, Kurzfassung des Schlussberichts

Entstehung der Studie

Zehn Jahre ist es her, dass – erstmalig und bisher einmalig – von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) eine österreichweite Erhebung zur Wohnungslosigkeit¹ durchgeführt wurde. In Zusammenhang mit den EU-weiten Bemühungen, die Datenbasis über Wohnungslosigkeit und über die entsprechenden Hilfestrukturen zu verbessern bzw. die vorhandenen Grundlagen länderübergreifend vergleichbar zu gestalten, wurde im Jahr 2007 die BAWO neuerlich vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (aktuell: bm:ask) beauftragt, eine Vollerhebung durchzuführen.

In enger Abstimmung mit der Grundsatzabteilung des Sozialministeriums, den Verwaltungsabteilungen der Bundesländer sowie den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe erfolgte eine quantitative Erhebung zum Ausmaß und Profil der Wohnungslosigkeit sowie zur Reichweite der Wohnungslosenhilfe. Die Europäische Typologie für Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung (ETHOS²), die zwischen unterschiedlichen Formen der Wohnungslosigkeit und prekärer und unzureichender bis unsicherer Wohnversorgung differenziert, sollte in der Folge auch als Gliederung der Ergebnisdarstellung verwendet werden, um so zu überprüfen, inwieweit Österreich an einem vergleichenden Monitoring (Mphasis³) über die Belastung durch Wohnungslosigkeit in den EU-Ländern teilnehmen kann. Eine direkte Übertragung der Daten in die Typologie von FEANTSA, den Ethos-Kategorien, ist nur teilweise möglich (siehe dazu Kapitel 6).

Die Erhebung von Ausmaß und Profil der Wohnungslosigkeit in Österreich bezieht sich auf den Zeitraum des Jahres 2006. Als Vergleich zu diesen Jahresdaten (wie viele Menschen wurden im Verlauf des Jahres 2006 den unterschiedlichen Einrichtungen der WLH sowie aus wlh-nahen Dienstleistungsbereichen als wohnungslos bzw. prekär wohnversorgt bekannt?) wurden auch Stichtagsdaten erhoben. Dafür wurde der Zeitraum Ende 2007 gewählt. Da in den Bundesländern Salzburg (10/07), Tirol (10/07) und Vorarlberg

¹ Gerhard Eitel, Heinz Schoibl, Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich, Wien 1999

² FEANTSA, Europäische Typologie für Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung, Brüssel 2008

³ MPHASIS ist ein Forschungsprojekt zur Etablierung einer europaweit gültigen Erhebungsmethode zum Ausmaß der Wohnungslosigkeit (www.trp.dundee.ac.uk/research/mphasis).

(7/07) parallel zu diesem Vorhaben eigenständige Stichzeitraumerhebungen ausgeführt worden waren, wurden die Ergebnisse dieser regionalen Wohnungslosenerhebungen in die nun vorgelegte Vollerhebung einbezogen.

In einem zweiten Arbeitsschritt wurden quantitative Daten zu Ressourcen und Kapazitäten der Wohnungslosenhilfe erhoben und in drei abschließenden Workshops ausgewählte Fragestellungen zum Stand der Entwicklung der Wohnungslosenhilfe in urbanen und regionalen Umfeldern bearbeitet. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf den Aspekt der Standards (Wohnungssicherung und Prävention von Wohnungslosigkeit, soziale Sicherheit und Wohnstandards, Betreuung und Rehabilitation etc.) gelegt.

Ziele

Ziel der Studie war die Erfassung der Anzahl von Menschen und Haushalten, die in Österreich unter Wohnungslosigkeit leiden bzw. von ihr bedroht sind. Besonderes Augenmerk galt der Frage nach den Zielgruppen, die von Wohnungslosigkeit in besonderem Ausmaß gefährdet oder betroffen sind. In diesem Zusammenhang hat uns interessiert, ob und in welchem Ausmaß diese Personengruppen von der Wohnungslosenhilfe bzw. von den Angeboten der wlh-nahen Einrichtungen erreicht werden und wie deren Angebote genutzt werden.

Als wohnpolitisch relevanter Referenzrahmen wurden weiters auch Daten des Bundesrechenzentrums bzw. des Bundesministeriums für Justiz über gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen, Räumungsexekutionsverfahren sowie Daten über vollzogene Zwangsräumungen herangezogen. Die aktuell vorliegenden Daten aus EU-SILC 2007 gehen zudem in einem eigenen Kapitel auf Fragen prekärer Wohnversorgung (Substandard und Überbelag) ein. Diese Daten konnten ebenfalls in der Studie berücksichtigt werden.

Durchführung

Die Durchführung der Studie wurde wesentlich von den Verwaltungsabteilungen der Länder (Sozialplanung) unterstützt. So wurden in den meisten Bundesländern die verwendeten Fragebögen direkt an die Träger von WLH-Einrichtungen versandt. Auch die Daten zur Ressourcenausstattung und zu den Kapazitäten wurden im Wege der zuständigen Verwaltungsabteilungen zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden einrichtungsspezifische Daten direkt bei den Trägern erhoben (zum Teil wurden von einzelnen Trägern der WLH ergänzende Fragebögen ausgearbeitet, zum Teil Jahresberichte zur Verfügung gestellt, die dann für diese Erhebung adaptiert wurden).

Ergebnisse im Überblick / Zusammenfassung

Datengrundlage

Es liegt ein umfassender Überblick über die wohnungslosen bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen und Familien in Österreich vor, soweit diese von WLH-Einrichtungen zur Bewältigung von Wohnungslosigkeit beraten und/oder betreut werden. Über die KlientInnen wlh-naher Einrichtungen in prekärer Wohnsituation sowie über das Dunkelfeld verdeckter Wohnungslosigkeit, z.B. einrichtungsferne wohnungslose Personen, die übergangsweise bei FreundInnen und Bekannten unterkommen und keinen Kontakt zum Hilfenetzwerk der WLH bzw. zu wlh-nahen Einrichtungen eingehen, gibt diese Studie jedoch keine umfassende Auskunft. Ebenfalls war es im Rahmen dieser Erhebung nicht möglich, systematisch Daten über jene Personen bereit zu stellen und zu berücksichtigen, die sich den Beratungs- und Betreuungsangeboten der WLH sowie wlh-naher Einrichtungen durch kontinuierliches Leben im betreuungsfreien Raum (Straße, Abbruchhäuser etc.) entziehen.

Dieser Auswertung zur Wohnungslosigkeit in Österreich liegen mehr als 37.000 KlientInnendaten über Betreuungsfälle aus der Jahresdatenerhebung 2006 (**31.211** Erwachsene und **5.954** Minderjährige) sowie 9.989 KlientInnendaten über Betreuungsfälle aus der Stichzeiterhebung 2007 zugrunde, weiters die Daten des Bundesrechenzentrums bzw. des Bundesministeriums für Justiz über die Exekutionsverfahren im Wohnungsbereich aus dem Jahr 2008 und andere Daten aus dem Statistischen Zentralamt⁴.

Tabelle 1: Datengrundlage nach Angebotsbereichen

Angebotsbereiche	Jahresdaten 2006	Stichtag / -zeitraum 2007
Delogierungsprävention	15.142	1.225
ambulante Hilfen	13.438	4.375
(teil-)stationäre Wohnbetreuung	8.400	5.005

Insgesamt können in dieser Untersuchung sechs Angebotsbereiche unterschieden werden. Einrichtungen aus diesen Hilfebereichen wurden im Kontext der Erhebung, vorwiegend direkt über die Sozialverwaltungsabteilungen der Länder sowie ergänzend über die Mitgliedsorganisationen der BAWO / durch das Projektteam der BAWO, kontaktiert und um die Übermittlung ihrer KlientInnendaten gebeten.

⁴ Genaue Angaben zur Datenherkunft und Referenz-Tabellen finden sich im Kapitel 5

Tabelle 2: Bereichsspezifische Aspekte der Reichweite dieser Erhebung

	Ambulante Angebote ohne Wohnversorgung	(teil-)stationäre Angebote der Wohnbetreuung	Behördliche und / oder private Beratungsangebote zur Abwendung von Delogierungen
Wohnungslosenhilfe	Annähernde Vollerhebung von Sozialberatungsstellen, Nächtigungsangeboten in Notschlafstellen, Tagesstruktur und Tageszentren, Streetwork etc.	Annähernde Vollerhebung von Wohnbetreuung in Wohnheimen, Übergangswohnheimen und –wohnungen, Wohngemeinschaften sowie ambulant betreuten Wohnungen, die von WLH-Trägern angemietet sind	Vollerhebung von Fachstellen für Delogierungs-Prävention
wlh-nahe Einrichtungen	Ambulante Beratung und Betreuung in Jugend-, Frauen-, Familienberatungsstellen etc.; Nächtigungsangebote wie Jugendnotschlafstellen konnten ansatzweise und unsystematisch, mit großen Unterschieden zwischen den Bundesländern, erhoben werden	Wohnheime und Wohngemeinschaften bzw. ambulant betreutes Wohnen für Frauen (z.B. Mutter-Kind-Heime), für Jugendliche, psychisch kranke wohnungslose Menschen, Sucht- und Drogenhilfe etc. wurden nur unsystematisch erfasst	Beratungsangebote durch behördliche Einrichtungen, z.B. Sozialämter, Bezirkshauptmannschaften sowie Beratungsstellen aus Bereichen im näheren Umfeld der WLH, z.B. Familien- oder Frauenberatung, Jugendwohlfahrt etc. konnten teilweise berücksichtigt werden.

Der engere Bereich der WLH-Einrichtungen konnte weitgehend vollständig erfasst werden. In die vorliegenden Daten konnten jedoch wichtige Leistungsbereiche aus den angrenzenden Hilfebereichen (insbesonderer. für die Zielgruppen von Jugendlichen, Frauen, Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen und Personen mit psychischen Beeinträchtigungen) nur ansatzweise und unsystematisch aufgenommen werden. Dieses Ergebnis verweist auf eine Besonderheit der bisher umgesetzten Monitoringvorsorgen, wonach sich die Schnittstellen zwischen den einzelnen Versorgungs- und Hilfebereichen (soziale Dienste, Einrichtungen für Frauen, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Personen mit Abhängigkeits- sowie psychischen Erkrankungen etc.) als Hürden für einen Datentransfer erweisen. Es ist somit von einer erheblichen Unterschätzung des Problemumfangs Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung auszugehen.

Delogierungsprävention

Jahresstatistik 2006:

Im Jahr 2006 wurden von den Angeboten der Delogierungsprävention insgesamt **10.923** Erwachsene und **4.219** mitziehende Kinder / Jugendliche erreicht, die für die Sicherung ihrer Wohnung der fachlichen Unterstützung bedurften (von der Delo-

gierungsprävention in Niederösterreich sowie Oberösterreich wurden die Daten aus dem Jahr 2007 für diese Untersuchung verwendet).

Stichtag Ende 2007:

In Beratung/Betreuung durch Angebote der Delogierungsprävention standen insgesamt **1.225 Personen**; der Anteil von Minderjährigen, die von der prekären Wohnversorgung ihrer Familie betroffen sind, ist in dieser Untergruppe sehr hoch (31Prozent).

Bei den KlientInnendaten zur Delogierungsprävention ist zu beachten, dass in den Erstkontakten einer Delogierungsberatung häufig nur die Anzahl der Haushalte gezählt wird, die von einem gerichtlichen Verfahren zur Auflösung bzw. von einer Räumungsexekution betroffen sind. Eine detaillierte Aufstellung der Haushaltsmitglieder und auch der betroffenen minderjährigen Familienmitglieder erfolgt in vielen Einrichtungen erst dann, wenn es zu einem intensiveren Beratungs- und Betreuungsgeschehen kommt.

Die vorliegende Anzahl von Personen, die im Beobachtungszeitraum eine Beratungs-/Betreuungsleistung der Delogierungsprävention in Anspruch genommen haben, stellt somit eine erhebliche Unterschätzung der Anzahl von Personen dar, die zur Abwendung eines Wohnungsverlustes in Beratung / Betreuung von Fachstellen der Delogierungsprävention stehen.

Ambulante Hilfen

Jahresstatistik 2006

Im Jahr 2006 wurden insgesamt von ambulanten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe (Beratungsstellen, Tageszentren und tagesstrukturierende Angebote, Streetwork) sowie von Sozialen Diensten im Umfeld der Wohnungslosenhilfe **13.120** Erwachsene und **318** mitziehende Minderjährige beraten und bei der Bewältigung ihrer problematischen oder fehlenden Wohnversorgung betreut. Von der Wohnungslosigkeit dieser erwachsenen Personen waren mitziehende Kinder und Jugendliche mitbetroffen.

Stichtag / -zeitraum Ende 2007

Weitere **4.375 Personen**, davon 291 Minderjährige, wurden ambulant beraten / betreut; der Frauenanteil an der erwachsenen Klientel betrug 30 Prozent. Von den KlientInnen der ambulanten Einrichtungen nutzten insgesamt 402 Personen (ausschließlich Erwachsene) die Möglichkeit zur Nächtigung in einer Notschlafstelle / Notunterkunft; der Frauenanteil in dieser Untergruppe lag bei 15 Prozent. Zu dieser Gesamtzahl ist anzumerken, dass aus den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Steiermark und Wien keine Stich-

tagsdaten zur Delogierungsprävention übermittelt wurden. Angaben zu Genderverteilung sowie über mitziehende Minderjährige sind zudem unvollständig. Eine Hochrechnung aus den vollständig differenzierten Daten ergibt eine Genderrelation von ca. 49 Prozent Männern und 51 Prozent Frauen.

Notschlafstellen / NächtigerInnenangebote

Etwa jede/r Dritte der ambulant beratenen KlientInnen hat zum Teil befristet / zum Teil über einen längeren Zeitraum hinweg Nächtigungsangebote einer Notschlafstelle in Anspruch genommen.

Insgesamt war im Jahr 2006 bei **1.149** Erwachsenen sowie **drei** Kindern und Jugendlichen eine Unterbringung in einer Notschlafstelle / Notunterkunft erforderlich. Da die Personen, die in den Notschlafstellen erfasst werden, überwiegend auch in ambulanter Beratung/Betreuung stehen, kann davon ausgegangen werden, dass diese Personengruppe bereits in die Gesamtzahl der vorliegenden KlientInnendaten aus dem ambulanten Hilfebereich aufgenommen sind. Bei der oben vorgenommenen Bildung einer Gesamtzahl der vorliegenden Daten über die Betreuungsfälle im Jahr 2006 wurden diese Personen nicht berücksichtigt, zumal es sonst durch Doppelnennungen zu einer groben Verzerrung und Überschätzung des Ausmaßes der Wohnungslosigkeit kommen würde.

(teil-)stationäre Wohnbetreuung

Jahresstatistik 2006

In den Wohnbetreuungseinrichtungen der Wohnungslosenhilfe sowie der Sozialen Dienste im Umfeld der WLH wurden im Jahr 2006 insgesamt **7.324** Erwachsene und **1.076** Kinder / Jugendliche betreut.

Stichtag / -zeitraum Ende 2007

In stationärer bzw. ambulanter Wohnbetreuung standen Ende 2007 insgesamt **5.005 Personen**; davon waren 704 Minderjährige; der Frauenanteil bei den erwachsenen KlientInnen betrug 32 Prozent.

Überschätzung des Problemumfangs durch Doppelnennungen

In dieser Aufstellung sind die Angaben bezüglich der KlientInnen von Notschlafstellen und reinen Nächtigungsangeboten nicht berücksichtigt, da diese zu hohen Anteilen auch in den Betreuungsdokumentationen aufscheinen und somit Doppelnennungen unvermeidlich sind. Überschneidungen in der Erfassung wohnungsloser Menschen sind jedoch auch zwischen den Angebotsbereichen der ambulanten Hilfen und der (stationären)

Wohnbetreuung anzunehmen. Es liegt in diesem Sinne eine systematische Überschätzung vor. Auch wenn andererseits im Bereich der Delogierungsberatung und -prävention eine Unterschätzung der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen festgestellt werden kann, ist es auf der Grundlage dieser Erhebung nicht möglich, eine Gesamtzahl der Personen zu bilden, die im Jahr 2006 von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen waren.

Eine Verzerrung durch Doppelnennungen ist vor allem deshalb anzunehmen, weil viele KlientInnen im laufenden Jahr aus einer ambulanten Beratung in eine Einrichtung der Wohnbetreuung überwechseln bzw. umgekehrt im Anschluss an eine stationäre Betreuung von einer ambulanten Beratungs- / Betreuungseinrichtung (nach)betreut werden. Als Doppelnennungen finden sich hier auch jene Betroffenen wieder, die eine Beratung der Wohnungssicherung / Delogierungsprävention in Anspruch nehmen, jedoch trotz versuchter Problemlösung ihre Wohnung verlieren und in der Folge stationäre oder ambulante Betreuungsangebote in Anspruch nehmen.

Ein Abgleich der in dieser Erhebung inkludierten Doppelnennungen war aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich.

Im Unterschied zu den Ergebnissen der Jahresstatistik ist bei der Stichzeitraumstatistik die Wahrscheinlichkeit von Doppelnennungen viel geringer. Zwar ist es auch hier wahrscheinlich, dass NächtigerInnen in Notschlafstellen im gleichen Zeitraum auch von einer ambulanten Beratungseinrichtung erfasst sind. Eine gleichzeitige Erfassung von KlientInnen in stationärer Wohnbetreuung sowie in ambulanter Beratung / Betreuung dürfte jedoch nur in Ausnahmefällen zutreffen. Die Zählung jener Personen, die während des Stichzeitraums (zumeist Ende 2007) in WLH oder wlh-nahen Einrichtungen erfasst wurden, klammert deshalb die NächtigerInnen in Notschlafstellen aus und kann mit hoher Plausibilität als Feststellung des Ausmaßes von Wohnungslosigkeit während des Stichzeitraums gelesen werden.

Wohnungslosigkeit nach Zielgruppen

Bei den KlientInnen der WLH (mit Ausnahme der Delogierungsprävention) handelt es sich überwiegend um männliche Österreicher in mittlerem Alter. Der Frauenanteil liegt sowohl in der ambulanten als auch der Wohnbetreuung ausgesprochen niedrig.

Gender

Der Frauenanteil liegt im Bereich der ambulanten Wohnungslosenhilfe bei 21 Prozent. In den betreuten Wohnformen liegt der Frauenanteil bei einem Durchschnittswert von 31 Prozent. Bei den Angeboten zur Delogierungsprävention ist dagegen in jenen Bundes-

ländern, aus denen genderdifferenzierte Daten vorliegen, ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen ablesbar. Da jedoch aus einzelnen Bundesländern keine nach Gender differenzierten Angaben zur Klientel der Delogierungsprävention vorliegen, ist hier die Bildung eines Durchschnittswerts für die Genderrelation in Österreich nicht möglich.

Prekäre und unsichere Wohnversorgung treffen somit Männer und Frauen in annähernd gleichem Ausmaß. Die Tatsache, dass weibliche Klientinnen in den Einrichtungen der WLH deutlich unterrepräsentiert sind, legt die Vermutung nahe, dass diese vermehrt informelle Bewältigungsstrategien wählen und gewissermaßen in verdeckter Wohnungslosigkeit verweilen. Ein konkreter Hinweis auf diese Strategien ergibt sich z.B. aus der Stichzeiterhebung, die im Bundesland Salzburg (mit Schwerpunkt auf Einrichtungen in der Landeshauptstadt Salzburg) durchgeführt wurde. Danach ist ein hoher Anteil der erfassten Frauen in Wohnungsnot und prekärer Wohnversorgung bei Bekannten / Verwandten untergebracht.

Ein weiterer Hinweis auf genderspezifische Zugangshürden im Bereich der WLH ergibt sich auch bei der Sichtung der WLH-Angebote und Ressourcen in den Bundesländern. Einrichtungen, die sich ganz gezielt an die Zielgruppe von wohnungslosen Frauen wenden, sind nach wie vor selten.

Migration

Von den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe werden auch KlientInnen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft betreut. Ihr Anteil liegt in den Kategorien Delogierungsprävention, Notschlafstellen und ambulante Beratung bei einem knappen Viertel, bei der Wohnbetreuung bei einem Drittel.

In den unterschiedlichen Hilfesegmenten der WLH bzw. wlh-naher Einrichtungen werden nur wenige AsylwerberInnen als Hilfesuchende verzeichnet. Im Bereich der ambulanten Beratungsangebote findet sich diese KlientInnengruppe mit einem Anteil von zwei Prozent vertreten. Weder in den Nächtigungsangeboten bzw. den betreuten Wohnformen finden sich AsylwerberInnen in einer nennenswerten Anzahl. Das ist darauf zurückzuführen, dass AsylwerberInnen aufgrund der bestehenden Rechtslage nahezu ausschließlich im Rahmen der Grundversorgungsregelung des Bundes und deren Umsetzung durch die Länder sowohl mit Unterkünften als auch mit Leistungen zur Deckung des Lebensunterhaltes versorgt werden.

Profil der Wohnungslosigkeit

Altersverteilung

Die Altersgruppe minderjähriger KlientInnen (<18 Jahre) nimmt anteilmäßig einen bescheidenen Stellenwert ein. Im Vergleich der unterschiedlichen Hilfekategorien fällt ein durchaus nennenswerter Anteil von Minderjährigen in den Nächtigungsangeboten (17 Prozent) auf, der allerdings in den weiterführenden Hilfebereichen der WLH keine Entsprechung findet.

Die Altersgruppen streuen relativ gleichmäßig über die verschiedenen Hilfesegmente – von ambulant bis stationär sowie in der Delogierungsberatung. Der Anteil der KlientInnen im Alter von 50 Jahren und älter nimmt deutlich ab. Am Häufigsten sind KlientInnen dieser Altersgruppe in den Angeboten der Wohnbetreuung anzutreffen.

Wenig überraschend finden sich im Segment der Delogierungsprävention keine minderjährigen KlientInnen, deren eigenständige Wohnverhältnisse gefährdet wären. Im Weiteren streuen die KlientInnen der Delogierungsprävention relativ gleichmäßig über die Altersstufen, mit einem leichten Überhang in der Altersstufe der 30-39Jährigen. Wohnbetreuung – sowohl in stationären / heimförmigen Einrichtungen wie auch im Kontext einer ambulanten Betreuung in eigenständigen Wohnungen – wird ebenfalls nur in sehr geringem Ausmaß von noch nicht volljährigen KlientInnen in Anspruch genommen. Demgegenüber zeigt sich in diesem Betreuungssegment eine ausgeprägte Nutzung durch junge Erwachsene (18-29 Jahre alt). Auffällig ist hier weiters ein leichter Überhang bei der Altersgruppe der älteren KlientInnen (50 Jahre und mehr).

Zugang in ambulante Beratungsangebote finden bereits zu einem höheren Anteil auch minderjährige KlientInnen (7 Prozent), während in diesem Segment die Inanspruchnahme durch ältere KlientInnen (50 Jahre und älter) deutlich zurückfällt. Insgesamt geht dieser offensichtlich niedrigere Altersschnitt in der Nutzung ambulanter Angebote vor allem auch auf das Segment der NächtigerInnen in (Jugend-)Notschlafstellen zurück. Hier findet sich zum einen der höchste Anteil an minderjährigen KlientInnen (17 Prozent) sowie ein deutliches Übergewicht der jungen Erwachsenen in der Altersgruppe der 18-29Jährigen (31 Prozent).

Sozioökonomischer Status

Die WLH sowie die wlh-nahen Einrichtungen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, Wohnungsnot bzw. Unsicherheit der Wohnversorgung sind insbesondere damit konfrontiert, dass wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen in ihrem Zu-

gang zur Erwerbsarbeit massiv benachteiligt sind. Nur wenige KlientInnen von WLH- oder wlh-nahen Einrichtungen stehen in einem aufrechten Beschäftigungsverhältnis.

Die Kategorie „ohne eigenes Einkommen“ ist auf die Angebotssegmente der ambulanten Beratung (mit einem Anteil von sieben Prozent) und der betreuten Wohnformen beschränkt. Der Anteil der KlientInnen ohne eigenes Einkommen ist insbesondere im Bereich der betreuten Wohnformen (17 Prozent) hoch.

Wohnungslosigkeit in den Bundesländern

Das Ausmaß bzw. die Art der dokumentierten Wohnungslosigkeit variiert je nach Bundesland. Das kann unter anderem auch mit dem unterschiedlichen Grad der Entwicklung der WLH in den Bundesländern erklärt werden. Insbesondere zeigt der Vergleich der WLH-Vorsorgen, dass es etwa in den Bundesländern Kärnten, Salzburg, Steiermark und Tirol ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle gibt. So sind in diesen Bundesländern die WLH-Einrichtungen überwiegend in den Landeshauptstädten angesiedelt. Demgegenüber findet sich in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Vorarlberg eine breitere Streuung von Hilfeangeboten in den Bezirken bzw. Bezirkshauptstädten.

Der Blick auf die WLH-Einrichtungen in den Bundesländern belegt des Weiteren eine breite Streuung der Hilfeangebote über die unterschiedlichen Angebotsbereiche. In Wien sowie in den Landeshauptstädten Bregenz, Graz, Innsbruck, Linz und Salzburg ist weitgehend eine stufen- bzw. kettenförmige Struktur der Hilfen realisiert. Daneben gibt es auch in einzelnen Bezirkshauptstädten (z.B. Feldkirch) differenzierte kommunale Modelle der WLH. Niederschwellige Nächtigungsangebote werden hier durch Sozialberatung und Vermittlung in weiterführende Betreuungs- und Versorgungsstrukturen ergänzt. Zielgruppenspezifische gestaltete Hilfen (für Frauen und junge Erwachsene sowie für ältere Wohnungslose) ergänzen ansatzweise diese Vorsorgen für die Existenzsicherung und die Wiedereingliederung der von Wohnungslosigkeit betroffenen Personen.

In den meisten Bundesländern sind mittlerweile auch flächendeckende Vorsorgen für die Prävention von Delogierungen eingerichtet. Nach dem Zeitpunkt ihrer Implementierung geordnet, ergibt sich folgende Versorgungssituation mit Delogierungsprävention: Salzburg, Wien, Steiermark, Vorarlberg, Niederösterreich und Oberösterreich. Die Bundesländer Burgenland, Kärnten und Tirol bieten demgegenüber noch keine professionellen Interventionsvorsorgen bzw. keine flächendeckende Versorgung mit Hilfeangeboten an.

Überblick über den aktuellen Stand der Entwicklung der WLH

In qualitativen Workshops haben VertreterInnen der Sozialverwaltungsabteilungen der Länder und MitarbeiterInnen aus Einrichtungen der WLH spezifische Fragen der Standardentwicklung diskutiert und den Stand der Entwicklung der Hilfeangebote für wohnungslose Menschen in den jeweiligen Bundesländern verglichen. Insbesondere wurde dabei deutlich, dass die Dynamik der Standardentwicklung in der WLH wesentlich auf die Ausdifferenzierung der Hilfestruktur in den städtischen Ballungsräumen zurückgeführt werden kann. Die städtischen Hilfesysteme in Innsbruck, Linz und Wien zeigen modellhaft auf, dass die Professionalisierung der Hilfeangebote sich dabei nicht auf die Ebene der einzelnen Träger beschränkt, sondern damit auch die gesamte Versorgungslandschaft im urbanen Raum beeinflusst wird.

Ähnliche Effekte lassen sich auch in der Hilfestruktur in den Landeshauptstädten Graz und Klagenfurt beobachten, auch wenn in diesen Bundesländern die Standard- und Qualitätsentwicklung tendenziell noch davon geprägt ist, dass die schrittweise Umsetzung von innovativen bzw. zielgruppenspezifischen Ergänzungen in der Angebotsstruktur auf den Kontext einzelner Träger fokussiert bleibt.

Im systematischen Vergleich der jüngeren Entwicklungen in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Vorarlberg konnte deutlich gemacht werden, dass die Bemühungen um eine Regionalisierung der Hilfestruktur und Hilfeangebote, die in den vergangenen Jahren verstärkt eingeleitet wurden, noch keineswegs bedeutet, dass BewohnerInnen aus ländlichen Regionen durchgängig bereits auf bezirkliche Hilfen und fachliche Angebote (mit Ausnahme der Delogierungsprävention, die in diesen drei Bundesländern bereits flächendeckend umgesetzt wird) zugreifen können. Vielfach führt die regionale Streuung von Hilfeangeboten auch in diesen Bundesländern dazu, dass von Wohnungslosigkeit bedrohte oder betroffene Personen entweder auf informelle Hilfen (in erster Linie wohl Familienmitglieder oder FreundInnen) zurückgreifen oder in die nächsten Bezirks- oder Landeshauptstädte ausweichen müssen.

Inhaltsverzeichnis

Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Österreich	III
Zusammenfassung der Ergebnisse, Kurzfassung des Schlussberichts	III
Entstehung der Studie	III
Ziele	IV
Durchführung	IV
Ergebnisse im Überblick / Zusammenfassung	V
Datengrundlage	V
Delogierungsprävention	VI
Ambulante Hilfen	VII
Notschlafstellen / NächtigerInnenangebote	VIII
(teil-)stationäre Wohnbetreuung	VIII
Überschätzung des Problemumfangs durch Doppelnennungen	VIII
Wohnungslosigkeit nach Zielgruppen	IX
Gender	IX
Migration	X
Profil der Wohnungslosigkeit	XI
Altersverteilung	XI
Sozioökonomischer Status	XI
Wohnungslosigkeit in den Bundesländern	XII
Überblick über den aktuellen Stand der Entwicklung der WLH	XIII
Inhaltsverzeichnis	XIV
Tabellen- und Grafikverzeichnis	XVIII
Abkürzungsverzeichnis	XX
1. Einleitung	1
1.1 Einrichtung eines Projektbeirats	1
1.2 Einbettung der Untersuchung in die Wohnungslosenhilfe	2
2. Forschungsfragen	4
2.1 Quantitative Erfassung des aktuellen Umfangs der Leistungen von WLH und wlh-nahen Einrichtungen	4
2.2 Profil der Wohnungslosigkeit in Österreich	4
2.3 Qualitative Fragen zur aktuellen Entwicklung von WLH und Wohnungslosigkeit	4
3. Methodik	6
4. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in den Bundesländern	8
4.1. Burgenland	8

4.1.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen	8
4.1.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe	11
4.1.3. Delogierungen und Delogierungsprävention	12
4.2. Kärnten	13
4.2.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen	13
4.2.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe	14
4.2.3. Delogierungen und Delogierungsprävention	14
4.3. Niederösterreich	17
4.3.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen	17
4.3.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe	19
4.3.3. Delogierungen und Delogierungsprävention	21
4.4. Oberösterreich	24
4.4.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen	24
4.4.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe	27
4.4.3. Delogierungen und Delogierungsprävention	29
4.5. Salzburg	32
4.5.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen	32
4.5.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe	34
4.5.3. Delogierungen und Delogierungsprävention	35
4.5.4. Stichzeitraumerhebung und Profil der Wohnungslosigkeit	36
4.6. Steiermark	39
4.6.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen	39
4.6.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe	41
4.6.3. Delogierungen und Delogierungsprävention	41
4.7. Tirol	43
4.7.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen	43
4.7.2. Daten zur Wohnungslosigkeit	45
4.7.3. Delogierungen und Delogierungsprävention	46
4.8. Vorarlberg	48
4.8.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen	49
4.8.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe	50
4.8.3. Delogierungen und Delogierungsprävention	51
4.8.4. Stichzeitraumerhebung und Profil der Wohnungslosigkeit	51
4.9. Wien	53
4.9.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen	53
4.9.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe	55
4.9.3. Delogierungen und Delogierungsprävention	56
5. Wohnungslosigkeit in Österreich	58
5.1. Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wohnungslosenhilfe	58
5.2. Überblick über die aktuelle Situation der Entwicklung der WLH	59
5.2.1. Flächendeckende Versorgung und planmäßige Entwicklung	59

5.2.2. Differenzierte Hilfesysteme in Landeshauptstädten bzw. Ballungszentren	59
5.2.3. Keine eigenständige Hilfeangebote für wohnungslose Menschen	60
5.3. Daten und Fakten zu Armut und Wohnungsnot / Wohnungslosigkeit	60
5.3.1. BAWO-Studie 1999	60
5.3.2. Daten aus der EU-SILC 2007	62
5.3.2.1. Wohnen in prekärer Wohnqualität	62
5.3.2.2. Wohnen in überbelegten Wohnungen	62
5.4. Wohnungslosen-Erhebung 2006 – 2007	63
5.4.1 Beteiligung an der Wohnungslosen-Erhebung 2006 – 2007	63
5.4.2. Jahresdatenerhebung	66
5.4.3. Stichtags-/Stichzeitraumerhebung Ende 2007	69
6. Wohnungslosigkeit in den Bundesländern nach ETHOS	71
Ethos Kategorien	71
6.1. Obdachlosigkeit	73
6.1.1. Straßenobdachlosigkeit (Sleeping Rough)	73
6.1.2. Menschen in Notunterkünften	74
6.2. Menschen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe	75
6.2.3.a Übergangswohnheime	75
6.2.3.b. Asyle und Herbergen	76
6.2.3.c. Übergangswohnungen	76
6.2.4. Menschen, die in Frauenhäusern wohnen	77
6.2.5. Menschen, die in Einrichtungen für MigrantInnen wohnen	77
6.2.6. Menschen, die von Institutionen entlassen werden	78
6.2.6.a. Aus der Strafhaft entlassen	78
6.2.6.b. Aus Spitalsaufenthalt oder stationärer Behandlung entlassen	79
6.2.6.c. Aus einem Jugendheim / einer Jugendwohngemeinschaft entlassen	79
6.2.7. In Dauereinrichtungen der Wohnungslosenhilfe wohnhaft, Langzeitwohnheime für ältere Wohnungslose	80
6.3.8. Ungesicherte Wohnverhältnisse	80
6.3.8.a. Temporäre Unterkunft bei Freunden/Bekanntem/Verwandten	80
6.3.8.b. Wohnen ohne bestandsrechtliche Absicherung	81
6.3.8.c. Illegale Land-/Hausbesetzung	81
6.3.9.a. Von Delogierung bedroht, das Verfahren ist eingeleitet	81
6.3.9.b. Delogierungsbeschluss liegt bereits vor	82
6.3.9.b. Enteignungsbeschluss	82
6.3.10. Häusliche Gewalt	82
6.4.11. In Wohnprovisorien (Garagen, Keller, Abbruchhäuser, Zelte etc.)	82
6.4.12. Hausbesetzung von Abbruchgebäuden	82
6.4.13. Menschen in überfüllten Räumen / überbelegten Wohnungen	83
7. Profil der Wohnungslosigkeit in Österreich	84
7.1. Genderspezifische Aspekte der WLH	84

7.2. Altersverteilung in der WLH	84
7.3. Migration und Wohnungslosenhilfe	86
7.4. Sozio-ökonomischer Status der wohnungslosen Personen	87
7.4.1. Zugang zu Leistungen aus dem ASVG:	87
7.4.2. Zugang zur Sozialhilfe:	88
7.4.3. Zugang zur Wohnbeihilfe:	88
7.5. Wohnstatus der wohnungslosen Personen	89
7.6. Wohnsituation / Unterkunft vor der aktuellen Wohnungslosigkeit	90
8. Zusammenfassung der qualitativen Workshops:	91
8.1. Kommunale Modelle der Wohnungslosenhilfe (Wien, Linz und Innsbruck im Vergleich)	91
8.1.1. Wien	91
8.1.2. Linz	92
8.1.3. Innsbruck	92
8.2. Regionalisierung (Niederösterreich, Oberösterreich und Vorarlberg im Vergleich)	93
8.2.1. Niederösterreich	94
8.2.2. Oberösterreich	94
8.2.3. Vorarlberg	95
8.2.4. Diskussion	96
8.3. Standardentwicklung in der Wohnungslosenhilfe	97
8.3.1. Steiermark	97
8.3.2. Kärnten	99
Anhang	1
Fragebogen	1
Literaturverzeichnis und Materialien	3
Verzeichnis der erfassten Einrichtungen nach Bundesländern	4
Erhebungsraster für WLH- sowie Wlh-nahe Einrichtungen	9

Tabellen- und Grafikverzeichnis

Tabelle 1:	Datengrundlage nach Angebotsbereichen	V
Tabelle 2:	Bereichsspezifische Aspekte der Reichweite dieser Erhebung	VI
Tabelle 3:	Bereiche der Erhebung	6
Tabelle 4:	Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen im Burgenland	9
Tabelle 5:	Wohnungslosigkeit im Burgenland – wlh-nahe Einrichtungen (2006)	11
Tabelle 6:	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und exekutierte Räumungen in Burgenland, 2008	12
Tabelle 7:	Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen in Kärnten	13
Tabelle 8:	Kerndaten zur Wohnungslosigkeit – WLH-Einrichtungen (2006)	14
Tabelle 9:	Gerichtsverfahren zur Auflösung des Wohnverhältnisses und Exekution der Räumungsbeschlüsse, 2008	15
Tabelle 10:	Unterstützungsangebote und Ressourcen für wohnungslose Menschen (2008)	17
Tabelle 11:	Wohnbetreuung in Niederösterreich; Jahresstatistik 2006 und Stichtagserhebung Ende 2007/20	
Tabelle 12:	Ambulante Hilfen; Jahresstatistik 2006 und Stichtagserhebung Ende 2007	21
Tabelle 13:	Delogierungsprävention, Jahresstatistik 2007 und Stichtagsdaten Ende 2007	22
Tabelle 14:	Gerichtsverfahren zur Auflösung d. Wohnverhältnisses + Exekution von Räumungen, 2008	22
Tabelle 15:	Ressourcen und Angebote für wohnungslose Menschen und Familien	25
Tabelle 16:	Betreuung von wohnungslosen Personen in WLH- und wlh-nahe Einrichtungen (2006)	27
Tabelle 17:	Status vor der Aufnahme; Jahresstatistik 06	28
Tabelle 18:	Verteilung auf unterschiedliche Formen der Wohnbetreuung; 2006	28
Tabelle 19:	Ambulante Hilfen, Jahresstatistik 2006 und Stichtagserhebung 2007	29
Tabelle 20:	NächtigerInnen in Notschlafstellen (inkl. Jugendnotschlafstelle), 2006 und 2007	29
Tabelle 21:	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Oberösterreich, 2008	30
Tabelle 22:	Delogierungsprävention, Jahresstatistik 2007 & Stichtag 12/07	31
Tabelle 23:	Überblick über Angebote und Ressourcen der WLH in Salzburg	33
Tabelle 24:	Daten zur Wohnungslosigkeit im Bundesland Salzburg	34
Tabelle 25:	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Salzburg, 2008	35
Tabelle 26:	Ergebnisse der Delogierungsberatung, 2006	35
Tabelle 27:	Verteilung der wohnungslosen Erwachsenen nach ihrem Wohnstatus, 10/07,	38
Tabelle 28:	Einrichtungen für wohnungslose Menschen / Familien	39
Tabelle 28:	Verteilung der Wohnungslosen nach WLH-Kategorien, 2006	41
Tabelle 29:	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Steiermark, 2008	41
Tabelle 30:	Überblick über die WLH-Einrichtungen in Tirol	43
Tabelle 31:	Daten zur Wohnungslosigkeit in Tirol, Jahresdaten 2006 und Stichzeitraum 2007	45
Tabelle 32:	Verteilung nach der Art der Wohnbetreuung, 2006	46
Tabelle 33:	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Tirol, 2008	46
Tabelle 34:	Überblick über die WLH-Einrichtungen und Ressourcen in Vorarlberg	49
Tabelle 35:	Kerndaten zur Wohnungslosigkeit in Vorarlberg, 2006 & 2007	50
Tabelle 36:	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Vorarlberg, 2008	51
Tabelle 37:	Verteilung der wohnungslosen Menschen nach ihrem Wohnstatus	51
Tabelle 38:	Stationäre Angebote der Wohnbetreuung für wohnungslose Menschen	54
Tabelle 39:	Ambulante Wohnungslosenhilfe (Dezember 2006/Dezember 2007)	54
Tabelle 40:	Delogierungsprävention	54
Tabelle 41:	Daten zu Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Wien	55
Tabelle 42:	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse in Wien, 2008	56
Tabelle 43:	Leistungen der Delogierungsberatung durch die Fachstelle für Wohnungssicherung (Volkshilfe Wien – FAWOS), 2006	57
Tabelle 44:	Datenlage zu prekärer Wohnversorgung und Wohnungslosigkeit in den Bundesländern	63
Tabelle 45:	Delogierungsprävention, Jahresstatistik 2006	66
Tabelle 46:	ambulante Hilfen, Jahresstatistik 2006	67
Tabelle 47:	NächtigerInnen in Notschlafstellen, Jahresdaten 2006	67
Tabelle 48:	(Stationäre) Wohnbetreuung, Jahresdaten 2006	67

Tabelle 49:	Anzahl der dokumentierten Betreuungsfälle, Jahresstatistik 2006	68
Tabelle 50:	(stationäre und ambulante) Wohnbetreuung, Stichzeitraumdaten 2007	69
Tabelle 51:	ambulante Hilfen, Stichzeitraumdaten 2007	69
Tabelle 52:	Delogierungsprävention, Stichzeitraumdaten 2007	69
Tabelle 53:	ETHOS	71
Tabelle 54:	Obdachlose Menschen in Österreich („rough sleepers“)	73
Tabelle 55:	Obdachlose Menschen in Notschlafstellen und Nächtigungsangeboten	74
Tabelle 56:	Wohnungslose Menschen in Übergangwohnheimen	75
Tabelle 57:	Wohnungslose Menschen in Übergangswohnungen	76
Tabelle 58:	Menschen, deren Wohnverhältnis gerichtlich aufgekündigt ist (2006)	81
Tabelle 59:	Wohnung ist gerichtlich aufgekündigt, Delogierungsbeschluss liegt vor	82
Grafik 1:	Altersverteilung in der WLH; 2006	85
Grafik 2:	Verteilung nach der Nationalität; 2006	86
Grafik 3:	Einkommenssituation (2006); Mehrfachnennungen	87
Grafik 4:	Wohnrechtlicher Status; 2006	89
Grafik 5:	Status vor der Aufnahme; 2006	90

Abkürzungsverzeichnis

ALOA	Autonom Leben Ohne Alkohol
ALVG	Arbeitslosenversicherungsgesetz
ALG.....	Arbeitslosengeld
AÖF.....	Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser
ARGE.....	Arbeitsgemeinschaft
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AWOL	Verein Arbeiten Wohnen Leben, Klagenfurt
BAWO	Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
BEWOK.....	Beratung gegen Wohnungsverlust, Krems
BMSK.....	Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (Ressortzuteilung bis Februar 2009)
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Ressortzuteilung ab Februar 2009)
BMJ.....	Bundesministerium für Justiz
ETHOS.....	Europäische Typologie für Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung
EU-SILC.....	European Union Statistics on Income and Living Conditions
FAWOS.....	Fachstelle für Wohnungssicherung, Volkshilfe Wien
FEANTSA	Fédération Européenne d'Associations Nationales Travillant avec les Sans Abris; Europäischer Dachverband der Wohnungslosenhilfe, Brüssel
FSW	Fonds Soziales Wien
FWLH.....	Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg, informelle Vernetzung der Salzburger WLH- und wlh-nahen Sozialeinrichtungen
JUCA.....	Jugendnotschlafstelle der Caritas Wien
k.A.....	keine Angabe
MA 11	Magistratsabteilung für Jugend und Familie, Wien
MA 24.....	Magistratsabteilung Gesundheits- und Sozialplanung
NÖ.....	Niederösterreich
NOST	Notschlafstelle
OÖ	Oberösterreich
PSW.....	Psychosoziales Wohnheim des Sozialvereins B37, Linz
SNW	Soziales Netzwerk Wohnen, Vorarlberg
SOWOST.....	Soziales Wohnservice, Wels
UFO	Jugendnotschlafstelle, Linz
WLH	Wohnungslosenhilfe
wlh-nahe	wohnungslosenhilfenah
WOG	Wohnungssicherung Graz, Fachstelle für Delogierungsprävention

1. Einleitung

Die im Jahr 2007 vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz in Auftrag gegebene Untersuchung zur Wohnungslosigkeit in Österreich ist wesentlich auf KlientInnen von WLH-Einrichtungen fokussiert. Darüber hinaus wurden Einrichtungen in die Erhebung mit einbezogen, die zwar andere Betreuungsschwerpunkte realisieren, jedoch auch mit Fragen der Wohnungsnot bis Wohnungslosigkeit ihrer KlientInnen befasst sind (wlh-nahe Einrichtungen). Um eine möglichst breite Erfassung von wohnungslosen Personen gewährleisten zu können, wurden die zuständigen Verwaltungseinheiten der Bundesländer (Sozialabteilungen, Sozialplanung) um ihre Mitwirkung bei der Bereitstellung von statistischen Unterlagen ersucht. Die Vorsorgen für Sozialplanung und für Wohnungslosenhilfeplanung sind in den Bundesländern Österreichs jeweils sehr unterschiedlich. Dementsprechend unterschiedlich ist auch die Art und Intensität der Teilnahme der für diese Aufgaben zuständigen Verwaltungsabteilungen der Länder an der gegenständlichen Erhebung ausgefallen.

Deren Stellungnahmen und übermittelten Daten wurden in die Untersuchung mit einbezogen. Daraus ergibt sich eine über den tatsächlichen Erhebungszeitraum hinausreichende Aktualität.

Die Datenerhebung erfolgte im Wesentlichen am Jahreswechsel 2007 zu 2008 und zwar sowohl als Zeitraumerhebung für 2006 als auch als Stichtagserhebung Mitte Dezember 2007. Auf diese Weise sollte ein quantitativer Überblick über die von Wohnungslosigkeit betroffenen und/oder bedrohten Menschen in Österreich gewonnen werden und zugleich eine Relation von Angeboten der Wohnungslosenhilfe und der Beanspruchung dieser Angebote (Nutzung) hergestellt werden.

1.1 Einrichtung eines Projektbeirats

Zum Start der Untersuchung wurden die Sozialverwaltungsabteilungen der Länder vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz über das Vorhaben informiert und eingeladen, im Rahmen eines Projektbeirates an der Durchführung der Studie steuernd und begleitend mitzuwirken.

Im Projektbeirat wurden die Grundkategorien für die Erhebung festgelegt. Demnach sollte zwischen ambulanter Beratung bzw. Betreuung (inkl. Nächtigungsangebote in Not-schlafstellen etc.), Wohnbetreuung und Delogierungsprävention unterschieden werden. In der Diskussion über die Grundkategorien wurde auch deutlich, dass in den Ländern divergierende Kompetenzzuteilungen bestehen. So wird z.B. die Jugendnotschlafstelle UFO im

Bundesland Oberösterreich nicht zum Bereich der WLH gezählt, sondern stellt eine Einrichtung der ambulanten Erziehungshilfe der Jugendwohlfahrt Oberösterreichs dar. Es handelt sich somit bei diesen Einrichtungen nicht um WLH- sondern um wlh-nahe Einrichtungen, die deshalb aktuell auch nicht Gegenstand der WLH-Planung sind. Ähnlich unterschiedliche Zuständigkeitsgrenzen finden sich in den Landesverwaltungen auch hinsichtlich der Versorgung von psychisch kranken Menschen in Wohnungsnot bzw. Wohnungslosigkeit.

Im Projektbeirat wurde die Übereinkunft getroffen, nach Möglichkeit auch jene Einrichtungen in die Erhebung einzubeziehen, die aus administrativ / ressorttechnischen Gründen nicht zur WLH zählen, in ihrem Angebotsprofil aber wesentlich mit der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit befasst sind (z.B. Notschlafstellen für Jugendliche etc.).

Nach Abschluss der quantitativen Erhebung wurden im Rahmen des Projektbeirats die Zwischenergebnisse diskutiert und die Durchführung von länderübergreifend besetzten Workshops zur vergleichenden Bearbeitung ausgewählter Fragestellungen vereinbart. In diesen Workshops standen folgende Aspekte zur Bearbeitung an:

- Kommunale Modelle der WLH (Wien, Linz und Innsbruck im Vergleich)
- Regionalisierung der WLH (Niederösterreich, Oberösterreich und Vorarlberg im Vergleich)
- Standardentwicklung in der WLH

Diese Workshops wurden im Sommer 2008 durchgeführt. Im Anschluss daran wurde die Ergebnisdarstellung dieser Workshops einer Rückmeldeschleife durch die TeilnehmerInnen unterzogen. Nach Abschluss der Auswertung wurde der vorläufige Bericht im November 2008 dem Ministerium als Auftraggeber sowie den Verwaltungsabteilungen der Länder übermittelt, um diesen so die Möglichkeit für Korrekturen sowie Ergänzungs- bzw. Änderungswünsche einzuräumen. Die eingelangten Stellungnahmen wurden in den Endbericht aufgenommen.

1.2 Einbettung der Untersuchung in die Wohnungslosenhilfe

Es wurde darauf Wert gelegt, die einzelnen Erhebungsschritte möglichst nahe an der praktischen Wohnungslosenhilfe (WLH) anzuknüpfen. Dieses Ziel wurde wesentlich durch die Einbindung der BAWO (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe) und den Austausch mit ihren LändervertreterInnen realisiert. Die begleitende Reflexion und Diskussion der einzelnen Projektetappen im Rahmen von BAWO-Klausuren sowie der Facha-

gung im Mai 2008 stellten ein wichtiges Korrektiv zu dem quantitativen Schwerpunkt der Erhebung dar. Die Bundesländer-VertreterInnen der WLH trugen zur Ausformulierung der inhaltlichen Einschätzung bezüglich des Standes der WLH-Entwicklung in Österreich und den Bundesländern bei und unterstützten das Projektteam bei der Durchführung der quantitativen Erhebung.

Organisatorisch wurde der Projektablauf durch das Büro der BAWO unterstützt. Die Vorstandsassistentin der BAWO, Nina Sajko, engagierte sich in der Aufbereitung der De-logierungsdaten 2006 und besorgte die administrative Abwicklung der Durchführung der Workshops. Die operative Verantwortung für die Durchführung der Untersuchung lag bei der Salzburger Forschungseinrichtung „Helix – Forschung und Beratung“. Das umfasste die Ausarbeitung der Erhebungsraster (siehe dazu in der Anlage), die statistische Aufbe-reitung der quantitativen Ergebnisse (SPSS-Auswertung), die Vorbereitung, Moderation und Protokollierung der Workshops sowie die abschließende Berichtlegung.

2. Forschungsfragen

2.1 Quantitative Erfassung des aktuellen Umfangs der Leistungen von WLH und wlh-nahen Einrichtungen

- Welche Leistungen werden von der WLH und wlh-nahen Einrichtungen in Österreich derzeit erbracht?
- Welche Ressourcen und Angebote stehen dafür in den Bundesländern, den Städten und den ländlichen Regionen zur Verfügung?
- Wie differenziert sind die vorhandenen Daten?
- Ergeben sich aus einer Zusammenführung der vorhandenen Daten belegbare Annäherungswerte über den Umfang des Problems der Wohnungslosigkeit, der Gefährdung von Wohnverhältnissen sowie von Aspekten prekärer Wohnversorgung?

(Erhebungsmethode: quantitativ – durch Fragebogen)

2.2 Profil der Wohnungslosigkeit in Österreich

- Welches Profil hat die Wohnungslosigkeit in Österreich?
- Welche Zielgruppen / Untergruppen der von Wohnungslosigkeit gefährdeten / betroffenen Personen werden von der WLH bzw. von wlh-nahen Einrichtungen erreicht?

2.3 Qualitative Fragen zur aktuellen Entwicklung von WLH und Wohnungslosigkeit

Wie hat sich die WLH in Österreich und in den Bundesländern bis heute entwickelt?

Insbesondere widmeten sich drei qualitative Workshops folgenden Fragestellungen:

- Wo liegen die kommunalen Besonderheiten in der Gestaltung von WLH-Angeboten?
- (Inwieweit) funktionieren (greifen) modellhafte Ansätze der Regionalisierung von WLH-Angeboten und wie kann man das Versorgungsangebot in ländlichen Regionen verbessern?
- Wo liegen die Chancen und Grenzen der Standardentwicklung in vereinzelt „best practice Modellen“?

Ziel dieser qualitativen Ergänzungen ist die vergleichende Analyse regionalspezifischer Entwicklungen und Besonderheiten, um so den Einfluss der länderspezifischen Hilfestruktur auf das spezifische Profil der Wohnungslosigkeit deutlich machen zu können.

3. Methodik

Im Mittelpunkt der Untersuchung stand eine Fragebogenerhebung bei WLH und wln-nahen Einrichtungen über Leistungen und erfasste Personen in den Angebotsbereichen Delogierungsprävention, ambulante Hilfen und Wohnbetreuung. Bei der Erstellung des Fragebogens⁵ wurde zwar nach der Begrifflichkeit vorgegangen, die vom Europäischen Dachverband der Wohnungslosenhilfeträger (FEANTSA) ausgearbeitet und international weitgehend akkordiert worden war (ETHOS)⁶, allerdings wurde die Erhebung selbst nicht durchgängig nach der vorgeschlagenen Kategorisierung ausgeführt. Zum Teil war es im Rahmen der Auswertung nicht möglich, die dafür erforderlichen Differenzierungen vorzunehmen, weil einzelne Datensätze in aggregierter Form übermittelt worden waren. Die Daten wurden mittels SPSS ausgewertet.

Das methodische Setting umfasst insgesamt sechs Erhebungsbereiche:

Tabelle 3: Bereiche der Erhebung

Zuständigkeitsbereiche	Ambulante Angebote ohne Wohnversorgung	(teil-)stationäre sowie ambulante Angebote der Wohnbetreuung	Behördliche und / oder private Beratungsangebote zur Abwendung von Delogierungen
Wohnungslosenhilfe	Ambulante Beratung in Sozialberatungsstellen, Nächtigungsangebote in Notschlafstellen, Tagesstruktur und Streetwork etc.	Wohnbetreuung in Wohnheimen, Übergangswohnheimen, Wohngemeinschaften (inkl. ambulant betreutes Wohnen)	Delogierungsprävention
wln-nahe Einrichtungen aus Jugendwohlfahrt, Gesundheit und Behindertenhilfe; behördliche Einrichtungen wie Sozialämter	Ambulante Beratung und Betreuung in Jugend-, Frauen-, Familienberatungsstellen etc.; Nächtigungsangebote wie Jugendnotschlafstellen	Wohnheime bzw. ambulant betreutes Wohnen für Frauen (z.B. Mutter-Kind-Heime), für Jugendliche, psychisch kranke wohnungslose Menschen etc.	Im Kontext von Beratungsangeboten aus anderen Bereichen / Ressorts, z.B. Familien- oder Frauenberatung, Jugendwohlfahrt etc.

Die gegenständliche Untersuchung sah den Einsatz folgender Methoden vor:

- Quantitative Erhebung der Anzahl von wohnungslosen Menschen mittels Fragebogen, der im Wege über die Verwaltungsabteilungen der Länder an die Einrichtungen

⁵ Der verwendete Fragebogen sowie ein Überblick über die erfassten Einrichtungen finden sich im Anhang dieses Berichtes.

⁶ Europäische Typologie für Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung. Vgl. www.feantsa.org.

gen der Wohnungslosenhilfe sowie an Sozialeinrichtungen aus benachbarten Hilfebereichen (wlh-nahe Einrichtungen) ausgesendet wurde (Dezember 2007).⁷

- Ergänzung der quantitativen Fragebogenerhebung durch (Internet)Recherche(n) und Auswertung(en) von Jahresberichten durch das Projektteam
- Quantitative Erhebung mittels Fragebogen bezüglich der Anzahl und Kapazitäten der Einrichtungen der WLH sowie wlh-naher Einrichtungen im Wege der Verwaltungsabteilungen der Länder (April 2008)
- Eine Sekundärdatenanalyse bzw. Internetrecherche zu armutsrelevanten Referenzdaten (z.B. Volks- und Gebäudezählung 2001 etc.)
- Zum Abschluss der Untersuchung wurden drei qualitative Workshops mit VertreterInnen der Wohlfahrtsverwaltung / Sozialplanung und der Wohnungslosenhilfe zu ausgewählten Fragestellungen⁸ durchgeführt
- Feedback-Schleifen mit Beteiligten der unterschiedlichen Ebenen (Ministerium, Verwaltungsabteilungen der Länder und Städte, Einrichtungen der WLH)

⁷ Der verwendete Fragebogen sowie ein Überblick über die teilnehmenden / erfassten Einrichtungen finden sich im Anhang

⁸ Eine Liste der TeilnehmerInnen an den Workshops findet sich im Anhang

4. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in den Bundesländern

Die Entwicklung der Wohnungslosenhilfe ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich verlaufen. Sowohl die Ausdifferenzierung und Streuung der WLH-Angebote als auch das Profil der Wohnungslosigkeit variieren je nach Bundesland.

4.1. Burgenland

Das Bundesland Burgenland kennt keine spezifischen Wohnungslosenhilfeeinrichtungen. Entsprechende Hilfestellungen werden in diesem Bundesland ausschließlich durch wlh-nahe Einrichtungen realisiert, die zum Teil in erheblichem Ausmaß mit der Wohnungslosigkeit einzelner KlientInnen konfrontiert sind.⁹

4.1.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Einrichtungen, die sich mit Fragen der Wohnungsnot befassen und den betroffenen Menschen Unterstützung anbieten, sowie über den Stand der Beteiligung an der gegenständlichen Erhebung.

⁹ „Das Thema Wohnungslosigkeit oder Verlust der Wohnung ist für uns sehr oft ein unlösbares Problem, da wir auf keine burgenländische Einrichtung verweisen können. Daher müssen wir die Hilfe Suchenden nach Wien oder Niederösterreich schicken“ (Klug 2007, Caritas-Beratungsstelle, Diözese Eisenstadt, zit. nach: Gesammelte Mitteilungen der burgenländischen Landesregierung/Abteilung 6 vom Jänner 2008).

Tabelle 4: Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen im Burgenland

Art der Einrichtung	Angebot der Einrichtungen	Anzahl der Wohnplätze	Jahresdaten 2006	Stichtagsdaten Ende 2007
Betreute Wohnformen				
Sozialhaus Burgenland, Oberwart	vorübergehende Wohnmöglichkeit für Frauen (mit Kindern) und Familien in Krisensituation	2005 bis 2006: Betreuung von 53 Frauen, 40 Kindern und drei Familien mit je vier Kindern	06	12/07
Frauenhaus Burgenland, Eisenstadt	Betreuung von Frauen mit Kindern in Krisensituationen	2005 bis 2006: 66 Frauen und 90 Kinder	06	12/07
Frauenhaus Burgenland, Eisenstadt	Bereitstellung von kleineren Krisenwohnungen ¹⁰	k.A.	06	12/07
Ambulante Hilfen				
Sozialhaus Burgenland, Oberwart	anonyme Beratung, Betreuung und Krisenintervention sowie Unterstützung bei der Wohnungssuche	Keine Wohnplätze	06	12/07
Frauenberatung, Oberpullendorf und Oberwart	k.A.	Keine Wohnplätze	06	12/07
Sachwalterschaft	Beratung und Betreuung von Menschen in Sachwalterschaft	Keine Wohnplätze	06	k.A.
Sozialamt in der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg	Mietunterstützung	Keine Wohnplätze	06	12/07
Sozialamt in der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See	Mietunterstützung	Keine Wohnplätze	06	12/07
Sozialämter in den weiteren Bezirkshauptmannschaften	Mietunterstützung	Keine Wohnplätze	k.A.	k.A.
Delogierungsberatung				
Kein flächendeckendes professionelles Angebot zur Delogierungsprävention	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Einrichtungen im Burgenland und Beteiligung an der Erhebung

Insgesamt haben sich sechs Einrichtungen aus dem Burgenland an der Erhebung beteiligt und sieben ausgefüllte Fragebögen übermittelt; zwei davon betreffen stationäre Angebote; vier Fragebögen kommen von ambulanten wlh-nahen Einrichtungen. Angaben zur Delogierungsprävention wurden von zwei weiteren Einrichtungen übermittelt.

Das Vertretungsnetzwerk Burgenland (Sachwalterschaft) konnte seine Daten für den spezifischen Bedarf dieser Erhebung nicht adaptieren und hat stattdessen die Daten der Jahresstatistik 2006 geschickt. Insbesondere zur Frage der Wohnungslosigkeit sind die Angaben eher vage. Danach leben 90 betreute Personen in Heimen oder Wohngemein-

¹⁰ Die Einstiegskosten in das Mietverhältnis werden vom Land Burgenland gefördert; eine Übernahme in ein eigenständiges Mietverhältnis ist möglich.

schaften. Weitere dreizehn Personen sind im Sinne häufig wechselnder Unterkünfte latent von Wohnungslosigkeit bedroht.

Die Angebotsstruktur im Burgenland zeichnet sich durch das Fehlen von Einrichtungen und Angeboten für wohnungslose Menschen aus. Das betrifft in erster Linie die Tatsache, dass es keine niederschweligen Sozialberatungsstellen und nur sehr wenige Wohnbetreuungsangebote für diese Zielgruppe gibt. „Von den SachbearbeiterInnen der Bezirksverwaltungsbehörden wurde anlässlich einer Dienstbesprechung festgehalten, dass speziell bei alleinstehenden Männern Wohnungslosigkeit ein Thema sei. Es gäbe keine Einrichtungen, um Männer bei drohender Wohnungslosigkeit aufzufangen. Vereinzelt würden ältere Männer z.B. in Altenwohnheimen bzw. im Betreuten Wohnen untergebracht. Junge Leute seien auch von Wohnungslosigkeit aufgrund von Überschuldung getroffen – dem würde durch Gewährung von Sozialhilfe in Form von „Hilfe in besonderen Lebenslagen entgegenwirkt.“¹¹

Stationäre Hilfen im Bundesland Burgenland

Auf die Anfrage der Landesregierung hin haben das Frauenhaus in Eisenstadt sowie das Sozialheim in Oberwart Daten zur stationären Betreuung von wohnungslosen Menschen bzw. Familien übermittelt. Beide Einrichtungen wenden sich mit ihren Angeboten schwerpunktmäßig an in Armut geratene Familien bzw. Frauen mit Kindern.

Im Burgenland gibt es keine Notschlafstellen oder analoge NächtigerInnenangebote für die Akutversorgung von wohnungslosen Menschen.

Angebote zur Verhinderung von Delogierungen

Im Burgenland fehlen Einrichtungen für die Delogierungsprävention oder entsprechende spezialisierte Vorsorgen für die Verhinderung von Wohnungsverlusten aufgrund von Mietschulden und Räumungsklagen.

¹¹ Zitiert aus der Stellungnahme des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 30. März 2009.

4.1.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe

Tabelle 5: Wohnungslosigkeit im Burgenland – wlh-nahe Einrichtungen (2006)

	gesamt	Erwachsene gesamt		Frauen / Anteil		Männer / Anteil		Mitziehende Minderjährige
		Anzahl	Sp. %	Anzahl	In Z.%	Anzahl	In Z.%	Anzahl
Wohnbetreuung	75	31	62%	27	87%	4	13%	44
ambulante Beratung / Betreuung	40	19	38%	16	84%	3	16%	21
Notschlafstellen/ NächtigerInnenangebot	Keine Daten übermittelt							
Delogierungsprävention	Keine Daten übermittelt							

Anmerkung: Sp. % = Spaltenprozent: gibt die Verteilung zwischen den Angebotsbereichen an.
Z.% = Zeilenprozent: bezeichnet das anteilige Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen NutzerInnen der jeweiligen Angebotsbereiche.

Überwiegend stehen die von den wlh-nahen Einrichtungen im Burgenland dokumentierten wohnungslosen bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen in Wohnbetreuung, zumeist in heimförmigen Strukturen. Daneben fällt der Anteil der ambulant beratenen / betreuten Personen ab. Bei beiden Untergruppen fallen der hohe Frauenanteil sowie die große Anzahl mitziehender minderjähriger Familienmitglieder auf. Daten über Leistungen aus dem Segment der NächtigerInnenangebote sowie Beratungsleistungen für delogierungsgefährdete Personen und Familien wurden nicht übermittelt.

4.1.3. Delogierungen und Delogierungsprävention

Insgesamt waren im Jahr 2006 im Bundesland Burgenland 375 Verfahren zur Einleitung von gerichtlichen Räumungs- bzw. Kündigungsverfahren anhängig. 87 Verfahren führten zur Einbringung einer gerichtlichen Exekutionsklage und in 32 Fällen kam es tatsächlich zur zwangsweisen Räumung.

Tabelle 6: Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und exekutierte Räumungen in Burgenland, 2008¹²

	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen	Eingeleitete Räumungsexekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Eisenstadt	109	28	8
Mattersburg	38	21	7
Güssing	28	17	5
Jennersdorf	5	1	0
Neusiedl/See	77	23	7
Oberpullendorf	18	10	1
Oberwart	87	24	5
Burgenland gesamt	362	124	33

Die Anzahl der bei den Bezirksgerichten eingebrachten Räumungsexekutionen verdeutlicht den Bedarf nach entsprechenden Interventionsvorsorgen. Der Jahresvergleich der entsprechenden Ziffern weist eine steigende Tendenz auf.

Da Räumungsexekutionen in der Regel dazu führen, dass die Wohnung entweder „freiwillig“ oder zwangsweise geräumt wird, ist mithin ein durchgängig hoher Anfall von akuter bis existenziell bedrohlicher Wohnungslosigkeit zu beobachten. Ob und in welchem Ausmaß die behördlichen Maßnahmen zur Existenzsicherung ausreichen, diesen individuellen bzw. familiären Belastungen zu entsprechen, kann im Rahmen dieser Studie und der verfügbaren Daten nicht beurteilt werden.

¹² Daten für das Jahr 2008 wurden vom Bundesministerium für Justiz zur Verfügung gestellt

4.2. Kärnten

Nachdem die zuständige Sozialabteilung des Landes Kärnten schriftlich mitteilte, dass keine Daten über die Wohnungslosigkeit zur Verfügung gestellt werden können, wurden über die Kontakte der BAWO einzelne Einrichtungen der WLH gezielt um die Aufbereitung von quantitativen Daten gebeten. Die damit vorgenommene Erhebung ist nicht vollständig, dient jedoch als Grundlage, um das Ausmaß und spezifische Aspekte der Wohnungslosigkeit in Kärnten zu erfassen. Im Bundesland Kärnten gibt es zurzeit keine Sozialberichterstattung, daher ist es auch nicht möglich, auf relevante Angaben zur Versorgungsstruktur zuzugreifen.

4.2.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen

Tabelle 7: Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen in Kärnten

Art der Einrichtung	Angebot der Einrichtungen	Anzahl der Wohnplätze	Jahresdaten 2006	Stichtagsdaten Ende 2007
Betreute Wohnformen				
Verein Arbeiten-Wohnen-Leben (AWOL)	Wohnbetreuung in eigenständigen Wohnungen	28 Übergangswohnungen für rund 43 Erwachsene und deren Kinder	06	12/07
Ambulante Hilfen				
Caritas: Tagesstätte für Unstete und Obdachlose, Klagenfurt	ambulante Beratung, Betreuung und Tagesstruktur	2006: 529 Personen in Betreuung, davon 15 Prozent Frauen	06	12/07
Verein Arbeiten-Wohnen-Leben (AWOL)	ambulante Betreuung / Beratung, insbesondere Wohnberatung und Sozialberatung	k.A.	06	12/07
Notschlafstelle der Caritas, Klagenfurt	Nächtigungsangebote sowie ganzjährige Unterbringung	2006: Nächtigungen von 20 Personen; ganzjährige Unterbringung von sieben Personen	06	12/07
Winternotschlafstelle der Caritas, Klagenfurt	Nächtigungsangebote während der Wintermonate	Schlafplätze für fünf Personen	06	12/07
Jugendnotschlafstelle, Klagenfurt	Nächtigungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene	13 Schlafplätze in Zwei- bzw. Drei-Bett-Zimmern 2007: 89 Neuaufnahmen, darunter 50 Bur-schen und 39 junge Frauen	k.A.	k.A.
Delogierungsberatung				
Kein flächendeckendes professionelles Angebot zur Delogierungsprävention	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Die stationären Hilfen des Vereins AWOL zeichnen sich dadurch aus, dass die wohnbetreuten Personen / Familien in vom WLH-Träger angemieteten Wohnungen leben. Ihr wohnrechtlicher Status entspricht einem Wohnbetreuungsvertrag.¹³ Das bedeutet, dass ihr Wohnverhältnis eng an das Betreuungsverhältnis gekoppelt ist.

4.2.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe

Tabelle 8: Kerndaten zur Wohnungslosigkeit – WLH-Einrichtungen (2006)

	ges.	Erwachsene gesamt		Frauen / Anteil		Männer / Anteil		Mitziehende Minderjährige
		Anzahl.	Sp. %	Anzahl.	in Z. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl.
Wohnbetreuung	84	73	8%	46	63%	27	37%	11
ambulante Beratung / Betreuung	823	794	88%	204	26%	590	74%	29
Notschlafstellen / NächtigerInnen- angebote	32	32	4%	Keine Angaben				k.A.
Delogierungsprävention	0	0	0%	0	-	0	-	0

Anmerkung: Sp. % = Spaltenprozent: gibt die Verteilung zwischen den Angebotsbereichen an.
Z. % = Zeilenprozent: bezeichnet das anteilige Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen NutzerInnen der jeweiligen Angebotsbereiche.

Der größte Anteil der WLH-KlientInnen im Bundesland Kärnten findet sich in ambulanter Beratung / Betreuung. Der Frauenanteil liegt in diesem Hilfesegment bei 26 Prozent. Demgegenüber steigt der Frauenanteil im Bereich der Wohnbetreuungsangebote (es handelt sich dabei durchgängig um ambulant betreute Einzelwohnungen) auf 67 Prozent. Mehr als zwei Drittel der wohnbetreuten Personen in Kärnten sind somit Frauen.

Zum Teil haben die stationär betreuten KlientInnen vor ihrer Aufnahme in eine der von AWOL Wohnen angemieteten Wohnungen in eigenen Wohnungen gelebt (24 Prozent). Die weiteren KlientInnen (76 Prozent) haben vorher in prekären Wohnverhältnissen (unter anderem bei Freunden und Bekannten) gelebt, kamen aus der Haft oder waren obdachlos.

Im Segment der Nächtigungsangebote wird eine kleine Gruppe (32 Personen) von wohnungslosen Menschen betreut. Bei etwa einem Drittel handelt es sich um „Dauergäste“, die das Angebot der Notschlafstelle ganzjährig nützen.

4.2.3. Delogierungen und Delogierungsprävention

Im Bundesland Kärnten gibt es keine systematischen Vorsorgen für die Verhinderung von Wohnungsverlusten als Konsequenz von gerichtlichen Kündigungs- oder Räumungsklagen aufgrund von Mietschulden und / oder unleidlichem Verhalten.

¹³ Mietrechtsgesetz 2006 § 1 (2) 1a.

Tabelle 9: Gerichtsverfahren zur Auflösung des Wohnverhältnisses und Exekution der Räumungsbeschlüsse, 2008¹⁴

	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen	Eingeleitete Räumungsexekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Ferlach	16	10	1
Klagenfurt	668	344	128
Feldkirchen	52	27	10
Spittal/Drau	145	56	10
Sankt Veit/Glan	149	54	25
Hermagor	18	4	2
Villach	506	239	84
Bleiburg	8	4	2
Völkermarkt	36	24	7
Eisenkappel	7	2	0
Wolfsberg	111	27	9
Kärnten	1716	791	278

Der Blick auf die bei den Kärntner Bezirksgerichten anhängigen Verfahren respektive Räumungsexekutionen zeigt, dass konkrete individuelle / familiäre Existenzkrisen in einem erheblichen Ausmaß vorliegen. Im Bundesland Kärnten gibt es jedoch keine speziellen Vorsorgen für die fachliche / sozialarbeiterische Hilfestellung zur Bewältigung der Wohnversorgungskrise.

Insgesamt wurden im Jahr 2006 mehr als 1.700 gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen eingebracht. Diese mündeten in 686 Fällen zur Einbringung einer gerichtlichen Räumungsexekution und etwa in der Hälfte dieser Verfahren (332 Verfahren) kam es in letzter Konsequenz zu einer Zwangsäumung. Nennenswerte Anhäufungen dieser zwangsweisen Wohnungsverluste finden sich in den Bezirken Villach (mit 147 Exekutionen) und Klagenfurt (mit 112 Exekutionen).

¹⁴ Bundesministerium für Jusitz, Mitteilung vom 4.5.2009

Nach einem kontinuierlichen Anstieg der eingebrachten Räumungsexekutionen seit 1999 liegt der Wert im Jahr 2008 bei knapp 800 Verfahren. Diese Zahlen belegen einen hohen Bedarf nach systematischen Vorsorgen für die sozialarbeiterische Hilfestellung zur Bewältigung dieser Existenz bedrohenden Krisen von Menschen und Familien. Ob und inwieweit dieser Bedarf durch die Einrichtungen des Hilfesystems im Bundesland Kärnten abgedeckt wird, kann auf der Grundlage der verfügbaren Daten nicht beurteilt werden.

4.3. Niederösterreich

Aus Niederösterreich wurden insgesamt 19 Fragebögen für die Auswertung zur Verfügung gestellt. Diese verteilen sich auf die unterschiedlichen Kategorien:

- Stationäre Betreuung (zehn Mal);
- wlh-nahe Einrichtungen – stationär (ein Mal);
- ambulante Betreuung (zwei Mal);
- wlh-nahe Einrichtungen – ambulant (ein Mal);
- Delogierungsprävention (fünf Mal).¹⁵

Weiters wurden auch von der Schuldnerberatung in NÖ aggregierte Daten übermittelt. Diese machen deutlich, dass viele Haushalte mit Schulden belastet sind, die mehr / minder direkt mit ihrem aktuellen Wohnverhältnis bzw. mit ihrer Wohnbiografie zu tun haben. Die Daten geben aber keine Auskunft darüber, ob und inwieweit bei diesen Personen eine Gefährdung ihrer Wohnversorgung vorliegt und konnten deshalb nicht in die Leistungen der ambulanten Hilfen zur Bewältigung von Wohnungsnot bzw. Wohnungslosigkeit aufgenommen werden.

4.3.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen

Niederösterreich verfügt über ein über das Bundesland gestreutes Angebot von Anlaufstellen für Obdachlose, psychisch Kranke, Haftentlassene und Behinderte. Zu diesen Einrichtungen zählen:¹⁶

Tabelle 10: Unterstützungsangebote und Ressourcen für wohnungslose Menschen (2008)

Art der Einrichtung	Standort der Einrichtungen	Anzahl der Wohnplätze	Jahresdaten 2006	Stichtag Ende 2007
Betreute Wohnformen – WLH				
Verein gegen Wohnungslosigkeit	Krems	Wohnhaus: 19 Plätze 4 Wohnungen: 5 Plätze	06	12/07
Verein Wohnen und Arbeit	Winden	Wohnhaus: 18 Plätze	06	12/07
Emmausgemeinschaft	St. Pölten	6 Wohnhäuser. 82 Plätze 5 Wohnungen: 7 Plätze	06	12/07
Emmausgemeinschaft	Lilienfeld	1 Wohnhaus: 6 Plätze 1 Wohnung: 4 Plätze	k.A.	k.A.
Caritas Wien	Hollabrunn	8 Wohnungen: 15 Plätze	06	12/07

¹⁵ Ergänzend zu den Erhebungsbögen für die Delogierungsprävention im Jahr 2006 wurden die Daten aus der Jahresstatistik 2007 herangezogen, zumal einzelne Einrichtungen erst im Verlauf von 2006 den Betrieb aufnahmen und somit die Jahresstatistiken 2006 nicht aussagekräftig sind.

¹⁶ Nach der Darstellung im Sozialbericht wird eine flächendeckende Versorgung realisiert. Über die Anzahl der von Wohnungslosigkeit betroffenen Personen in Niederösterreich gibt es im Sozialbericht keine Angaben (NÖ Sozialbericht 2007, Landesregierung Niederösterreich 2007, S. 16).

Art der Einrichtung	Standort der Einrichtungen	Anzahl der Wohnplätze	Jahresdaten 2006	Stichtag Ende 2007
Frauen für Frauen	Hollabrunn	1 Wohnung: 3 Plätze	k.A.	k.A.
SOWO / Soziales Wohnheim	Neunkirchen	1 Wohnhaus: 8 Plätze 10 Wohnungen: 10 Plätze	k.A.	k.A.
Verein Betreuung Orientierung	Wiener Neustadt	Wohnhaus: 16 Plätze	06	12/07
Verein Sozialbetreuung	NÖ-Süd	Männer-WG: 16 Plätze Weiberwirtschaft: 18 Plätze 28 Wohnungen: 36 Plätze	06	12/07
Verein Möwe	Tulln	1 Wohnhaus: 7 Plätze (?) Wohnungen: 23 Plätze	k.A.	k.A.
Wohnhaus Langenlois	Langenlois	1 Wohnhaus: 9 Plätze	k.A.	k.A.
Stützpunkt Undine	Baden	1 Wohnung: 3 Plätze	k.A.	k.A.
Verein Wohnen – Betreutes Wohnen	St. Pölten	40 Wohnungen. 80 Plätze	06	12/07
Verein Wohnen – Betreutes Wohnen für AsylwerberInnen	St. Pölten	18 Wohnungen: 71 Plätze	06	12/07
Verein Wohnen – Wohnassistenz	St. Pölten	200 Wohnungen: 500 Plätze	06	12/07
Betreute Wohnformen – wlh-nahe Angebote				
Mutter-Kind-Heim	St. Pölten	k.A.	06	12/07
Grüner Kreis	Bucklige Welt	Rehabilitation von Suchtkranken: 220 Plätze	k.A.	k.A.
Frauenhäuser	Amstetten, Mödling, Mittelbach, Neunkirchen, St. Pölten und Wiener Neustadt	6 Frauenhäuser: 121 Plätze	k.A.	k.A.
Ambulante Hilfen – WLH				
Sozialberatungsstellen	alle Bezirke	Keine Wohnplätze	k.A.	k.A.
Emmaus / Tageszentrum	St. Pölten	Keine Wohnplätze	06	12/07
Emmaus / Tageszentrum für Frauen	St. Pölten	keine Wohnplätze	06	12/07
Soziales Wohnheim / Beratung	Neunkirchen	Keine Wohnplätze	06	12/07
Caritas Wien	Hollabrunn	Keine Wohnplätze	06	12/07
Caritas St. Pölten	Amstetten / Scheibbs / Waidhofen	Keine Wohnplätze	06	k.A.
Notschlafstelle Verein Betreuung Orientierung	Wiener Neustadt	Notschlafstelle: 3 Plätze	k.A.	k.A.
Notbetten / Notschlafstelle Verein Sozialbetreuung	NÖ-Süd	Männer-WG: 1 Platz Weiberwirtschaft: 4 Plätze	06	12/07
zwei Notschlafstellen – Emmaus	St. Pölten	20 Plätze	06	12/07
Notschlafstelle für Frauen – Emmaus	St. Pölten	4 Plätze	06	12/07
Jugendnotschlafstelle – Emmaus	St. Pölten	12 Plätze	06	12/07

Art der Einrichtung	Standort der Einrichtungen	Anzahl der Wohnplätze	Jahresdaten 2006	Stichtag Ende 2007
Ambulante Hilfen – wlh-nahe				
Schuldnerberatung	Dezentral	Keine Wohnplätze	Kein Fragebogen	Kein Fragebogen
Delogierungsprävention				
Caritas Wien	Korneuburg	Keine Wohnplätze	2007	12/07
Caritas St. Pölten	Amstetten		2007	12/07
Beratung gegen Wohnungsverlust Krems / BEWOK	Krems		2007	12/07
Verein Betreuung Orientierung	Wiener Neustadt		2007	12/07
Verein Wohnen	St. Pölten		2007	12/07

Anmerkung: kein Fragebogen = Angaben und Mitteilungen zu Praxisbeobachtungen wurden nicht gemäß dem übermittelten Fragebogen aufbereitet und differenziert und konnten in der Auswertung nicht berücksichtigt werden.

Weitere wlh-nahe Angebote in Niederösterreich

Die Abteilung für Gesundheit und Soziales (GS5) der NÖ Landesregierung weist darauf hin, dass wlh-nahe Angebote in den Sozialberatungsstellen der Bezirke vorhanden sind und entsprechend genutzt werden.

Für die Zielgruppe der von Gewalt betroffenen Frauen gibt es in Niederösterreich sechs Frauenhäuser. Diese sind in Amstetten, Mödling, Mistelbach, Neunkirchen, St. Pölten und Wiener Neustadt angesiedelt.

Die Frauenhäuser stellen den von Gewalt bedrohten Frauen und Kindern insgesamt 121 Plätze zur Verfügung. In den letzten fünf Jahren mussten insgesamt 2.175 Frauen und Kinder diese Hilfe in Anspruch nehmen (NÖ Sozialbericht, S. 16).

Von den Sozialberatungsstellen und Frauenhäusern in Niederösterreich wurden für diese Erhebung keine Daten zur Verfügung gestellt.

4.3.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe

STATIONÄRE ANGEBOTE / WOHN BETREUUNG

Aus der Detailauswertung des Zahlenmaterials der Erhebung lässt sich erkennen, dass die stationär betreuten Männer in der WLH sowie in wlh-nahe Einrichtungen in Niederösterreich zu hohen Anteilen allein stehend (85 Prozent) sind, während die weiblichen Klientinnen überwiegend (73 Prozent) in einem familiären Verbund leben (mit Mann und Kind/ern bzw. alleine mit Kind/ern)¹⁷. Auffällig ist die hohe Anzahl an mitziehenden minderjährigen Kindern, die von der Wohnungslosigkeit ihrer Eltern betroffen sind. In insgesamt

¹⁷ Die Detailauswertung der entsprechenden Tabellen wurde aus Platzgründen hier nicht extra angeführt.

133 wohnungslosen Familien leben insgesamt 186 Minderjährige ($\emptyset = 1,4$ Kinder pro Familie).

Die wohnungslosen bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen in Niederösterreich verteilen sich relativ gleichmäßig auf die Versorgungssegmente der ambulanten Hilfen und der Wohnbetreuung – mit einem leichten Überhang in der ambulanten Versorgung. Der Frauenanteil liegt im Bereich der ambulanten Hilfen bei einem Wert von 33%. Die Wohnbetreuungsangebote werden zu 35 Prozent von Frauen genützt.

Tabelle 11: Wohnbetreuung in Niederösterreich; Jahresstatistik 2006 und Stichtagserhebung Ende 2007

Jahresstatistik 2006	Gesamt		Frauenanteil		Männeranteil		Keine Angaben zum Gender
	Anzahl.	In Sp. %	Anzahl.	In Z. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl
WLH	532	94%	162	30%	370	70%	0
wlh-nahe	34	6%	34	100%	0	0%	0
mitziehende Minderjährige	186	---	---	---	---	---	186
Erwachsene in stationärer Betreuung – Jahr 2006	566	100%	196	35%	370	65%	0
Stichtag Ende 2007	Gesamt		Frauenanteil		Männeranteil		Keine Angaben zum Gender
	Anzahl.	In Sp. %	Anzahl.	In Z. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl
WLH	461	94%	192	42%	269	58%	0
wlh-nahe	27	6%	27	100%	0	0%	0
mitziehende Minderjährige	242	---	k.A.	---	k.A.	---	242
Erwachsene in stationärer Betreuung – Stichtag Ende 2007	488	100%	219	35%	269	65%	0

Anmerkung: Sp. % = Spaltenprozent: gibt die Verteilung zwischen den Angebotsbereichen an.
Z. % = Zeilenprozent: bezeichnet das anteilige Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen NutzerInnen der jeweiligen Angebotsbereiche.

Tabelle 12: Ambulante Hilfen; Jahresstatistik 2006 und Stichtagserhebung Ende 2007

Jahresstatistik 2006	Gesamt		Frauenanteil		Männeranteil		Keine Angaben zum Gender	
	Anzahl.	In Sp. %	Anzahl.	In Z. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl	Anzahl.
WLH	706	70%	232	33%	474	67%	0	0%
wlh-nahe	300	30%	96	32%	204	68%	0	0%
mitziehende Minderjährige	0	--	--	--	--	--	--	--
Erwachsene in ambulanter Betreuung – Jahr 2006	1.006	100%	328	33%	678	67%	0	0%
Stichtag Ende 07	Gesamt		Frauenanteil		Männeranteil		Keine Angaben zum Gender	
	Anzahl.	In Sp. %	Anzahl.	In Z. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl	Anzahl.
WLH	302	74%	149	49%	130	43%	23	8%
wlh-nahe	107	26%	34	32%	73	68%	0	0%
mitziehende Minderjährige	0	--	--	--	--	--	--	--
Erwachsene in ambulanter Betreuung – Stichtag Ende 2007	409	100%	183	45%	203	49%	23	6%

Anmerkung: Sp. % = Spaltenprozent: gibt die Verteilung zwischen den Angebotsbereichen an.
Z. % = Zeilenprozent: bezeichnet das anteilige Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen NutzerInnen der jeweiligen Angebotsbereiche.

4.3.3. Delogierungen und Delogierungsprävention

Im Jahr 2005 wurde ein Pilotprojekt zur Wohnungssicherung durchgeführt, dessen Ergebnisse dazu führten, dass im Laufe des Jahres 2006 die Angebote der Delogierungsprävention flächendeckend auf das ganze Bundesland ausgeweitet wurden. Das Landesgebiet wurde für die Umsetzung der flächendeckenden Delogierungsprävention in fünf Regionen aufgeteilt und jeweils einer Trägerorganisation¹⁸ zugeordnet.

¹⁸ Die Trägerorganisationen sind: Verein Wohnen St. Pölten, Caritas der Erzdiözese Wien, Caritas der Diözese St. Pölten, V.B.O.- Verein-Betreuung-Orientierung und BEWOK Krems. Sozialbericht der Niederösterreichischen Landesregierung 2007, S. 43

Tabelle 13: Delogierungsprävention, Jahresstatistik 2007 und Stichtagsdaten Ende 2007

Jahresstatistik 2007	Gesamt		Frauenanteil		Männeranteil		Keine Angaben zum Gender	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
WLH	1.185	100%	105	--	188	--	892	--
mitziehende Minderjährige	812	--	--	--	--	--	812	--
Erwachsene in Delogierungsberatung – Jahresstatistik 2007	1.185	100%	105	--	188	--	892	--
Stichtag Ende 2007	Gesamt		Frauenanteil		Männeranteil		Keine Angaben zum Gender	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
WLH	510	100%	254	50%	256	50%	0	0%
mitziehende Minderjährige	380	--	--	--	--	--	380	100%
Erwachsene in Delogierungsberatung – Stichtag Ende 2007	510	100%	254	50%	256	50%	0	0%

Tabelle 14: Gerichtsverfahren zur Auflösung d. Wohnverhältnisses + Exekution von Räumungen, 2008¹⁹

	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen	Eingeleitete Räumungsexekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Klosterneuburg	94	28	4
Purkersdorf	49	21	5
Amstetten	10	44	19
Haag	56	20	3
Waidhofen/Ybbs	44	12	3
Baden	335	130	31
Ebreichsdorf	111	49	21
Bruck/Leitha	119	48	13
Schwechat	187	72	26
Gänserndorf	128	37	21
Zistersdorf	23	16	4
Gmünd	37	13	8
Hollabrunn	37	32	10
Horn	53	22	5
Korneuburg	107	27	10
Stockerau	72	27	15
Krems/Donau	121	48	22

¹⁹ Bundesministerium für Justiz, Mitteilung vom 4.5.2009

	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen	Eingeleitete Räumungsexekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Laa/Thaya	26	15	9
Melk	50	24	13
Ybbs	13	3	1
Mistelbach	20	16	9
Mödling	317	113	41
Sankt Pölten	348	159	56
Lilienfeld	58	26	8
Neulengbach	42	10	8
Tulln	121	34	15
Waidhofen/Thaya	17	10	5
Scheibbs	35	12	3
Gloggnitz	66	30	15
Neunkirchen	145	75	34
Zwettl	22	2	1
Wiener Neustadt	457	224	91
Niederösterreich - gesamt	3320	1399	529

Delogierungsverfahren und deren tatsächliche Exekution verteilen sich im Bundesland Niederösterreich relativ gleichmäßig über die einzelnen Bezirksgerichte. Allgemein betrachtet stellt diese Aufstellung ein gewichtiges Argument für die Notwendigkeit des Aufbaus von flächendeckenden dezentralen Beratungsangeboten dar.

Auffällig ist für Niederösterreich ein kontinuierlicher zahlenmäßiger Anstieg der bei den Bezirksgerichten eingebrachten Räumungsexekutionen. Die Leistung der Angebote zur Delogierungsberatung kommt im bisherigen Jahresvergleich nicht zum Ausdruck.

4.4. Oberösterreich

Der empirischen Erhebung liegen sowohl Fragebögen zur Jahresstatistik 2006 als auch zur Stichzeitraumerhebung Ende 2007 zugrunde. Die Daten wurden von der Sozialplanung des Landes bereichsspezifisch aufbereitet und gewährleisten einen einrichtungsübergreifenden Einblick in die unterschiedlichen Angebotsbereiche von WLH sowie wlnahen Einrichtungen. Ergänzend dazu wurden Jahresberichte wlnaher Einrichtungen seitens der AutorInnen herangezogen. Doppelzählungen sind möglich.

Wichtig für die Darstellung der WLH-Einrichtungen und Hilfevorsorgen im Bundesland Oberösterreich erscheint weiters die klare Trennung von Angeboten für wohnungslose Personen und Familien, die im engeren Regelungsbereich der WLH administriert werden, von Einrichtungen und Angeboten, bei denen zwar auch die Wohnungslosigkeit ein wichtiges Thema ist, die jedoch in den angrenzenden Regelungsbereichen (psychosoziale Versorgung, Behindertenwesen, Jugendwohlfahrt) administriert werden. Das betrifft z.B. die Jugendnotschlafstelle UFO des Vereins Soziale Initiative (in Linz situiert), deren Betreuungsdokumentationen ebenfalls miterfasst wurden. Andere wlnahe Einrichtungen, wie etwa Mutter-Kind-Heime und Frauenhäuser wurden in der Datensammlung für Oberösterreich nicht erfasst.

4.4.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen

Die Wohnungslosenhilfe im Bundesland Oberösterreich ist differenziert ausgebaut. Klassische Angebote der WLH gibt es in den Städten Linz, Steyr, Vöcklabruck und Wels. Im Einzelnen finden sich in Oberösterreich folgende Vorsorgen, gegliedert nach Angebotschwerpunkten:

Tabelle 15: Ressourcen und Angebote für wohnungslose Menschen und Familien

Art der Einrichtung	Anzahl der Wohnplätze	Jahresdaten 2006	Stichtagsdaten Ende 2007
Betreute Wohnformen			
betreute Wohnheime und Übergangswohnen: 1) Wohnheim und Übergangswohnen, Linz 2) Übergangswohnen, Wels 3) Übergangswohnen, Vöcklabruck	115 Plätze 10 Notbetten	06 06 06	12/07 12/07 12/07
wlh-nahe Angebote der Wohnbetreuung ²⁰ : 1) ALOA (Sozialverein B37, für KlientInnen nach einer Entwöhnungsbehandlung), Linz 2) PSW (Sozialverein B37, Wohnheim für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen)	15 Plätze 83 Plätze	06 06	12/07 12/07
Mobile Wohnbetreuung ²¹ durch: 1) ARGE für Obdachlose (Linz) 2) Verein Wohnen (Steyr) 3) Wohnungslosenhilfe Mosaik (Vöcklabruck) 4) soziales Wohnservice (Wels) 5) Sozialverein B37, Linz	2006: 238 betreute Personen	06 06 06 06 06	12/07 12/07 12/07 12/07 12/07
Ambulante Hilfen			
NächtigerInnenangebote – Notschlafstellen ²² : 1) Sozialverein B37, Linz 2) Soziales Wohnservice (Wels), 3) Verein Wohnen (Steyr), 4) Wohnungslosenhilfe Mosaik (Vöcklabruck)	84 Schlafplätze	06 06 06 06	12/07 12/07 12/07 12/07
wlh-nahe Nächtigungsangebote: 1) Jugendnotschlafstelle (UFO), Linz	10 Schlafplätze 3 Notbetten	06	12/07
Beratungs-, Tagesstrukturangebote und Tageszentren: 1) ARGE für Obdachlose, Linz 2) Tageszentren der Caritas Wärmestube, Linz 3) Of(f)'n'stüberl Diakonie, Linz 4) Vinzenzstüberl Barmherzige Schwestern, Linz 5) Soziales Wohnservice (Wels) 6) Verein Wohnen (Steyr)	Keine Wohnplätze	06	12/07
Hilfe zur Arbeit: 1) Beschäftigungsangebot für wohnungslose Menschen, Linz	Keine Wohnplätze	k.A.	k.A.
Delogierungsprävention			
dezentrale Angebote der Delogierungsprävention: 1) Wohnplattform (Planungsregionen Linz, Wels), 2) ARGE für Obdachlose (Planungsregion Mühlviertel), 3) Verein Wohnen Steyr (Planungsregion Pyhrn-Eisenwurzen), 4) Caritas (Planungsregion Innviertel), 5) Wohnungslosenhilfe Mosaik (Planungsregion Traunviertel Salzkammergut)	Keine Wohnplätze	2007 2007 2007 2007 2007 2007	12/07 12/07 12/07 12/07 12/07 12/07

²⁰ Diese Angebote stehen auch Menschen zur Verfügung, die nicht primär wohnungslos sind.

²¹ Mittlerweile wurde das Angebot der mobilen Wohnbetreuung auf das gesamte Bundesland ausgeweitet.

²² Im Jahr 2007 wurde die Kapazität der Nächtigungsangebote auf 98 Schlafplätze ausgeweitet.

In der Datensammlung aus Oberösterreich sind die Betreuungsdokumentationen des Linzer Tageszentrums aufgenommen worden, das die höchste Frequenz an BesucherInnen aufweist. Diese Einschränkung wird deshalb vorgenommen, damit Doppelnennungen vermieden werden können.²³

Die Sozialplanung der Wohnungslosenhilfe unterscheidet sechs Planungsregionen, wovon drei Planungsregionen die Ballungsgebiete Linz, Wels und Steyr betreffen, in denen differenzierte Angebote der WLH (Notschlafstellen, mobile Wohnbetreuung und Sozialberatungsstellen) für wohnungslose Personen und Familien angesiedelt sind. Auch in Vöcklabruck (Planungsraum Traunviertel) sind einzelne WLH-Angebote (Notschlafstelle, Übergangswohnen und mobile Wohnbetreuung) realisiert. Demgegenüber weisen die beiden Planungsräume Innviertel und Mühlviertel eher ländlichen Charakter und keine städtischen Ballungsräume auf. In diesen Regionen gab es bis vor kurzem keine spezifischen WLH-Vorsorgen und Einrichtungen. Aktuell wird hier auch mobile Wohnbetreuung angeboten

In Oberösterreich gibt es weiters ein flächendeckendes Angebot von insgesamt 75 Sozialberatungsstellen. Deren Betreuungsdaten konnten in dieser Studie nicht erfasst werden.

In den vergangenen Jahren (2006 / 2007) wurden die Vorsorgen für die Delogierungsberatung wesentlich ausgebaut, sodass seit 2007 von einer flächendeckenden Delogierungsprävention im Bundesland Oberösterreich gesprochen werden kann. Aus diesem Grund liegen auch noch keine aussagekräftigen Zahlen aus der Jahresstatistik 2006 vor. Ersatzweise werden im folgenden Profil von Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe für die Delogierungsprävention die Jahreszahlen aus 2007 verwendet.

²³ Erfahrungsgemäß pendeln viele wohnungslose Menschen im Verlauf eines Tages zwischen den einzelnen Tageszentren.

4.4.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe

Tabelle 16: Betreuung von wohnungslosen Personen in WLH- und wlh-nahe Einrichtungen (2006)

	gesamt	NutzerInnen ²⁴ gesamt		Frauen / Anteil		Männer / Anteil		Mitziehende Minderjährige
		Anzahl	Sp. % ²⁵	Anzahl	In Z. %	Anzahl	In Z. %	Anzahl
Wohnbetreuung								
WLH	521	521	66%	171	33%	350	67%	0
Wlh-nahe Einrichtung	264	264	34%	55	21%	209	79%	1
Wohnbetreuung - gesamt	785	785	15%	226	29%	559	71%	1
ambulante Beratung / Betreuung								
WLH	1.779	1.779	33%	279	16%	1.500	84%	0
Notschlafstellen								
WLH	593	593	11%	106	18%	487	82%	0
Delogierungsprävention (2007)								
WLH	3.523	2.213	41%	Keine Angaben				1.310

Anmerkung: Sp. % = Spaltenprozent: gibt die Verteilung zwischen den Angebotsbereichen an. Z.% bezeichnet das anteilige Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen NutzerInnen der jeweiligen Angebotsbereiche.

Die Betreuungsdokumentation der WLH- sowie der wlh-nahe Einrichtungen in Oberösterreich wird von den Beratungsfällen in der Delogierungsprävention dominiert. Auf diese entfallen mehr als 40 Prozent aller Einträge. Ein weiteres großes Segment (ein Drittel aller dokumentierten Betreuungsfälle) von KlientInnen entfällt auf die ambulanten Hilfen (Tagesstruktur, Tageszentren und Sozialberatung). Demgegenüber sind die in den betreuten Wohnformen (15 Prozent) sowie in den Notschlafstellen (11 Prozent) dokumentierten wohnungslosen Menschen in der Minderheit.

In der WLH im Bundesland Oberösterreich werden – mit Ausnahme der Delogierungsberatung – nur sehr wenige Familien mit Kindern erfasst. Der Frauenanteil in den Angeboten zur Wohnbetreuung liegt bei 29 Prozent. Im Bereich der wlh-nahe Einrichtungen – unter gänzlicher Ausklammerung von Mutter-Kind-Heimen und Frauenhäusern – liegt der Frauenanteil bei 21 Prozent.

Die Aufenthaltsdauer in Angeboten der Wohnbetreuung (errechnet aus der Relation von Jahresstatistik und Stichtagserhebung) liegt bei durchschnittlich sieben Monaten. Im Detail zeigt sich, dass die Personen, die in wlh-nahen Einrichtungen wohnbetreut werden, mit einer Aufenthaltsdauer von 259 Tagen oder 8,6 Monaten deutlich länger verweilen als

²⁴ Da die minderjährigen NutzerInnen der Notschlafstelle für Jugendliche (insgesamt 92) nicht als mitziehende Minderjährige gewertet werden können, wurden diese in der folgenden Darstellung als eigenständige NutzerInnen den Erwachsenen beigefügt.

²⁵ Als Grundgesamtheit für die Berechnung der Spaltenprozente wurde eine Spaltensumme gebildet; n=5.370 inkl. Doppelnennungen; n=5.370 = 100 Prozent. Diese Summe ergibt sich aus der Zusammenzählung der für die erwachsenen NutzerInnen relevanten Zahlen (d.h. für die letzte Zeile der Tabelle, dass die 1.310 Minderjährigen herausgerechnet sind).

die KlientInnen in WLH-Angeboten. In der Wohnbetreuung durch WLH-Einrichtungen liegt die durchschnittliche Verweildauer bei 186 Tagen, also ziemlich genau bei sechs Monaten.

Tabelle 17: Status vor der Aufnahme; Jahresstatistik 06

	Eigene Wohnung verloren		andere betreute Wohnform		stationär in Psychiatrie		in Haft		keine Angaben	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
WLH	69	13%	220	42%	42	8%	9	2%	181	35%
Wlh-nahe E.	31	12%	18	7%	26	10%	6	2%	183	69%
gesamt	100	13%	238	30%	68	9%	15	2%	364	46%

In den WLH-Angeboten zur Wohnbetreuung fällt der hohe Anteil von Personen auf, die aus anderen Wohnbetreuungsangeboten in die aktuelle Betreuungsform übergewechselt sind. Eine Erklärung dafür könnte darin liegen, dass viele BewohnerInnen nach einer Phase der stationären Wohnbetreuung in eine betreute Wohnung überwechseln und so auf die Ablösung in selbständige Wohn- und Lebensformen vorbereitet werden.

Eine wesentliche Ursache für die vorliegende Wohnungslosigkeit ist der Verlust der eigenen Wohnung. 13 Prozent der in der WLH oder in den wlh-nahen Einrichtungen betreuten Personen sind Neuzugänge nach dem Verlust ihrer Wohnung. Zugänge aus der psychiatrischen Versorgung liegen mit einem Anteil von neun Prozent ebenfalls relativ hoch, während die Kategorie der Aufnahme von Haftentlassenen bei zwei Prozent liegt.

Tabelle 18: Verteilung auf unterschiedliche Formen der Wohnbetreuung; 2006

	Wohnheim – unbefristet		Übergangswohnheim		Langzeitwohnen für Ältere		Ambulante Wohnbetreuung ²⁶	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
WLH: (521)	93	18%	190	36%	0	0%	238	46%
wlh-nahe E.: (264)	106	40%	158	60%	0	0%	0	0%
Gesamt: (785)	199	25%	348	44%	0	0%	238	30%

Die oben vorgestellte Aufstellung unterscheidet die verschiedenen betreuten Wohnformen danach, ob es sich dabei um WLH- oder wlh-nahe Einrichtungen handelt. Der augenfällige Unterschied zwischen den erfassten Einrichtungen dieser Angebotsbereiche ist, dass wlh-nahe Einrichtungen, die im Rahmen dieser Erhebung nur teilweise erfasst werden konnten, sich ausschließlich auf die Betreuung in Form von unbefristeten oder Übergangswohnheimen beschränken. Die historisch jüngere Form des ambulant betreuten Wohnens / der mobilen Wohnbetreuung wird in den erhobenen Daten nicht abgebildet.

²⁶ Die übermittelten Daten erlauben keine Aufschlüsselung in Wohnungen, die vom Träger oder von den KlientInnen angemietet wurden.

Ambulante / mobile Wohnbetreuung entfällt ausschließlich auf Einrichtungen der WLH. Annähernd jede/r zweite KlientIn wird mobil betreut und lebt in einer Wohnung, die entweder von ihm/ihr selbst oder von einer WLH-Einrichtung angemietet wurde. Als wohnrechtlicher Status ist hier durchgängig das Modell eines Wohnbetreuungsvertrages anzutreffen.²⁷ Im Allgemeinen nimmt die heimgestützte Wohnbetreuung in vorwiegend temporärer Unterbringung (Übergangwohnheime) eine zentrale Rolle im Angebotsbereich der betreuten Wohnformen ein. Darauf entfällt ein Anteil von 44 Prozent in der Gesamtgruppe der wohnbetreuten Personen (36 Prozent der WLH-KlientInnen und 60 Prozent der Wohnbetreuungsfälle in den wlh-nahe Einrichtungen).

Tabelle 19: Ambulante Hilfen, Jahresstatistik 2006 und Stichtagserhebung 2007

	Gesamt		Frauen		Männer		Keine Angaben zum Gender	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Jahresstatistik 06	1.779	100%	279	16%	1.447	81%	53	3%
Stichtag 07	372	100%	51	14%	260	72%	61	17%

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den ambulanten Hilfen liegt in den WLH-Einrichtungen bei 74 Tagen, das entspricht einem Zeitraum von etwas mehr als zwei Monaten. Der Frauenanteil in dieser Kategorie liegt bei 16 Prozent in der Jahresstatistik 2006 bzw. 14 Prozent am Stichtag Ende Dezember 2007.

Tabelle 20: NächtigerInnen in Notschlafstellen (inkl. Jugendnotschlafstelle), 2006 und 2007

	Gesamt		Frauen		Männer		Keine Angaben zum Gender	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Jahresstatistik 06	593	100%	106	18%	487	82%	0	0%
Stichtag 07	85	100%	8	10%	74	87%	3	3%

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in diesen Einrichtungen liegt bei 14 Tagen. Der Frauenanteil fällt mit 18 Prozent in diesem Bereich in der Jahresstatistik respektive mit 10 Prozent am Stichtag aus.

4.4.3. Delogierungen und Delogierungsprävention

Im Jahr 2008 wurden in Oberösterreich insgesamt 2.528 gerichtliche Verfahren zur Auflösung von mietrechtlichen Bestandsverhältnissen geführt. Jedes fünfte Verfahren (21 Prozent) mündete in eine zwangsweise Räumung. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die regionale Verteilung dieser Verfahren.

²⁷ Mietrechtsgesetz §1 (2) 1a.

Tabelle 21: Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Oberösterreich, 2008²⁸

Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen		Eingeleitete Räumungsexekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Braunau/Inn	103	53	31
Mattighofen	70	28	9
Freistadt	33	11	3
Pregarten	13	10	1
Bad Ischl	72	22	3
Gmunden	47	32	13
Mauthausen	48	25	7
Perg	8	9	3
Grieskirchen	36	13	3
Peuerbach	11	5	1
Everding	27	6	2
Enns	55	32	11
Linz	739	381	170
Urfahr/Umgebung	46	15	6
Traun	243	128	51
Leonfelden	16	7	7
Ried/Innkreis	37	26	9
Rohrbach	19	13	6
Schärding	64	18	6
Kirchdorf/Krems	57	25	8
Steyr	263	164	84
Weyer	10	3	1
Windischgarsten	16	8	2
Frankenmarkt	22	9	4
Mondsee	16	10	4
Vöcklabruck	123	46	18
Lambach	40	20	8
Wels	407	205	71
Oberösterreich gesamt	2641	1324	542

²⁸ Bundesministerium für Justiz, Mitteilung vom 4.5.2009

Etwa 20 Prozent der Delogierungsverfahren mündeten in eine tatsächliche Räumung. Nach einem stetigen Anstieg der Exekutionsverfahren zwischen 1999 und 2003 ergab sich im Jahr 2004 ein deutlicher Rückgang und stieg seither wieder leicht an.

Der Ausbau der Vorsorgen für die Delogierungsprävention (Frühwarnsystem, Beratung, nachgehende Betreuung, Vernetzungsarbeit etc.) wurde im Jahr 2006 abgeschlossen, so dass im Jahr 2007 erstmals ein flächendeckendes professionelles Angebot zur Verhinderung von Delogierung und Zwangsräumung im gesamten Bundesland realisiert wurde. Parallel zum Aufbau der Delogierungsberatung wurde in derselben Zeit begonnen, ein Kontingent an leistbaren Wohnungen bereit zu stellen, um jene Haushalte mit erschwinglichem Wohnraum versorgen zu können, bei denen trotz Intervention durch die Delogierungsberatung eine alternative Wohnversorgung notwendig wird. Damit sind Vorsorgen dafür getroffen. Da die Delogierungsprävention im Bundesland Oberösterreich erst im Verlauf des Jahres 2006 flächendeckend etabliert und eine statistische Zusammenführung der KlientInnen Daten erst mit 2007 sinnvoll möglich wurde, werden in der folgenden Darstellung die Daten aus der Jahresstatistik 2007 herangezogen. Die Stichtagserhebung wurde im Dezember 2007 ausgeführt.

Tabelle 22: Delogierungsprävention, Jahresstatistik 2007 & Stichtag 12/07

	Gesamt		Frauen		Männer		Keine Angaben zum Gender	
	abs.	in %	abs.	Frauenanteil in %	abs.	Männeranteil in %	abs.	In %
Jahresstatistik 07	2.213	100%	Keine Angaben zur Genderverteilung				2.213	100%
Stichtag 12/07	136	100%	67	50%	58	43%	11	7%

In der Jahresstatistik 2007 werden insgesamt 1.310 minderjährige Haushaltsmitglieder angeführt.²⁹ Ganz offensichtlich werden die Angebote der Delogierungsberatung insbesondere auch von Familien in Anspruch genommen, während Angebote der WLH eher kinderlose Personen bzw. Haushalte als Klientel erreichen.

²⁹ Die von der OÖ Landesregierung beigestellten Zahlen waren gendermäßig nicht getrennt.

4.5. Salzburg

Von der Sozialabteilung des Landes wurden die Datenbestände über Beratungsfälle im Jahr 2006 sowie Stichtagsdaten von Ende 2007 übermittelt, die die WLH-Einrichtungen zweier Träger von Sozialeinrichtungen in Salzburg beinhalten. Diese Datenbestände wurden jeweils von MitarbeiterInnen dieser Trägerorganisationen aufbereitet, wurden jedoch nicht einrichtungs- bzw. trägerübergreifend bearbeitet.

Als Besonderheit ist hier anzumerken, dass die Caritas Salzburg aggregierte Daten zu den ambulanten Einrichtungen (Bahnhofsozialdienst, Notschlafstelle und Notschlafstelle für Jugendliche sowie der Wohnintegration) aus der Jahresstatistik 2006 und der Stichtagserhebung 12/2007 bereit stellte, die nicht weiter aufgeschlüsselt waren. Die Daten der Sozialen Arbeit GmbH³⁰ stammen aus der Jahresstatistik 2006 und sind aufgliedert in Sozialberatung, betreute Wohnformen, Notschlafstelle Pension Torwirt und Delogierungsprävention.

Daneben ergibt sich für Salzburg die Möglichkeit, auf Ergebnisse einer Stichzeitraumerhebung³¹ zurückzugreifen, die auf einem breiten Zugang beruht und eine Vielzahl an Sozialeinrichtungen aus unterschiedlichen Hilfebereichen einbezieht. Die nachstehende detaillierte Übersicht zur Wohnungslosigkeit beruht mithin sowohl auf den für diese Erhebung eingegangenen Erhebungsrastern bezüglich Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe sowie auf den Ergebnissen der Wohnungslosenerhebung des Forums Wohnungslosenhilfe Salzburg (Stichzeitraum Oktober 2007).

4.5.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen

Im Bundesland Salzburg sind im Wesentlichen drei Träger von Angeboten für Wohnungslose zu unterscheiden. Das sind die Soziale Arbeit GmbH (SAG) sowie die Caritas Salzburg, die jeweils eine Reihe von Einrichtungen für wohnungslose Menschen und Familien führen. Weiters gibt es noch das Beratungs- und Betreuungsangebot für wohnungslose Frauen durch den Verein Frauentreffpunkt. Im Einzelnen stehen in Salzburg folgende Angebote für wohnungslose Menschen und Familien zur Verfügung:

30 Die von der Soziale Arbeit GmbH (SAG) zur Verfügung gestellten Daten zur Stichtagserhebung weichen insofern von der Vorgabe ab, als es aus technischen Gründen nicht möglich war, tatsächlich Stichtagsdaten aus der Betreuungsdokumentation zu extrahieren. Anstelle dessen wurden die bis zum Stichtag Anfang Dezember dokumentierten Neuzugänge erfasst und aufbereitet. Für die nachstehende Auswertung werden deshalb die Daten aus einer Stichzeitraumerhebung herangezogen, die von den Salzburger Sozialeinrichtungen im Oktober 2007 (Forum WLH, 2008) durchgeführt und für diese Untersuchung zur Verfügung gestellt wurde.

31 Forum WLH Salzburg, Wohnungslosenerhebung 2007

Tabelle 23: Überblick über Angebote und Ressourcen der WLH in Salzburg

Art der Einrichtung	Anzahl der Einrichtungen	Anzahl der Wohnplätze
Betreute Wohnformen		
betreute Übergangswohnheime:		
1) Stationäres Übergangswohnen (Soziale Arbeit GmbH)	1	13
2) Ambulantes Übergangswohnen (Soziale Arbeit GmbH)	1	31
betreute Wohngemeinschaften:		
1) Langzeitwohnen (Soziale Arbeit GmbH)	1	29
betreute Wohnheime:		
1) SOALP (Caritas; für KlientInnen nach einer Entwöhnungsbehandlung)	1	10
Betreuung in Wohnungen der WLH-Einrichtungen mit Wohnbetreuungsvertrag	0	0
Herbergen / Asyle ohne Sozialarbeit: Mehrere gewerbliche ZimmervermieterInnen (niedriger Wohnstandard, keine Betreuungsvorsorgen)	12	Ca. 80
Ambulante Hilfen		
Beratungsstellen:		
1) Bahnhofsozialdienst (Caritas)	1	Keine Wohnplätze
2) AIS (Soziale Arbeit GmbH)	1	Keine Wohnplätze
3) Beratungsstelle für Frauen (Frauentreffpunkt)	1	Keine Wohnplätze
ambulante Betreuung in Pensionszimmern, die von KlientInnen angemietet sind:		
1) Wohnintegration (Caritas)	1	ca. 30 Betreuungsfälle (07)
NächtigerInnenangebote – Notschlafstellen:		
1) Notschlafstelle der Caritas	1	15
2) Pension Torwirt (Soziale Arbeit GmbH)	1	10
3) Jugendnotschlafstelle (Caritas)	1	6 Wohnplätze + 4 Notbetten
Tagesstrukturangebote:		
1) Saftladen (Neustart)	1	Keine Wohnplätze
Delogierungsberatung		
Fachstelle Gefährdetenhilfe (Soziale Arbeit GmbH)	Beratungsstelle in der Stadt Salzburg; Sprech-tage in drei Bezirks-hauptstädten	Keine Wohnplätze

Mit Ausnahme der Kontakt- und Beratungsangebote der Delogierungsprävention (Sprech-tage in den Bezirken) sind die Einrichtungen und Angebote für wohnungslose Menschen in der Stadt Salzburg angesiedelt. Versuche in den vergangenen Jahren, einschlägige Angebote (Beratung, Tageszentren etc.) auch in den anderen Bezirkshauptstädten aufzubauen, haben sich nicht etablieren können.

4.5.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe

Tabelle 24: Daten zur Wohnungslosigkeit im Bundesland Salzburg

Jahresstatistik 2006	ges.	Erwachsene gesamt		Frauen / Anteil		Männer / Anteil		Mitziehende Minderjährige
		Anzahl	Sp. %	Anzahl	in Zeilen %	Anzahl	in Zeilen %	Anzahl
Wohnbetreuung	146	146	4%	6	4%	140	96%	0
ambulante Beratung / Betreuung	2.552 ³²	2.152	78%	675	26%	1.477	74%	0
Notschlafstellen/NächtigerInnen- angebote	137	137	4%	Keine Angaben zu Genderverteilung und mitziehenden Minderjährigen				
Delogierungsprävention	908	432	13%	248	57%	184	43%	476
Stichtag Ende 07	ges.	Erwachsene gesamt		Frauen / Anteil		Männer / Anteil		Mitziehende Minderjährige
		Anzahl	Sp. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl
Wohnbetreuung	165	165	19%	48	29%	117	71%	0
ambulante Beratung / Betreuung	560	560	63%	199	36%	361	64%	0
Notschlafstellen/NächtigerInnen- angebot	99	99	11%	35	35%	64	65%	0
Delogierungsprävention	62	62	7%	Keine Angaben zur Genderverteilung / mitziehenden Minder- jährigen				

Anmerkung: Sp. % = Spaltenprozent: gibt die Verteilung zwischen den Angebotsbereichen an.
Z. % = Zeilenprozent: bezeichnet das anteilige Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen NutzerInnen der jeweiligen Angebotsbereiche.

Eine Berechnung der durchschnittlichen Verweildauer von KlientInnen in den einzelnen Hilfesegmenten ist für Salzburg nicht möglich, weil die Daten aus Jahresstatistiken und Stichtagserhebung nur unzureichend vergleichbar sind. Die hier verwendete Stichzeiterhebung erfasst einen breiteren Kreis von Einrichtungen und geht über die Reichweite der erhobenen Jahresstatistiken hinaus. Wie stark die Datenquellen voneinander abweichen, zeigt sich unter anderem auch in Bezug auf die unterschiedliche Genderverteilung.

Die Verteilung der KlientInnen auf die unterschiedlichen Wohnbetreuungstypen weist ein spezifisches Profil der Wohnbetreuung im Bundesland Salzburg aus, das besonders die ambulante Wohnbetreuung in von Trägern angemieteten Wohnungen favorisiert. Weiters wird eine unbefristete heimgestützte Unterbringung für ältere wohnungslose Menschen angeboten, die auf eine Langzeitbetreuung abstellt. Nachbetreuungen von inzwischen in Wohnungen vermittelten KlientInnen der Wohnungslosenhilfe scheinen in den Daten nicht auf.

³² Abweichungen in der Gesamtsumme der ambulant betreuten Personen ergeben sich daraus, dass für insgesamt 400 Nennungen (Notschlafstellen und Tagesstruktur etc.) keine Angaben zum Gender vorgelegt wurden.

4.5.3. Delogierungen und Delogierungsprävention

Die Leistungen der Delogierungsberatung werden im Bundesland Salzburg im Rahmen der Fachstelle für Gefährdetenhilfe erbracht.³³

Tabelle 25: Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Salzburg, 2008³⁴

	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen	Eingeleitete Räumungsexekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Salzburg - Stadt	1117	400	138
St. Johann / Pongau	171	52	14
Hallein	179	83	20
Zell am See	68	38	14
Saalfelden	58	28	11
Thalgau	45	11	8
Oberndorf	35	24	6
Tamsweg	37	11	1
Neumarkt bei Sbg.	19	21	9
Salzburg - gesamt	1729	668	221

Delogierungsverfahren sowie entsprechende Exekutionen fallen überproportional oft in der Landeshauptstadt Salzburg an. In diesen Zahlen kommt eine Besonderheit des Salzburger Wohnungsmarktes zum Ausdruck, wonach in den eher ländlichen Regionen überwiegend der Eigenheimbestand (eigenes Haus oder Eigentumswohnung) dominiert und Mietwohnungen vor allem im Ballungsraum der Stadt Salzburg angeboten werden. Bei dreizehn Prozent der hier dokumentierten gerichtlichen Verfahren ist es im Jahr 2008 zu einer Räumungsexekution gekommen.

Tabelle 26: Ergebnisse der Delogierungsberatung, 2006

Brieflicher Kontakt hergestellt	Erstberatung erfolgt	Laufende Beratung	Räumungstermin verschoben	Räumung war nicht zu verhindern	Beratungsabbruch ohne Ergebnis	Wohnung wurde gesichert
1.495	937	19	0	6	72	335

Im Jahr 2006 waren 1.991 gerichtliche Verfahren zur Kündigung oder Räumung anhängig. Davon wurden von der Fachstelle für Gefährdetenhilfe 1.495 Haushalte brieflich kontaktiert; das entspricht einem Anteil von 75 Prozent. Bei 937 Verfahrensfällen (47 Prozent) konnte darüber hinaus eine Erstberatung durchgeführt werden. 432 Haushalte haben

³³ Die Fachstelle für Gefährdetenhilfe entspricht den Delogierungspräventionsstellen der anderen Bundesländer.

³⁴ Bundesministerium für Justiz, Mitteilung vom 4.5.2009

in der Folge eine Beratung mit dem Ziel der Verhinderung der Delogierung in Anspruch genommen. Neunzehn dieser Beratungsfälle waren zum Jahresende nicht abgeschlossen. In 335 Beratungsfällen konnte das Wohnverhältnis gesichert werden (76 Prozent). In sechs Verfahren war eine Räumung nicht zu verhindern (ein Prozent der Beratungsfälle). Bei weiteren 72 Beratungsverläufen wurde die Beratung ohne Ergebnis abgebrochen (17 Prozent).

4.5.4 Stichzeiterhebung und Profil der Wohnungslosigkeit

Seit dem Jahr 1994 werden von den WLH-Einrichtungen in Salzburg (Forum Wohnungslosenhilfe FWLH) Stichzeiterhebungen zum Ausmaß und Profil der Wohnungslosigkeit durchgeführt. Im Jahr 2007 wurde als Stichzeitraum der Monat Oktober gewählt, auf den sich die nachstehenden Zahlen beziehen. Doppelnennungen werden in dieser Erhebung systematisch abgeglichen, sodass die Gesamtzahlen sowie die gender- und altersspezifischen Angaben um Doppelnennungen bereinigt dargestellt werden können.

An den Erhebungen zu Anzahl und Profil der Wohnungslosigkeit beteiligen sich traditionell nicht nur die Einrichtungen der WLH sondern auch der Großteil der im Bundesland Salzburg tätigen Sozialeinrichtungen. Insgesamt wurden neunzig Sozialeinrichtungen kontaktiert, Zahlen zur Wohnungslosigkeit ihrer KlientInnen wurden von sechzig Einrichtungen beigebracht. In der aktuellen Erhebung (Oktober 2007) wurden folgende Teile des Hilfesystems erfasst:

Einrichtungen der WLH:

- betreute Wohnformen
- ambulant betreutes Wohnen
- Notschlafstellen
- Beratungseinrichtungen für wohnungslose Männer und Frauen

wlh-nahe Einrichtungen:

- Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Frauen
- Tageszentren
- betreute Beschäftigungsprojekte
- Pfarren und Klöster
- Pensionen und Herbergen
- Krankenanstalten / Sozialer Dienst
- Strafanstalten / Sozialer Dienst
- Betreuungseinrichtungen im psychosozialen Kontext
- Beratungs- und Betreuungseinrichtungen der Jugendwohlfahrt

- Beratungseinrichtungen für MigrantInnen und AsylwerberInnen

Überwiegend handelt es sich dabei um Einrichtungen, die in der Landeshauptstadt Salzburg situiert sind.

In dieser Erhebung werden jene KlientInnen aus Einrichtungen der therapeutischen bzw. sozialpädagogischen Wohnbetreuung nicht als wohnungslos aufgenommen, bei denen die therapeutische oder sozialpädagogische Behandlung im Vordergrund steht und nicht die Wohnungslosigkeit.

Insgesamt waren im Oktober 2007 den Sozialeinrichtungen im Bundesland Salzburg 762 wohnungslose Personen bekannt. Überwiegend handelt es sich dabei um Einrichtungen im städtischen Rahmen der Landeshauptstadt. Das entspricht einem Anteil an der Bevölkerung des Bundeslandes Salzburg von 0,14 Prozent. Die große Mehrzahl der wohnungslosen Personen hat die österreichische Staatsbürgerschaft (70 Prozent). Drittstaatsangehörige stellen mit einem Anteil von 13 Prozent die zweitgrößte Gruppe dar. EU-BürgerInnen mit sieben Prozent, Jugendliche mit sechs Prozent und AsylwerberInnen mit vier Prozent bilden ebenfalls nennenswerte Gruppen der wohnungslosen Personen in Salzburg.

Bei den wohnungslosen Erwachsenen dominieren die Männer mit 62 Prozent.

Das Gesamtausmaß der Wohnungslosigkeit im Bundesland Salzburg blieb im letzten Jahrzehnt mit leichten Schwankungen (von 503 wohnungslosen InländerInnen im Jahr 1999 auf 534 wohnungslosen InländerInnen im Oktober 2007) annähernd gleich. Ein kontinuierlicher Anstieg des Anteils der von Wohnungslosigkeit betroffenen Frauen ist feststellbar. Dieser Anteil ist von 18 Prozent im Jahr 1999 auf 31 Prozent im Jahr 2007 gestiegen.

45 wohnungslose Personen im Bundesland Salzburg sind minderjährig. Überwiegend handelt es sich dabei um KlientInnen der Notschlafstelle für Jugendliche sowie um Personen, die in Beratung von Jugendwohlfahrtseinrichtungen stehen. Das entspricht einem Anteil von etwa sechs Prozent an der Gesamtzahl der erfassten wohnungslosen Personen. Die Genderverteilung ist mit 56 Prozent Burschen und 44 Prozent Mädchen nahezu ausgewogen.

Tabelle 27: Verteilung der wohnungslosen Erwachsenen nach ihrem Wohnstatus, 10/07,

Wohnstatus	Anzahl	In Prozent
Bei Bekannten	192	33%
In unbetreuter Pension / Herberge	84	14%
Prekär wohnversorgt	77	13%
Betreute Unterkunft	69	12%
Notschlafstelle	64	11%
Institutioneller Aufenthalt (Psychiatrie, Haft)	54	9%
Obdachlos	45	8%
Pfarrre / Kloster	1	0%

n=586 Nennungen (inkl. Doppelzählungen)

33 Prozent der erfassten wohnungslosen Personen in Salzburg entfallen auf die Gruppe jener, die vorübergehend bei Bekannten untergekommen sind. An der zweiten Stelle folgen jene Personen, die im Provisorium eines unbetreuten Pensionszimmers leben. 12 Prozent leben in betreuten Wohnformen. Von Obdachlosigkeit und dem entsprechenden Fehlen irgendeiner Art von Behausung waren im Oktober 2007 insgesamt 45 Personen betroffen. Das ist ein Anteil von 8 Prozent

Die erfassten wohnungslosen Jugendlichen frequentieren zu 39 Prozent die Jugendnotschlafstelle. 14 Prozent sind bei Bekannten untergekommen bzw. leben in überbelegten Wohnungen. Weitere 12 Prozent der erfassten Jugendlichen lebten im Oktober 2007 in einer betreuten Wohnform. Auf Strafhäft entfallen acht Prozent, auf Obdachlosigkeit vier Prozent sowie auf institutionellen Aufenthalt ebenfalls vier Prozent.

4.6. Steiermark

Das Amt der steirischen Landesregierung / Sozialplanung hat detaillierte Informationen zu wohnspezifischen und wohnungslosenhilferelevanten Fragestellungen zusammengestellt, jedoch keine systematische Erhebung gemäß dem für diese Studie erarbeiteten Erhebungsraster durchgeführt. Zahlen und Daten zur Wohnungslosigkeit wurden stattdessen den Jahresberichten der bekannten Grazer Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe entnommen. Damit hängt auch zusammen, dass es für die Steiermark keine vergleichbaren Daten zur Stichtagserhebung gibt.

4.6.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen

Im Bundesland Steiermark, Schwerpunkt liegt deutlich auf der Landeshauptstadt Graz, sind folgende Einrichtungen und Angebote für wohnungslose Menschen tätig.

Tabelle 28: Einrichtungen für wohnungslose Menschen / Familien³⁵

Art der Einrichtung	Anzahl der Einrichtungen	Anzahl der Wohnplätze	verwendete Jahresberichte
Betreute Wohnformen			
betreute Übergangwohnheime:			
1) Männerwohnheim der Stadt Graz	24 Zimmer	80 Betten	06
2) Frauenwohnheim der Stadt Graz	15 Wohngruppen	65 Wohnplätze	06
3) Team ON (Caritas)	1	80 Wohnplätze	06
4) Ressoridorf (für Männer, vereinzelt auch Paare)	1	20 Wohnplätze	06
5) Haus Rosalie (für Frauen, auch mitziehende Kinder)	1	15 Wohnplätze	k.A.
6) Aloisianum (therap. Wohngemeinschaft für Alkoholranke)	1	356 Wohnplätze	k.A.
7) Übergangwohnheime der Stadt Graz	124 Wohnungen	k.A.	k.A.
Mobile Wohnbetreuung:			
1) Wohnplattform	28 Wohnungen	28	06
2) Caritas – mobile Wohnbetreuung	36 Wohnungen	36	06
Wohnplätze für Familien und Paare, in Vergabe durch die Stadt Graz (Grünanger etc.)	mehrere Häuser	65 Wohnplätze	k.A.
Kontingentwohnungen der Stadt Graz	13 Wohnungen	30 Wohnplätze	k.A.
Herbergen / Asyle ohne Sozialarbeit: Einrichtungen der Vinzenzgemeinschaft für Männer, Frauen, MigrantInnen (niedriger Betreuungsstandard)	6	274 Schlafplätze	k.A.
Ambulante Hilfen			
Beratungsstellen:			
1) Beratungsstelle Caritas	1	Keine Wohnplätze	06
2) Beratungsstelle Wohnplattform	1	Keine Wohnplätze	06

³⁵ Die Angaben in dieser Aufstellung sind der schriftlichen Mitteilung der Sozialplanung entnommen.

NächtigerInnenangebote – Notschlafstellen:			
1) Arche 38	1	30	06
2) Haus Elisabeth	1	14 Schlafplätze + 6 Notbetten	06
3) Jugendnotschlafstelle Schlupfhaus (Caritas)	1	12 Schlafplätze	06
4) Notschlafstelle der Caritas – Bruck	1	3 Schlafplätze + 1 Notbett	k.A.
5) Notschlafstelle der Gemeinde Fürstenfeld	1	nach Bedarf	k.A.
6) Notschlafstelle der Gemeinde Voitsberg	1	10 Schlafplätze	k.A.
Tagesstruktur			
Marienstüberl – Mittagstisch und Begegnungsstätte	1	keine Wohnplätze	k.A.
Delogierungsprävention			
WOG – Wohnungssicherung Graz	1	keine Wohnplätze	06
gesundheitsbezogene Dienstleistungen			
Marienambulanz	1	keine Wohnplätze	06

Die Einrichtungen für wohnungslose Menschen im Bundesland Steiermark sind überwiegend in der Gemeinde Graz angesiedelt. Außerhalb der Landeshauptstadt Graz gibt es Notschlafstellen in Bruck, Fürstenfeld und Voitsberg sowie eine betreute Wohnung in Hartberg, die von der Wohnplattform geführt wird. Insgesamt werden von den WLH-Einrichtungen in der Steiermark 695 Wohnplätze in betreuten Übergangwohnheimen für die Bewältigung von Wohnungslosigkeit geführt. Sechs Notschlafstellen bieten zusammen 75 Übernachtungsmöglichkeiten.

Daneben führt die Vinzenzgemeinschaft in der Steiermark mehrere Wohneinrichtungen und Anlagen mit 274 Wohn- bzw. Schlafplätzen. Ergänzende Beratungs- und Betreuungsleistungen werden in diesen Einrichtungen überwiegend auf ehrenamtlicher Basis erbracht. In der mobilen Wohnbetreuung waren 2006 60 Wohnplätze erfasst.

Gemäß der Mitteilung der Sozialplanung der steirischen Landesregierung gewähren die Bezirkshauptmannschaften bei akuter Wohnungslosigkeit die Finanzierung von günstigen Zimmern in Gaststätten. Zu diesen Leistungen liegen jedoch keine quantitativen Angaben vor.

4.6.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe

Tabelle 28: Verteilung der Wohnungslosen nach WLH-Kategorien, 2006

Jahresstatistik 2006	ges.	Erwachsene gesamt		Frauen / Anteil		Männer / Anteil		Mitziehende Minderjährige
		Anzahl	Sp. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl
Wohnbetreuung	1.156	1.102	19%	149	39%	235	61%	54
ambulante Beratung / Betreuung	2.335	2.330	40%	232	10%	2.098	90%	5
Notschlafstellen/NächtigerInnen- angebote	1.000	947	17%	282	26%	665	74%	53
Delogierungsprävention	2.394	1.504	26%	Keine Angaben			890	

Anmerkung: Sp. % = Spaltenprozent: gibt die Verteilung zwischen den Angebotsbereichen an.
Z. % = Zeilenprozent: bezeichnet das anteilige Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen NutzerInnen der jeweiligen Angebotsbereiche.

4.6.3. Delogierungen und Delogierungsprävention

Tabelle 29: Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Steiermark, 2008³⁶

	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen	Eingeleitete Räumungsexekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Bruck/Mur	304	115	48
Leoben	297	145	67
Mürzzuschlag	89	56	29
Deutschlandsberg	83	25	11
Stainz	38	14	3
Feldbach	83	41	13
Fürstenfeld	37	16	5
Frohnleiten	109	45	16
Graz	887	733	270
Voitsberg	105	48	25
Hartberg	62	23	7
Judenburg	136	65	25
Knittelfeld	127	52	26
Murau	26	3	1
Leibnitz	209	94	29
Bad Radkersburg	30	15	2
Liezen	68	41	14
Irdning	26	15	7
Schladming	14	6	0
Gleisdorf	44	18	6
Weiz	53	18	6
Steiermark - gesamt	2827	1588	610

³⁶ Bundesministerium für Justiz, Mitteilung vom 4.5.2009

Im Jahr 2006 wurde von der Wohnungssicherungsstelle der Caritas ein landesweites Angebot mit den Kernaufgaben der Wohnberatung und der Delogierungsprävention aufgebaut und inzwischen weitgehend flächendeckend umgesetzt. Im Jahr 2006 standen Haushalte mit insgesamt 1.504 Erwachsenen und 890 im familiären Haushalt lebenden Minderjährigen in der Beratung der Wohnungssicherungsfachstelle der Caritas Steiermark.

Der mehrjährige Überblick über die anfallenden Exekutionsverfahren in der Steiermark zeigt einen stetigen Anstieg bis ins Jahr 2004. In der Folge weist die Statistik mit Ausnahme in der Stadt Graz eine leichte Absenkung aus.

4.7. Tirol

Die WLH-Einrichtungen im Bundesland Tirol befinden sich fast ausschließlich in Innsbruck. Im Tiroler Unterland (Schwaz) gibt es nur wenige und in den ländlichen Regionen keine spezifischen Angebote; das Stadt-Land-Gefälle ist somit sehr hoch. Dieses Gefälle zeigt sich z.B. auch an Praxisberichten aus WLH-Einrichtungen, wonach sich Haushalte aus ländlichen Gemeinden bezüglich Sozialhilfe, Mietzinsbeihilfe etc. an die Beratungsstellen in der Stadt Innsbruck wenden.

Innerhalb der österreichischen Vorsorgen für Delogierungsprävention nimmt die Innsbrucker Einrichtung eine Sonderposition ein. Diese ist schwerpunktmäßig für gefährdete Mietverhältnisse in Stadtwohnungen zuständig; dementsprechend sind auch die Personalressourcen sehr eingeschränkt. Daneben werden von den Sozialberatungsstellen Delogierungsberatungen durchgeführt, mit Schwerpunkt auf deren Klientel und sind in der Reichweite eher eingeschränkt.

4.7.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über das differenziert ausgebaute System der WLH-Einrichtungen in Tirol, das sich aus folgenden Einrichtungen zusammensetzt:

Tabelle 30: Überblick über die WLH-Einrichtungen in Tirol

Bereich	Wohnplätze	Jahresdaten 2006	Stichtagsdaten 2007 ³⁷
Betreute Wohnformen			
Alexihaus, Innsbruck	58 Wohnplätze in 1 – 3-Bettzimmern	06	10/07
Städt. Herberge, Innsbruck	90 Wohnplätze in 1 – 3-Bettzimmern	06	10/07
Übergangwohnheim (DOWAS), Innsbruck	11 Wohnplätze	06	12/07
Wohngemeinschaft, Innsbruck (DOWAS)	4 Wohnplätze	06	12/07
Wohngemeinschaft, Innsbruck (Frauen-Dowas)	12 Wohnplätze für Frauen (mit Kindern)	06	12/07
Ambulant betreutes Wohnen, Innsbruck (DOWAS)	18 Wohnplätze in 17 Wohnungen	06	12/07
Ambulant betreutes Wohnen, Innsbruck (Frauen DOWAS)	8 Wohnungen	06	12/07

³⁷ Die Stichtagsdaten stammen zum Teil aus der Wohnungslosenerhebung, die im Oktober 2007 durchgeführt wurde, bzw. aus retournierten Fragebögen bzgl. Stichtag 12/07

Bereich	Wohnplätze	Jahresdaten 2006	Stichtagsdaten 2007 ³⁷
Ambulant betreutes Wohnen, Innsbruck (BARWO)	11 Wohnungen für 14 BewohnerInnen	06	10/07
Ambulant betreutes Wohnen, Schwaz (Teestube)	13 Wohnungen	06	12/07
Ambulant betreutes Wohnen – Mentvilla, Innsbruck (Caritas)	5 Garconnieren	k.A.	10/07
Ambulante Hilfen			
Sozialberatung, Innsbruck (DOWAS)	keine	06	12/07
CHILL OUT – Beratungsstelle für wohnungslose Jugendliche, Innsbruck (DOWAS)	keine	06	12/07
Beratungsstelle, Innsbruck (Frauen DOWAS)	keine	06	12/07
Beratungsstelle, Innsbruck (BARWO)	keine	06	10/07
Beratungsstelle des Vereins Teestube, Schwaz	keine	06	12/07
Sozialberatung Zillertal (Teestube)	keine	06	12/07
Bahnhofsozialdienst, Innsbruck (Caritas)	keine	06	10/07
Sozialkontaktstellen der Stadt Innsbruck	Beratungsangebot für Wohnobjekte der Stadt (181 Mieteinheiten)	k.A.	10/07
Notschlafstelle Mentvilla für suchtkranke Menschen, Innsbruck (Caritas)	16 Schlafplätze in Zweibettzimmern; 1 Notbett	k.A.	10/07
Chill out – Notschlafstelle für wohnungslose Jugendliche, Innsbruck (DOWAS)	10 Wohnplätze in 6 Einzel- und 2 Doppel- bzw. Paarzimmern	06	12/07
Streetwork, Innsbruck (BARWO)	keine	06	10/07
Streetwork – mobile Jugendarbeit, Hall (Teestube)	keine	k.A.	k.A.
Tageszentrum Teestube, Innsbruck (BARWO)	keine	06	10/07
Tageszentrum, Schwaz (Teestube)	keine	06	12/07
CHILL OUT – Anlaufstelle für wohnungslose Jugendliche, Innsbruck (DOWAS)	keine	06	12/07
Delogierungsprävention			
Beratungsstelle der Stadt Innsbruck	keine	k.A.	10/07

Als weitere Einrichtungen, die sich ebenfalls mit dem Themenbereich der Wohnungslosigkeit ihrer KlientInnen beschäftigen und zum Teil eng mit den WLH-Einrichtungen zusammenarbeiten, sind insbesondere der Verein Neustart und die Aidshilfe zu nennen. Zur Problematik der psychischen Erkrankung von wohnungslosen Menschen wird weiters auf

die Zusammenarbeit der WLH mit den extramuralen sowie den stationären sozialpsychiatrischen Einrichtungen hingewiesen.

Für die Angaben zur Stichzeiterhebung in Tirol wird hier auf die Daten aus der Wohnungslosenerhebung im Oktober 2007 zurückgegriffen, an der sich viele WLH sowie wlh-nahe Einrichtungen im Raum Innsbruck beteiligt haben. Ergänzend zu den direkt übermittelten Fragebögen, die über das Amt der Tiroler Landesregierung gesammelt und übermittelt wurden, konnten für die Jahresstatistik auch Daten aus den Jahresberichten unterschiedlicher Träger von WLH-Einrichtungen einbezogen und ausgewertet werden.

4.7.2. Daten zur Wohnungslosigkeit

Tabelle 31 Daten zur Wohnungslosigkeit in Tirol, Jahresdaten 2006 und Stichzeitraum 2007

Jahresstatistik 06	ges.	Erwachsene gesamt		Frauen / Anteil		Männer / Anteil		Mitziehende Minderjährige
		Anzahl	Sp. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl
Wohnbetreuung ³⁸	346	321	11%	78	45%	81	55%	25
ambulante Beratung / Betreuung	2.144	1.895	63%	531	28%	1.364	72%	249
Notschlafstellen/NächtigerInnen- angebote	200	197	7%	Keine Angaben				3
Delogierungsprävention	1.141	35	1%	7	20%	28	80%	531
Beratung zur Verhinderung von Woh- nungslosigkeit ³⁹		575	19%	575	100%	0	0%	
Stichzeiterhebung 10 / 07								
Wohnbetreuung	282	262	12%	80	31%	182	69%	20
ambulante Beratung / Betreuung	1.761	1.579	75%	291	19%	1.228	81%	182
Notschlafstellen/NächtigerInnen- angebote	202	200	9%	18	9%	182	91%	2
Delogierungsprävention	72	67	3%	2	10%	20	90%	5

Anmerkung: Sp. % = Spaltenprozent: gibt die Verteilung zwischen den Angebotsbereichen an.
Z. % = Zeilenprozent: bezeichnet das anteilige Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen NutzerInnen der jeweiligen Angebotsbereiche.

Der Frauenanteil beträgt im Bereich der ambulanten Hilfen 28 Prozent. Demgegenüber fällt auf, dass dieser Anteil im Bereich der betreuten Wohnformen mit 45 Prozent nahezu die Hälfte der dokumentierten Fälle erreicht.

Die Anzahl der dokumentierten mitziehenden Minderjährigen ist im Bereich der betreuten Wohnformen mit weniger als 10 Prozent anzugeben. Im Kontext der Delogierungsprävention bzw. der Beratung zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit beträgt der Anteil 46 Prozent.

³⁸ Es wurden nur teilweise Angaben zur Genderverteilung übermittelt.

³⁹ Von einer Frauenberatungsstelle wurde mitgeteilt, dass im Jahr 2006 insgesamt 575 Frauen eine Beratung zur Verhinderung von drohender Wohnungslosigkeit in Anspruch genommen haben. Über Details und / oder mögliche Ergebnisse dieser Beratung wurden keine Angaben gemacht.

Betreute Wohnformen

Die KlientInnen der betreuten Wohnformen verfügen überwiegend über Betreuungsverträge (66 Prozent). 34 Prozent haben kein eigenständiges Rechtsverhältnis hinsichtlich ihres Wohnstatus.

Mit einem Anteil von 74 Prozent überwiegt die heimförmige Unterbringung. Ein weiteres Viertel wird in Einzelwohnungen mobil betreut.

Tabelle 32: Verteilung nach der Art der Wohnbetreuung, 2006

	Wohnheime unbefristet	Übergangswohnheime und Wohngemeinschaften	Langzeitwohnen für ältere KlientInnen	Übergangswohnungen, von Trägern angemietet	Ambulante Betreuung in Wohnungen, von KlientInnen gemietet
Anzahl.	148	88	0	85	0
in %	46 %	27 %	0 %	27 %	0 %

Für die Angebotsbereiche betreutes Langzeitwohnen für ältere KlientInnen und ambulante Betreuung in Wohnungen, die von KlientInnen gemietet sind, liegen keine Daten vor.

4.7.3. Delogierungen und Delogierungsprävention

Tabelle 33: Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Tirol, 2008⁴⁰

	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen	eingeleitete Räumungsexekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Imst	34	17	6
Silz	20	11	3
Hall in Tirol	86	21	9
Innsbruck	668	223	107
Telfs	110	38	17
Kitzbühel	75	29	6
Kufstein	206	69	23
Rattenberg	27	14	7
Landeck	36	9	0
Lienz	39	19	9
Reutte	30	6	5
Schwaz	79	21	2
Zell/Ziller	34	6	5
Tirol - gesamt	1444	483	199

⁴⁰ Bundesministerium für Justiz, Mitteilung vom 4.5.2009

Im Jahr 2008 wurden an den Tiroler Bezirksgerichten insgesamt 1.444 gerichtliche Verfahren zur Kündigung oder Auflösung von Mietverhältnissen verhandelt. Davon führten 199 Verfahren zur Räumungsexekution. Das entspricht einem Anteil von 14 Prozent. Über die weitere Wohnversorgung dieser Haushalte liegen jedoch keine Daten vor.

Den Gesamtzahlen von Verfahren (1.665) und Exekutionen (302) standen im Jahr 2006 insgesamt 35 dokumentierte Beratungs- und Betreuungsfälle zur Delogierungsprävention gegenüber. Aktuell wird dieser Unterstützungs- und Interventionsbedarf nicht systematisch wahrgenommen, am ehesten noch im Großraum Innsbruck, wo die Beratungsstellen der WLH auch auf diese Anfragen eingehen und in Einzelfällen zu einer Abwendung der Delogierung beitragen können.

4.8. Vorarlberg

Die Wohnungslosenhilfe im Bundesland Vorarlberg hat eine lange Tradition der Professionalisierung und kleinräumigen Differenzierung. Damit ist die Versorgung wohnungsloser KlientInnen in den zentralen Bezirken (Raum Bregenz und Feldkirch) gut abgedeckt. Parallel zu dieser kontinuierlichen Professionalisierung haben sich in Vorarlberg traditionelle Versorgungseinrichtungen, geführt von einem kirchennahen Träger und charakterisiert durch niedrige Standards, erhalten.

Insgesamt gesehen ist die WLH in diesem Bundesland durch eine dominante Rolle stationärer Versorgungsplätze gekennzeichnet. Die peripheren Regionen zeichnen sich durch einen Mangel an fachspezifischen Hilfestrukturen und –vorsorgen aus. Wohnungslose bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen und Familien sind hier im Wesentlichen darauf angewiesen, ins Rheintal auszuwandern, um fachliche Unterstützung und Hilfe zu finden.

Seit einigen Jahren ist in Vorarlberg ein landesweites Angebot der Delogierungsprävention realisiert. In dieses Angebot sind regionale Beratungsstellen sowie WLH-Einrichtungen in systematischer Koordination durch einen landesweit aktiven Träger⁴¹ von sozialen Diensten einbezogen. Parallel dazu wird seit kurzem in Kooperation zwischen Wohnungswirtschaft und WLH ein Pool an Sozialwohnungen für den Zweck des ambulant betreuten Wohnens aufgebaut. Ein regionaler Rahmenplan für die Wohnungslosenhilfe ist aktuell in Arbeit.

⁴¹ Institut für Soziale Dienste (IFS).

4.8.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen

Tabelle 34: Überblick über die WLH-Einrichtungen und Ressourcen in Vorarlberg

Einrichtungen nach Bereichen	Verfügbare Wohnplätze	Jahresdaten 2006	Stichtagsdaten Juli 2007
Betreute Wohnformen			
Kolpinghaus Bregenz	90 Wohnplätze	06	7/07
Kolpinghaus Götzis)	30 Wohnplätze	06	7/07
Wohnheim, Dornbirn (Haus der jungen Arbeiter)	100 Wohnplätze	06	7/07
Wohngemeinschaften, Dornbirn (Haus der jungen Arbeiter)	80 Wohnplätze	06	7/07
Wohnheim für Frauen, Dornbirn (Haus der jungen Arbeiter)	11 Wohnplätze	06	7/07
Wohngemeinschaft, Bregenz (DOWAS)	7 Wohnplätze	06	7/07
Ambulante Wohnbetreuung in Einzelwohnungen des DOWAS, Bregenz	8 Wohnplätze	06	7/07
Ambulante Wohnbetreuung in Wohnungen von KlientInnen, Bregenz (DOWAS)	8 Wohnbetreuungsverträge	06	7/07
Krisenwohnung, Bregenz (DOWAS)	2 Wohnplätze	06	7/07
Ambulant betreutes Wohnen in Wohnungen der Caritas, Feldkirch / Dornbirn	5 Wohnplätze	06	7/07
Ambulant betreutes Wohnen in Wohnungen von KlientInnen, Feldkirch, Bludenz, Dornbirn (Caritas)	33 Wohnbetreuungsverträge	06	7/07
Ambulant betreutes Wohnen in Wohnungen des IfS: Bregenz / Hard / Dornbirn / Feldkirch / Bludenz	16 Wohnplätze	06	7/07
Ambulante Hilfen			
Beratungsstelle, Bregenz (DOWAS)	keine	06	7/07
Beratungsstelle, Feldkirch, Dornbirn, Bludenz (WLH Caritas)	keine	06	7/07
Notschlafstelle, Bregenz (DOWAS)	9 Schlafplätze	06	7/07
Notschlafstelle, Feldkirch (Caritas)	8 Schlafplätze	06	7/07
Notschlafstelle, Dornbirn (Haus der jungen Arbeiter)	5 Schlafplätze	06	7/07
Tagesstruktur, Bregenz (Treffpunkt DOWAS)	keine	06	7/07
Tagesstruktur, Feldkirch (Teestube Caritas)	keine	06	7/07
Delogierungsprävention			
WLH-Beratungsstellen, Bregenz / Feldkirch / Bludenz	keine	06	7/07
Beratungsstellen des Instituts für Sozialdienste, gestreut über alle Bezirke	keine	06	7/07

Im Juli 2007 wurde eine breit angelegte Erhebung zur Wohnungslosigkeit im Bundesland Vorarlberg durchgeführt, an der sich neben den WLH-Einrichtungen auch viele wlh-nahe Beratungs- und Betreuungseinrichtungen, z.B. aus den Bereichen der Suchthilfe und der psychosozialen Versorgung, beteiligten. Diese Daten wurden für die hier verwendete Stichzeiterhebung adaptiert und verwendet.

4.8.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe

Tabelle 35: Kerndaten zur Wohnungslosigkeit in Vorarlberg, 2006 & 2007

Jahresstatistik 06	ges.	Erwachsene gesamt		Frauen / Anteil		Männer / Anteil		Mitziehende Min- derjährige
		Anzahl	Sp. %	Anzahl.	In Z. %	Anzahl	In Z. %	Anzahl.
Wohnbetreuung	412	412	24%	50	12%	362	88%	0
ambulante Beratung / Betreuung	788	788	46%	101	13%	687	87%	0
Notschlafstellen/NächtigerInnen- angebote	344	344	20%	Keine durchgängige Differenzierung möglich				
Delogierungsprävention	354	154	9%	94	61%	60	39%	200
Stichzeitraum 7/07								
Wohnbetreuung	387	387	24%	121	31%	266	69%	keine durchgängi- gen Daten zu mitziehenden Minderjährigen
ambulante Beratung / Betreuung	1.114	1.114	70%	433	39%	681	61%	
Notschlafstellen/NächtigerInnen- angebote	23	23	1%	3	13%	20	87%	
Delogierungsprävention	65	65	4%	30	46%	35	54%	

Anmerkung: Sp. % = Spaltenprozent: gibt die Verteilung zwischen den Angebotsbereichen an.
Z. % = Zeilenprozent: bezeichnet das anteilige Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen NutzerInnen der jeweiligen Angebotsbereiche.

Während die Jahresstatistik sich ausschließlich auf WLH-Einrichtungen beschränkt, war an der Stichzeiterhebung eine Vielzahl an wlh-nahe Einrichtungen beteiligt. Darauf ist insbesondere der deutliche Überhang bei den Betreuungsfällen in den ambulanten Hilfen im Stichzeitraum gegenüber der Jahresstatistik zurückzuführen. Ähnliches gilt für den Unterschied, der sich zwischen Jahres- und Stichzeitraumdaten hinsichtlich der Frauenanteile auftut. In der WLH beträgt der Frauenanteil in der Jahresstatistik im Bereich der Wohnbetreuungsangebote 12 Prozent, bei den ambulanten Hilfen 13 Prozent, während in der Stichzeiterhebung deutlich wird, dass Frauen zu sehr viel höheren Anteilen von Wohnungslosigkeit bzw. von einer Gefährdung ihres Wohnverhältnisses betroffen sind.

Anzumerken ist bei diesen Zahlen in jedem Fall auch noch, dass in der Stichzeiterhebung Doppelnennungen systematisch ausgefiltert wurden, während dies in der Aufbereitung der Jahresstatistiken nicht möglich war.

4.8.3. Delogierungen und Delogierungsprävention

Tabelle 36: Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse im Bundesland Vorarlberg, 2008⁴²

	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen	Eingeleitete Räumungsexekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Bludenz	90	33	25
Montafon	25	5	1
Bezau	12	5	1
Bregenz	353	134	67
Dornbirn	234	101	44
Feldkirch	208	62	31
Vorarlberg – gesamt	922	340	169

Insgesamt waren im Jahr 2008 bei den Bezirksgerichten im Bundesland Vorarlberg über neunhundert Verfahren zur gerichtlichen Kündigung von Mietverhältnissen anhängig. 169 dieser Verfahren führten zur Exekution des Miet- und Wohnverhältnisses. Über die Art der Wohnversorgung respektive der Wohnungslosigkeit im Anschluss an die Delogierung geben die Zahlen des Bundesrechenzentrums bzw. des Bundesministeriums für Justiz keine Auskunft.

4.8.4. Stichzeitaumerhebung und Profil der Wohnungslosigkeit

In der nachfolgenden Auswertung werden die Ergebnisse der Stichzeitaumerhebung vorgestellt, die im Kontext der Rahmenplanung zur Wohnungslosenhilfe Vorarlberg durchgeführt wurde. Diese Erhebung wurde im Zeitraum Juli 2007 durchgeführt und zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sich neben den WLH-Einrichtungen eine große Anzahl von wlh-nahe Einrichtungen und sozialen Diensten beteiligt und Angaben zur Wohnungslosigkeit / Wohnversorgung ihrer KlientInnen übermittelt hat.

Tabelle 37: Verteilung der wohnungslosen Menschen nach ihrem Wohnstatus

Wohnstatus	Anzahl	in Prozent
wohnungslos	519	47%
obdachlos	200	18%
ungesicherte Wohnsituation	126	11%
Inadäquate Wohnsituation	111	10%
Überbelag	95	9%
institutioneller Aufenthalt (Psychiatrie, Haft)	50	5%
Wohnintegration	15	1%

n= 1.101 Personen (1.116 Nennungen); die Abweichung in der Prozentsumme ergibt sich aus Auf- und Abrundungen

⁴² Bundesministerium für Justiz, Mitteilung vom 4.5.2009

Von den WLH-Einrichtungen wurden im Rahmen der Erhebung auch KlientInnen genannt, die zwar in eigenen Wohnungen (z.B. Stadtwohnungen) lebten und somit zum Erhebungszeitpunkt nicht (mehr) wohnungslos waren, aber eine weitergehende Wohnbetreuung in Anspruch nahmen. Jene 15 Personen, die unter der Rubrik „Wohnintegration“ zusammengefasst sind, haben zum Untersuchungszeitpunkt Juli 07 eine Wohnung des „Sozialen Netzwerks Wohnen“ bewohnt. Dabei handelt es sich um eine wohnpolitische Innovation im Bundesland Vorarlberg, die sich aktuell in den ersten Ausbaustufen befindet. Gemeinden und Wohnbauträger stellen preisgünstige Wohnungen für die Unterbringung von wohnungslosen KlientInnen der WLH, die in der Folge bedarfsorientiert die Wohnbetreuung übernehmen.

Ein hoher Anteil entfällt auf Wohnbetreuungsangebote. Im Detail zeigt sich, dass der Wohnstatus der von den Einrichtungen genannten KlientInnen wesentlich von der Kategorie „wohnungslos“ geprägt ist. Knapp die Hälfte der erfassten Personen ist in Einrichtungen des betreuten Wohnens versorgt, größtenteils in Wohnheimen.

Fehlender regulärer Wohnraum ist sehr verbreitet. Knapp jede/r Fünfte ist in dem Sinne „obdachlos“, dass er/sie keinen abgesicherten Wohnplatz hat, entweder bei Bekannten vorübergehend Unterschlupf findet, in der Notschlafstelle nächtigt oder sich im Freien aufhält.

Inadäquater bzw. überbelegter Wohnraum stellt für zehn Prozent der erfassten Personen eine Belastung dar. Sie leben in beengten und ungesunden Wohnverhältnissen.

4.9. Wien

Die Wiener Wohnungslosenhilfe bildet ein differenziertes System, das aus vielfältigen Angeboten der (Delogierungs-) Prävention, Sozial- und arbeitsmarktspezifischen Beratung, der ambulanten, mobilen und der stationären Betreuung besteht. Zielgruppenspezifische Angebote für betreutes Übergangs- sowie Langzeit-Wohnen richten sich an Frauen, SeniorInnen, Jugendliche und Wohnungslose mit psychiatrischen Krankheitsbildern. Eigenständige Strukturen dienen der gezielten Ablöse in erschwingliche Wohnungen und somit der Rehabilitation. Diese werden in Zusammenarbeit mit dem Referat für Soziale Wohnungsvergabe umgesetzt.⁴³

4.9.1. Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen

Die administrative Zuständigkeit für die Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe liegt beim Fonds soziales Wien (FSW). Die Aufgaben der laufenden Dokumentation, Evaluation und Planung sowie Umsetzung der Angebots- und Standardentwicklung werden in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 24 Gesundheits- und Sozialplanung wahrgenommen. Dabei werden die Einrichtungen und deren Angebote für wohnungslose Menschen und Familien als WLH-Einrichtungen berücksichtigt, die den vorgegebenen Standarderwartungen und –auflagen entsprechen und deren Leistungen aus Mitteln des FSW finanziert werden.

Non Profit-Einrichtungen ohne öffentliche Förderung (z.B. die Notschlafstellen der Vinzenzgemeinschaft) sowie gewerbliche ZimmervermieterInnen ohne entsprechende Vorsorgen für Wohn- und / oder Betreuungsstandards sind in der nachstehenden Aufstellung, die von der Planungsabteilung des Magistrats Wien zur Verfügung gestellt wurde, nicht berücksichtigt. Eine detaillierte Zusammenstellung und Leistungsbeschreibung der Wiener WLH-Einrichtungen wird auf der Homepage des FSW⁴⁴ als Download zur Verfügung gestellt.

⁴³ Die Magistratsabteilung 50 – Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten, Gruppe Wohnungskommissionen und Referat für Soziale Wohnungsvergabe.

⁴⁴ Siehe dazu www.fsw.at.

Tabelle 38: Stationäre Angebote der Wohnbetreuung für wohnungslose Menschen

Art der Einrichtung	Anzahl der Einrichtungen		Anzahl der Wohnplätze		Anzahl der Notbetten	
	12/06	12/07	12/06	12/07	12/06	12/07
betreute Übergangwohnheime	12	15	1325	1523	32	31
Mutter Kind Einrichtungen ⁴⁵	k.A.	6	k.A.	236	k.A.	k.A.
betreute Wohnheime	11	15	520	751	k.A.	k.A.
Betreuung in Wohnungen der WLH-Einrichtungen / Wohnbetreuungsvertrag (beteiligt an diesem Angebot sind 8 Träger)	352	352	701	713	k.A.	k.A.
NächtigerInnenquartiere	6	5	k.A.	k.A.	311	270
Summen	k.A.	393	2857	3493	32	31

Tabelle 39: Ambulante Wohnungslosenhilfe (Dezember 2006/Dezember 2007)

Art der Einrichtung	Anzahl der Einrichtungen		Anzahl der verfügbaren Wohnplätze	
	12/06	12/07	12/06	12/07
Beratungsstellen	12	13	-	-
NächtigerInnenangebote – Notschlafstellen	6	5	311	270
Tagesstrukturangebote	3	3	-	-

Tabelle 40: Delogierungsprävention

Art der Einrichtung	Anzahl der Einrichtungen
Beratungsstellen	29

Damit ist die Gesamtheit jener WLH-Einrichtungen vorgestellt, über die von der Planungsabteilung des Magistrats Wien Daten zur Jahresstatistik sowie zur Stichtagserhebung (Ende 2007) aufbereitet übermittelt wurden. Ergänzend dazu wurden weiters noch Daten von wlh-nahen Einrichtungen, wie z.B. den Sozialzentren der MA 40 Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht sowie Einrichtungen der Sucht- und Drogenhilfe, zusammengestellt und übermittelt.

⁴⁵ Seit 2007 gehören die Mutter-Kind-Einrichtungen zum unmittelbaren Bereich der Wiener Wohnungslosenhilfe

4.9.2. Daten zur Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe

Tabelle 41: Daten zu Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Wien

Jahresstatistik 06	gesamt	Erwachsene gesamt		Frauen / Anteil		Männer / Anteil		Mitziehende Minderjährige
		Anzahl	Sp. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl	in Z. %	Anzahl
Wohnbetreuung ⁴⁶	4.559	3.820	31%	1.095	32%	2.725	68%	739
ambulante Beratung / Betreuung durch wlh-nahe Einrichtung ⁴⁷	1.971	1.957	16%	450	23%	1.507	77%	14
Delogierungsprävention ⁴⁸	4.825	4.825	39%	Keine detaillierten Angaben				
Stichtag Ende 07								
Wohnbetreuung	2.827 ⁴⁹	2.501		732	29%	1.763	71%	326
ambulante Beratung / Betreuung	Keine Stichtagsdaten übermittelt							
Notschlafstellen/NächtigerInnen- angebote	Keine Stichtagsdaten übermittelt							
Delogierungsprävention	Keine Stichtagsdaten übermittelt							

Der niederschwellige Zugang zu NächtigerInnenangeboten zielt vor allem auf eine rasche und unbürokratische Hilfestellung ab. Die Dokumentation in diesem Segment ist auf das Allernotwendigste reduziert weshalb keine Daten zur Verfügung gestellt werden konnten. Zusammenfassend kann hier festgestellt werden, dass Wien die meisten Einrichtungen und Angebote der WLH realisiert hat.

Innerhalb der betreuten Wohnformen dominieren in der Wiener WLH die heimförmigen Angebote (57 Prozent). Daneben deckt die ambulante Wohnbetreuung in Wohnungen, die von den Trägern angemietet sind und zur befristeten Nutzung weitergegeben werden, die restlichen 43 Prozent des Angebots ab.

⁴⁶ Die Daten zur Wohnbetreuung im Jahr 2006 wurden dem Jahresbericht des FSW entnommen; siehe dazu in: FSW, Wiener Wohnungslosenhilfe 2006 und 2007, S. 83

⁴⁷ Bei den erfassten wlh-nahen Einrichtungen handelt es sich um die Sozialzentren der MA 40 Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht sowie um Einrichtungen der Sucht- und Drogenhilfe.

⁴⁸ Die Daten zur Delogierungsprävention setzen sich zusammen aus: 2.720 Haushalten, die in einer Gemeindewohnung leben und von der Magistratsabteilung 11 zur Abwendung einer drohenden Delogierung beraten wurden, sowie 2.105 Haushalten, die in Privat- sowie Genossenschaftswohnungen leben und von der Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) beraten wurden.

⁴⁹ Von 6 Personen wurde keine Genderzuteilung übermittelt, daher differiert hier die Summe von der Zeilensumme.

4.9.3. Delogierungen und Delogierungsprävention

Tabelle 42: Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen und Exekution der Räumungsbeschlüsse in Wien, 2008⁵⁰

	Gerichtliche Verfahren zur Auflösung von Mietverhältnissen	eingeleitete Räumungs- exekutionsverfahren	Exekution der Räumungsbeschlüsse
Innere Stadt Wien	5.177	1.414	563
Favoriten	2.580	958	410
Hietzing	356	120	39
Fünfhaus	2.384	762	332
Hernals	2.302	630	318
Döbling	1.381	404	180
Floridsdorf	1.944	790	271
Liesing	1.072	229	90
Donaustadt	1.535	479	152
Josefstadt	1.288	283	111
Meidling	1.813	579	204
Leopoldstadt	2.843	833	362
Wien 2008 – gesamt	24.675	7.481	3032

Im Jahr 2008 standen bei den Bezirksgerichten insgesamt 24.675 Verfahren zur gerichtlichen Kündigung / Räumung an. 7.481 dieser Verfahren führten zu gerichtlichen Exekutionsverfahren und mehr als 3.000 Räumlichkeiten wurden zwangsgeräumt. Die Statistik des Bundesrechenzentrums gibt keine Auskunft darüber, in welchem Ausmaß es sich dabei um wohngenutzte Räumlichkeiten handelt. Eben so wenig wird darüber berichtet, wie die zwangsgeräumten Personen in der Folge wohnversorgt wurden.

Der mehrjährige Überblick über die angefallenen Exekutionsverfahren in Wien zeigt bis zum Jahr 2004 eine stete Zunahme und flacht erst in den Folgejahren leicht ab.

Die Delogierungsprävention wird in Wien von der Volkshilfe Wien (FAWOS)⁵¹ in Zusammenarbeit mit der MA 40 (Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht) mittlerweile flächendeckend für den Privatwohnungsmarkt gewährleistet. Den Bereich der Gemeindewohnungen betreuen die MA 40 (Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht) und die MA 11 (Amt für Jugend und Familie). Aktuell wird an einem Konzept der Weiterentwicklung der Wiener Wohnungssicherung gearbeitet. Ziel ist es, ein einheitliches, aufsuchendes und nachgehendes Angebot der Wohnungssicherung für den gesamten Wohnungsmarkt in

⁵⁰ Bundesministerium für Justiz, Mitteilung vom 4.5.2009. Diese Zahlen betreffen Wohnraum aber auch Geschäftslokale, Verlassenschaften, Garagen usw. Eine differenzierte Unterscheidung der Verfahren, die Wohnraum oder andere Objekte betreffen, ist derzeit nicht möglich.

⁵¹ Fachstelle für Wohnungssicherung.

Wien zu realisieren. Dabei soll verstärkt mit dem größten Vermieter „Wiener Wohnen“ zusammengearbeitet werden.

Tabelle 43: Leistungen der Delogierungsberatung durch die Fachstelle für Wohnungssicherung (Volkshilfe Wien – FAWOS), 2006⁵²

Brieflich kontaktierte Haushalte	Hergestellte Kontakte	Betreuungsfälle	Davon Wohnung gesichert	Davon Wohnung nicht gesichert	Davon unbekannt
6.131	1.510	904	575	185	144

Der Überblick über die Leistungen der Delogierungsprävention macht deutlich, dass einem großen Teil jener Personen, die sich auf eine intensive Betreuung einlassen, zum Erhalt des Wohnverhältnisses verholffen werden kann. Im Jahr 2006 verblieben demgegenüber etwa 20 Prozent der Betreuungsfälle, bei denen die Wohnung nicht gesichert werden konnte und die in der Folge einen Wohnungswechsel vornehmen mussten.

⁵² Jahresbericht Volkshilfe Wien - FAWOS 2006 Seite 20, 38 und Seite 68

5. Wohnungslosigkeit in Österreich

5.1. Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wohnungslosenhilfe

Österreich ist ein Bundesstaat, in dem den einzelnen Bundesländern weitreichende Kompetenzen im Sozialbereich zukommen. Das gilt auch für die Wohnungslosenhilfe, deren Angebote in den regionalen Sozialhilfegesetzen geregelt werden. Der Politik und Verwaltung auf Bundesebene kommen in Bezug auf Wohnungslosigkeit und Angebote der Wohnungslosenhilfe somit nur eingeschränkte Kompetenzen zu. Dazu kommt, dass in den vergangenen Jahrzehnten der gesamte Regelungsbereich der Wohn(bau)politik (mit Ausnahme des Mietrechts) in die Regelungskompetenz der Länder übertragen wurde.

Auch die Landeshauptstädte als Städte mit eigenem Statut haben weitreichenden Einfluss im Rahmen ihrer administrativen Kompetenzen. Das betrifft insbesondere die Sozialhilfe (in Hinblick auf die Gesetzgebung Landessache, den vollziehenden Organen der Bezirksverwaltungsbehörden und der Statutarstädte sind jedoch große Entscheidungsspielräume eingeräumt), schließt in manchen Städten jedoch auch Angelegenheiten der Planung und Steuerung der Angebotsentwicklung ein (vgl. etwa die entsprechende Aufgabenteilung zwischen der Sozialplanung des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck)⁵³. Weiters obliegen den Gemeinden die Regelung des Zugangs zu jenem Teil der geförderten Mietwohnungen, für die sie im Rahmen der Wohnbauförderung ein Zuweisungsrecht haben, sowie die Vergabe von Gemeindewohnungen. Die Formulierung der entsprechenden Vergaberichtlinien ist in Österreich eine Angelegenheit der Gemeinden.

Die WLH in Österreich hat in den vergangenen Jahren Fortschritte in ihrem Bemühen verzeichnen können, die Zielgruppe von wohnungslosen sowie von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen und Familien bei der Realisierung von eigenständigen und adäquaten Lebensbedingungen bzgl. Wohnqualität und -sicherheit, sozialer Sicherheit, Zugang zu Recht, Gesundheit sowie Erwerbstätigkeit etc. zu unterstützen. Dieses hoch gesteckte Ziel konnte teilweise realisiert werden.

⁵³ In Oberösterreich dagegen fällt die Planung und Steuerung der Angebotsentwicklung im Bereich der Wohnungslosenhilfe ausschließlich in die Kompetenz des Landes.

5.2. Überblick über die aktuelle Situation der Entwicklung der WLH

5.2.1. Flächendeckende Versorgung und planmäßige Entwicklung

In **Oberösterreich** wurde mit systematischer WLH-Planung und einer gezielten Regionalisierung von Hilfeangeboten begonnen. Durch den Ausbau bezirklicher Angebote der Delogierungsprävention sowie der Wohnungsbeistellung für ambulant betreutes Wohnen wurde das Stadt-Land-Gefälle systematisch abgebaut.

In **Vorarlberg** ist die WLH kleinräumig differenziert und die Versorgung wohnungsloser KlientInnen in den Bezirken Bregenz, Dornbirn und Feldkirch gut abgedeckt. An der wissenschaftlichen Fundierung einer WLH-Planung wird gearbeitet.

In **Wien** gibt es, nach fast 20jähriger planmäßiger Entwicklung der WLH, ein differenziertes Hilfesystem, das aus einer annähernd flächendeckend ausgebauten Delogierungsprävention, aus Angeboten der Sozialberatung und Tagesstrukturierung sowie der ambulanten und stationären Wohnbetreuung etc. besteht.

5.2.2. Differenzierte Hilfesysteme in Landeshauptstädten bzw. Ballungszentren

Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol:

Neben modellhaften Einrichtungen und differenzierten WLH-Systemen in den Landeshauptstädten gibt es in diesen Bundesländern wenige Angebote in den ländlichen Bezirken; allerdings kann hier ein flächendeckendes Angebot der Delogierungsprävention in den Bundesländern Salzburg, Steiermark und Niederösterreich hervorgehoben werden. In Niederösterreich ist seit 1993 eine flächendeckende Versorgung mit Wohnungsloseneinrichtungen durch das Sozialhilfe-Raumordnungsprogramm vorgesehen, allerdings noch nicht in vollem Umfang implementiert. Eine diesbezügliche Bedarfserhebung ist zur Zeit im Gange und soll Planungsgrundlagen für einen weiteren bedarfsgerechten Ausbau zu einer möglichst flächendeckenden Versorgung sein. Im Bereich der Wohnungsvermittlung wurde das NÖ Wohnservice installiert, eine Internetplattform auf der freistehender Wohnraum im Bereich des geförderten Wohnbaus angeboten wird. Das zielt zwar auf die klassische Zielbevölkerung der Wohnbauförderung, nämlich den Mittelstand, doch auch für sozial und finanzielle schwache Personen und Familien wurde die Schiene der „Wohnassistenz“ geschaffen, die durch zusätzliche Betreuungsleistungen pro Jahr ca. 200 Wohnungen als regulären Wohnraum zur Verfügung stellen kann.

5.2.3. Keine eigenständige Hilfeangebote für wohnungslose Menschen

Im **Burgenland** ist die WLH nicht als eigenständiger Hilfebereich etabliert. Wohnungslose Menschen in diesem Bundesland können Hilfeangebote von Sozialeinrichtungen (Beratungsstellen, Sozialheime, Frauenhaus etc.) in Anspruch nehmen, die jedoch auch von anderen Hilfesuchenden genutzt werden.

5.3. Daten und Fakten zu Armut und Wohnungsnot / Wohnungslosigkeit

In den vergangenen ca. zehn Jahren ist es gelungen, eine bundesweite und regelmäßige Armutsberichterstattung zu etablieren, die gleichermaßen in der Lage ist, relevante Entwicklungen bezüglich Armutsrisiken und deren regionale und zielgruppenspezifische Verteilung sowie hinsichtlich der Wirkungen von armutsbekämpfenden Maßnahmen etc. zu erheben und zu analysieren. Armutspolitisch relevante Aspekte der Wohnversorgung bzw. der Wohnungslosigkeit sowie Ergebnisse und Erfolge der Maßnahmen zur Bekämpfung und Bewältigung von Wohnungslosigkeit werden in diesen Berichten jedoch nur ansatzweise erfasst. So werden etwa die wohnspezifischen Belastungen durch Überbelag sowie gesundheitsgefährdenden Substandard⁵⁴ als Indizien für akute Armut auch quantitativ abgebildet. Weitere Formen von Wohnungsnot oder Wohnprekariat, z.B. die Gefährdung von Wohnverhältnissen durch Zahlungsrückstände und darauf begründete Räumungsklagen, werden auf der Ebene der Armutsberichterstattung erfasst. Wenn jemand z.B. Schwierigkeiten mit der regelmäßigen Deckung von Miet- oder Betriebskosten hat bzw. sich eine adäquate Beheizung der Räumlichkeiten nicht leisten kann, dann liegt ebenfalls akute Armut vor.

Der konkrete Bedarf nach wohnspezifischen Hilfestellungen als integrierter Bestandteil der Armutsbekämpfung kann auf der Grundlage der Armutsberichterstattung nicht spezifiziert werden. Tatsächlich liegt in Österreich zu den Fragestellungen der akuten bzw. drohenden Wohnungslosigkeit und dem Hilfeangebot durch die Wohnungslosenhilfe eine Studie aus dem Jahr 1999 vor.⁵⁵

5.3.1. BAWO-Studie 1999

Die BAWO-Studie aus dem Jahr 1999 hat einen regional aufgeschlüsselten und zielgruppenspezifisch differenzierten Überblick über die WLH-Einrichtungen in den österrei-

⁵⁴ Statistik Austria, EU-SILC 2006, Lebensbedingungen für Personen in Risikohaushalten (1), Wien 2008

⁵⁵ Gerhard Eitel, Heinz Schoibl, Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich; Wien 1999. Die Studie steht auf der Homepage der BAWO (www.bawo.at) zum Download zur Verfügung.

chischen Bundesländern ergeben und das Ausmaß der von Einrichtungen der WLH erfassten Wohnungslosigkeit ausgelotet.

Anzahl der Wohnbetreuungsplätze

Bei der Erhebung der stationären Angebote für wohnungslose Menschen in Österreich wurden insgesamt 272 Einrichtungen, davon 177 Einrichtungen mit Wohnbetreuungs- bzw. Unterbringungsressourcen, erfasst. Das Angebot für wohnungslose Personen erfasste insgesamt 7.328 Plätze, „6.568 reguläre Wohn- oder Schlafplätze und 760 Notbetten“ (Eitel/Schoibl, S. 14). Im Rahmen dieser Untersuchung ist es nicht gelungen, repräsentative Angaben über die Wohnungslosigkeit von MigrantInnen sowie Jugendliche / junge Erwachsene zusammenzustellen. Der große Bereich der verdeckten Wohnungslosigkeit (temporäre oder prekäre Wohnversorgung ohne eigenständiges Mietverhältnis, bei Verwandten oder Bekannten, in Zweckbeziehungen, in Billigpensionen etc.) konnte nicht erhoben werden.

Verteilung auf die Bundesländer und Bezirke

„Diese 7.328 aufgelisteten Unterbringungsplätze verteilen sich ungleich über das Bundesgebiet und (sind) unabhängig von der Größe der Bundesländer.“ (ebenda)

Gemeinsam war allen Bundesländern, die zu größeren Teilen auch aus ruralen Bezirken bestehen, dass der Großteil der WLH-Einrichtungen in den Städten und Ballungsräumen angesiedelt war und eine ausgeprägte Versorgungslücke im ländlichen Bereich festgestellt wurde.

Die BAWO-Studie aus dem Jahr 1999 verfolgte neben der Erhebung von WLH-Angeboten und des quantitativen Ausmaßes von Wohnungslosigkeit und WLH-Angeboten auch das Ziel, Grundlagen für die Einführung eines bundesweit einheitlichen Systems zur Erfassung von KlientInnen der WLH sowie wlh-nahe Einrichtungen zu erarbeiten bzw. zu implementieren. Eine einrichtungsübergreifend abgestimmte Dokumentation der KlientInnen der WLH konnte nur eingeschränkt implementiert werden. Inzwischen liegen neben den jährlichen Berichten der Wiener Wohnungslosenhilfe vereinzelte Bundesländer-Erhebungen über quantitative und qualitative Aspekte der Wohnungslosigkeit vor (Salzburg 1994ff. Innsbruck 2006f. Linz – unregelmäßig; Vorarlberg 2007), die sich jedoch in Hinblick auf die Erhebungsmethode und die Reichweite der beteiligten Einrichtungen wesentlich unterscheiden.

5.3.2. Daten aus der EU-SILC 2007

Im Rahmen der bisher vorgenommenen Volkszählungen sowie den Erhebungen im Rahmen des Mikrozensus wurden keine systematischen Daten zum Themenbereich der Wohnungslosigkeit erhoben, unter anderem weil in den verwendeten Erhebungsinstrumenten die Frage der Wohnungssicherheit respektive der Wohnungslosigkeit nicht als Kategorie aufgenommen ist. Die damit vorliegenden Referenzdaten bezogen sich dagegen auf Aspekte prekärer Wohnversorgung durch Substandard sowie Überbelag. Diese Kategorien wurden nun in die neuesten Erhebungen im Rahmen von EU-SILC aufgenommen.

5.3.2.1. Wohnen in prekärer Wohnqualität

In Österreich gehören etwa 3,3 Prozent aller Mietwohnungen zur Kategorie der schlecht ausgestatteten Kategorie C und D Wohnungen – ohne Heizung und / oder ohne Fließwasser / WC / Badezimmer innerhalb der Wohnung (alle zusammen: 109.406 Wohnungen); etwa 2,6 Prozent der ÖsterreicherInnen lebten zum Zeitpunkt der Volkszählung 2001 in solchen Wohnungen.

Nach EU-SILC 2007⁵⁶ sind insgesamt 223.000 Menschen (drei Prozent) in einer prekären Wohnsituation. Sie sind von zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme betroffen:

- kein WC oder Badezimmer in der Wohnung
- Feuchtigkeit, Schimmelbildung
- dunkle Wohnräume
- keine Waschmaschine vorhanden

5.3.2.2. Wohnen in überbelegten Wohnungen

Überbelag (zwei oder mehr Personen leben in einem Raum) betrifft viele Haushalte in Österreich und kann als Indiz für versteckte Wohnungslosigkeit interpretiert werden. Im Jahr 2007 lebten in Österreich rund 606.000 Menschen oder neun Prozent aller Personen in Mehrpersonenhaushalten in einer überbelegten Wohnsituation.⁵⁷

⁵⁶ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007, Wien 2009, S. 62

⁵⁷ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007, Wien 2009, S. 57

5.4. Wohnungslosen-Erhebung 2006 – 2007

5.4.1 Beteiligung an der Wohnungslosen-Erhebung 2006 – 2007

In Oberösterreich und Wien sind Maßnahmen für ein systematisches Monitoring der Wohnungslosenhilfe realisiert, sodass sich ein uneinheitliches Szenario bezüglich der Wissensgrundlagen über Ausmaß und Profil der Wohnungslosigkeit in Österreich ergibt. Die länderspezifischen Unterschiede kamen im Rahmen dieser Erhebung, hinsichtlich der Beteiligung und Bereitstellung von Daten sowie in Bezug auf die Aufbereitung derselben zum Ausdruck.

Tabelle 44: Datenlage zu prekärer Wohnversorgung und Wohnungslosigkeit in den Bundesländern

Burgenland			
Vorliegende Daten	Art der Aufbereitung	Reichweite der Datenerhebung	Anmerkungen
Jahresdaten 2006 und Stichtagsdaten Ende 2007	Dokumentation anhand Erhebungsraster	Beratungsstellen und Soziale Dienste sowie Sozial- und Jugendämter der Bezirkshauptmannschaften	Es handelt sich dabei ausschließlich um wlnahe Einrichtungen.
Die Datenblätter wurden ohne weitere Aufbereitung übermittelt.			
Kärnten			
Vorliegende Daten	Art der Aufbereitung	Reichweite der Datenerhebung	Anmerkungen
Jahresdaten 2006 und Stichtagsdaten Ende 2007 von zwei Trägern von WLH-Angeboten	Dokumentation anhand Erhebungsraster	Beratungsstellen, Not- schlafstelle, Tages- zentrum, ambulant betreutes Wohnen; Klagenfurt	Es handelt sich dabei ausschließlich um WLH-Einrichtungen in Klagenfurt
Auf die Anfrage zur Übermittlung von Daten zur Jahresstatistik sowie zur Stichtagerhebung hin hat die Sozialverwaltung des Landes darauf verwiesen, dass sie keinen Beitrag zu dieser Erhebung leisten kann. Ersatzweise wurden von den größeren Trägern von WLH-Einrichtungen in Kärnten die Erhebungsraster für das Jahr 2006 ausgefüllt und bereitgestellt. Die Daten aus dem Bundesland Kärnten umfassen ausschließlich Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe.			
Niederösterreich			
Vorliegende Daten	Art der Aufbereitung	Reichweite der Datenerhebung	Anmerkungen
Jahresdaten 2006 und Stichtagsdaten Ende 2007	Dokumentation anhand Erhebungsraster	Datenlage deckt den Angebotsbereich der WLH in NÖ weitgehend ab; wlnahe Angebote sind nicht systematisch erfasst	für die Leistungen der Delogierungsprävention wurden die Jahresdaten 2007 verwendet
Für diese Erhebung wurden die Erhebungsraster von der Planungsabteilung des Landes an die Einrichtungen der WLH versandt und der vollständige Rücklauf ohne weitere Aufbereitung übermittelt. Überwiegend haben sich Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe an der Erhebung beteiligt.			

Oberösterreich			
Vorliegende Daten	Art der Aufbereitung	Reichweite der Datenerhebung	Anmerkungen
Jahresdaten 2006 (Delogierungsprävention 2007) und Stichtagsdaten Ende 2007	Dokumentation anhand Erhebungsraster	WLH-Einrichtungen und ausgewählte Angebote aus dem wlh-nahe Bereich	für die Leistungen der Delogierungsprävention wurden die Jahresdaten 2007 verwendet
Für diese Erhebung wurden von der Sozialverwaltungsabteilung des Landes Oberösterreich die Daten von Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe sowie von ausgewählten wlh-nahe Einrichtungen erhoben und in aufbereiteter Form zur Verfügung gestellt.			
Salzburg			
Vorliegende Daten	Art der Aufbereitung	Reichweite der Datenerhebung	Anmerkungen
Jahresdaten 2006 und Stichzeitraumdaten 10/07	Dokumentation anhand Erhebungsraster plus Daten aus der Wohnungslosenerhebung für den Zeitraum 10/07 ⁵⁸	Jahresstatistik für Einrichtungen der WLH; Stichzeiterhebung umfasst auch den Bereich der wlh-nahe Angebote	
Von der Sozialplanung des Landes wurden die Erhebungsraster an jene Träger versandt, welche WLH-Einrichtungen (Caritas und Soziale Arbeit GmbH) führen. Die ausgefüllten Fragebögen wurden in der Folge ohne weitere Aufbereitung übermittelt. Ergänzend wird auch auf die Ergebnisse der Stichzeiterhebung zur Wohnungslosigkeit vom Oktober 2007 zurückgegriffen.			
Steiermark			
Vorliegende Daten	Art der Aufbereitung	Reichweite der Datenerhebung	Anmerkungen
Jahresdaten 2006	Aufbereitung von Daten aus Jahresberichten	WLH-Einrichtungen in der Stadt Graz sowie Delogierungsberatung in der Steiermark	wlh-nahe Angebote sind nur unsystematisch erfasst
Von der Sozialplanung des Amtes der Landesregierung wurden Auszüge aus dem Sozialbericht sowie aus einer von der BAWO erstellten Strukturanalyse zur Situation der WLH in Graz (aus dem Jahr 2004) übermittelt. Ergänzend dazu wurden die Tätigkeitsberichte der steirischen WLH-Einrichtungen für das Jahr 2006 herangezogen.			

⁵⁸ Diese jährliche Erhebung von quantitativen Aspekten der Wohnungslosigkeit für den Zeitraum eines Monats (zuletzt 10/07) wird seit mehr als zehn Jahren in der Regie der WLH-Einrichtungen (Forum Wohnungslosenhilfe) ausgeführt und erfasst neben der WLH auch einen großen Teil von Wlh-nahen Einrichtungen.

Tirol			
Vorliegende Daten	Art der Aufbereitung	Reichweite der Datenerhebung	Anmerkungen
Jahresdaten 2006 und Stichtagsdaten 07 sowie Daten aus der Wohnungslosenerhebung 10/07	Dokumentation anhand Erhebungsraster; aggregierte und ausgewertete Daten aus der Wohnungslosenerhebung	Jahresdaten 2006 beziehen sich auf WLH-Einrichtungen	Die Stichzeiterhebung umfasst neben Reihe von wlh-nahe Einrichtungen auch WLH-Einrichtungen. Allerdings haben sich einige WLH-Einrichtungen nicht daran beteiligt.
Von der Planungsabteilung des Landes Tirol wurden die Erhebungsblätter an die Einrichtungen der WLH ausgesandt und die Ergebnisse ohne weitere Aufbereitung übermittelt. Für die Stichzeiterhebung wurde in dieser Untersuchung ergänzend auch auf die Ergebnisse der Wohnungslosenerhebung aus dem Oktober 2007 zurückgegriffen. ⁵⁹			
Vorarlberg			
Vorliegende Daten	Art der Aufbereitung	Reichweite der Datenerhebung	Anmerkungen
Jahresdaten 2006 und Stichzeitraum 7/07	Jahresberichte der WLH-Einrichtungen und eigene Erhebung im Stichzeitraum 7/2007	Die Jahresdaten 2006 beziehen sich auf WLH-Einrichtungen	Die Stichzeiterhebung umfasst zudem ein breites Spektrum von wlh-nahe Angeboten
Im Jahr 2007 wurde für das Bundesland Vorarlberg eine umfassende Bestandsaufnahme zur Wohnungslosenhilfe ⁶⁰ durchgeführt. In diesem Rahmen fand auch eine Stichzeiterhebung statt (Stichzeitraum: 7/07). Deren Ergebnisse sind die Grundlage für die Stichzeiterhebung in diesem Bericht.			
Wien			
Vorliegende Daten	Art der Aufbereitung	Reichweite der Datenerhebung	Anmerkungen
Jahresdaten 2006 und Stichtag Ende 2007	Daten der Wiener WLH wurden von der Sozialplanung bereichsspezifisch aggregiert	WLH-Einrichtungen plus Angebote der Sucht- und Sozialhilfe	k.A.
Die Sozialplanung des Magistrats Wien hat gemeinsam mit dem FSW, der MA 40 Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht sowie der Sucht- und Drogenkoordination Wien die Daten für Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in aufbereiteter aggregierter Form zur Verfügung gestellt. Datenblätter (Jahresdaten 2006 und Stichtag Ende 2007) wurden von der Fachstelle für Wohnungssicherung (Volkshilfe / FAWOS) beigestellt. Weitere Daten zur Delogierungsprävention wurden zudem von der Magistratsabteilung für Jugend und Familie (MA 11) übermittelt.			

⁵⁹ Caritas, Wohnungslosenerhebung Innsbruck, Oktober 2007 (diese ist auf der BAWO-Homepage als Download bereitgestellt).

⁶⁰ Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe im Bundesland Vorarlberg (Heinz Schoibl)

5.4.2. Jahresdatenerhebung

Tabelle 45: Delogierungsprävention, Jahresstatistik 2006⁶¹

Bundesland	Erwachsene	mitziehende Minderjährige	Gesamt
Burgenland	k.A.	k.A.	k.A.
Kärnten	k.A.	k.A.	k.A.
Niederösterreich	1.185	812	1.997
Oberösterreich	2.213	1.310	3.523
Salzburg	432	476	908
Steiermark	1.504	890	2.394
Tirol	35	k.A.	35
Tirol / 2	575	531	1.106
Vorarlberg	154	200	354
Wien	4.825	0	4.825
Gesamt	10.923 ⁶²	731	15.142

Im Jahr 2006 wurden von den Angeboten der Delogierungsprävention insgesamt **10.923** Erwachsene und **4.219** mitziehende Kinder / Jugendliche erreicht, die für die Sicherung ihrer Wohnung der fachlichen Unterstützung bedurften (von der Delogierungsprävention in Niederösterreich sowie Oberösterreich wurden die Daten aus dem Jahr 2007 für diese Untersuchung verwendet).

Bei den KlientInnendaten zur Delogierungsprävention ist zu beachten, dass in den Erstkontakten einer Delogierungsberatung häufig nur die Anzahl der Haushalte gezählt wird, die von einem gerichtlichen Verfahren zur Auflösung bzw. von einer Räumungsexekution betroffen sind. Eine detaillierte Aufstellung der Haushaltsmitglieder und auch der betroffenen minderjährigen Familienmitglieder erfolgt in vielen Einrichtungen erst dann, wenn es zu einem intensiveren Beratungs- und Betreuungsgeschehen kommt.

Die vorliegende Anzahl von Personen, die im Beobachtungszeitraum eine Beratungs-/Betreuungsleistung der Delogierungsprävention in Anspruch genommen haben, stellt somit eine erhebliche Unterschätzung der Anzahl von Delogierung gefährdeter Personen dar.

⁶¹ von der Delogierungsprävention in Niederösterreich sowie Oberösterreich wurden die Daten aus dem Jahr 2007 für diese Untersuchung verwendet

⁶² In dieser Summe sind die Angaben der Frauenberatungsstelle DOWAS Innsbruck mitberücksichtigt, wengleich hier nicht eindeutig klar ist, ob es sich dabei um Angebote der einschlägigen Delogierungsprävention oder allgemeine um wohnrechtliche Beratung gehandelt hat.

Tabelle 46: ambulante Hilfen, Jahresstatistik 2006

Angebotsbereich	Frauen	Männer	mitziehende Minderjährige	Gesamt
ambulante Hilfen	13.120 Erwachsene		318	13.438

Im Jahr 2006 wurden insgesamt von ambulanten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe (Beratungsstellen, Tageszentren und tagesstrukturierende Angebote, Streetwork) sowie von Sozialen Diensten im Umfeld der Wohnungslosenhilfe **13.120** Erwachsene und **318** mitziehende Minderjährige beraten und bei der Bewältigung ihrer problematischen oder fehlenden Wohnversorgung betreut. Von der Wohnungslosigkeit dieser erwachsenen Personen waren mitziehende Kinder und Jugendliche mitbetroffen. Etwa jede/r Dritte der ambulant beratenen KlientInnen hat zum Teil befristet / zum Teil über einen längeren Zeitraum hinweg Nüchtingsangebote einer Notschlafstelle in Anspruch genommen.

Tabelle 47: NüchtigerInnen in Notschlafstellen, Jahresdaten 2006⁶³

Angebotsbereich	Frauen	Männer	mitziehende Minderjährige	Gesamt
ambulante Hilfen / Angebote für NüchtigerInnen	1.146 Erwachsene		3	1.149

Insgesamt war im Jahr 2006 bei **1.146** Erwachsenen sowie **3** Kindern und Jugendlichen eine Unterbringung in einer Notschlafstelle / Notunterkunft erforderlich. Da die Personen, die in den Notschlafstellen erfasst werden, überwiegend auch in ambulanter Beratung/Betreuung stehen, kann davon ausgegangen werden, dass diese Personengruppe bereits in die Gesamtzahl der vorliegenden KlientInnendaten aus der ambulanten Hilfebereich aufgenommen sind. Bei der oben vorgenommenen Bildung einer Gesamtzahl der vorliegenden Daten über die Betreuungsfälle im Jahr 2006 wurden diese Personen nicht berücksichtigt, zumal es sonst zu einer groben Verzerrung und Überschätzung des Ausmaßes der Wohnungslosigkeit im Sinne von Doppelnennungen kommen würde.

Tabelle 48: (Stationäre) Wohnbetreuung, Jahresdaten 2006

Angebotsbereich	Frauen	Männer	mitziehende Minderjährige	Gesamt
Wohnbetreuung	7.324 Erwachsene		1.076	8.400

⁶³ Ohne Angaben zur Nutzung der NüchtigerInnenangebote aus Wien. Mit Verweis auf die Gefahr von Doppelnennungen wurden die entsprechenden Felder des Fragebogens leer gelassen.

In den Wohnbetreuungseinrichtungen der Wohnungslosenhilfe sowie der Sozialen Dienste im Umfeld der WLH wurden im Jahr 2006 insgesamt **7.324** Erwachsene und **1.076** Kinder / Jugendliche betreut.

Tabelle 49: Anzahl der dokumentierten Betreuungsfälle, Jahresstatistik 2006

Angebotsbereich	Frauen	Männer	mitziehende Minderjährige	Gesamt	Anteil an der Bevölkerung ⁶⁴
WLH und wlh-nahe Angebote	31.367 Erwachsene		5.613	36.980	0,45%

In dieser Aufstellung sind die Angaben bezüglich der KlientInnen von Notschlafstellen und reinen Nächtigungsangeboten nicht berücksichtigt, da diese zu hohen Anteilen auch in den Betreuungsdokumentationen aufscheinen und somit Doppelnennungen in einem erheblichen Ausmaß enthalten sind. Überschneidungen in der Erfassung wohnungsloser Menschen sind jedoch auch zwischen den Angebotsbereichen der ambulanten Hilfen und der (stationären) Wohnbetreuung anzunehmen. Es liegt in diesem Sinne eine systematische Überschätzung vor. Auch wenn bezüglich des Angebotsbereiches der Delogierungsberatung und -prävention eine Unterschätzung der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen festgestellt werden kann, ist es auf der Grundlage dieser Erhebung nicht möglich, eine Gesamtzahl der Personen zu bilden, die im Jahr 2006 von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen waren.

Eine Verzerrung durch Doppelnennungen ist vor allem deshalb sehr groß, weil viele KlientInnen im laufenden Jahr aus einer ambulanten Beratung in eine Einrichtung der Wohnbetreuung überwechseln bzw. umgekehrt im Anschluss an eine stationäre Betreuung von einer ambulanten Beratungs- / Betreuungseinrichtung (nach)betreut werden. Als Doppelnennungen finden sich hier auch jene Betroffenen wieder, die eine Beratung der Wohnungssicherung / Delogierungsprävention in Anspruch nehmen, jedoch trotz versuchter Problemlösung ihre Wohnung verlieren und in der Folge stationäre oder ambulante Betreuungsangebote in Anspruch nehmen.

Ein Abgleich der in dieser Erhebung inkludierten Doppelnennungen war aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Um diese Bereinigung gewährleisten zu können, wären Vorsorgen für eine datenschutzrechtlich unbedenkliche Abklärung erforderlich, die im Rahmen dieser Erhebung nicht zur Verfügung standen.

⁶⁴ Volkszählung 2001 n = 8.331.930 (Statistisches Jahrbuch 2009 Seite 42 Tabelle 2.05)

5.4.3. Stichtags-/Stichzeitraumerhebung Ende 2007

Im Unterschied zu den Ergebnissen der Jahresstatistik ist bei der Stichzeitraumstatistik die Wahrscheinlichkeit von Doppelnennungen erheblich geringer. NächtigerInnen in Notschlafstellen sind möglicherweise im gleichen Zeitraum auch von einer ambulanten Beratungseinrichtung erfasst. Eine gleichzeitige Erfassung von KlientInnen in stationärer Wohnbetreuung sowie in ambulanter Beratung / Betreuung dürfte jedoch lediglich in Ausnahmefällen zutreffen. Die nachstehende Aufstellung jener Personen, die während des Stichzeitraums (zumeist Ende 2007) in WLH oder wlh-naher Einrichtungen erfasst wurden, klammert deshalb die NächtigerInnen in Notschlafstellen aus und kann mit hoher Plausibilität als Feststellung des Ausmaßes von Wohnungslosigkeit während des Stichzeitraums gelesen werden.

Tabelle 50: (stationäre und ambulante) Wohnbetreuung, Stichzeitraumdaten 2007

Angebotsbereich	Erwachsene	mitziehende Minderjährige	Gesamt	Anteil an der Bevölkerung ⁶⁵
Wohnbetreuung	4.301	704	5.005	0,06

In stationärer bzw. ambulanter Wohnbetreuung standen Ende 2007 insgesamt **5.005 Personen**; davon waren 704 Minderjährige; der Frauenanteil bei den erwachsenen KlientInnen betrug 32 Prozent.

Tabelle 51: ambulante Hilfen, Stichzeitraumdaten 2007

Angebotsbereich	Erwachsene	mitziehende Minderjährige	Gesamt	Anteil an der Bevölkerung ⁶⁶
ambulante Hilfen	4.084	291	4.375	0,05

Weitere **4.375 Personen**, davon 291 Minderjährige, wurden ambulant beraten / betreut; der Frauenanteil an der erwachsenen Klientel betrug 30 Prozent. Von den KlientInnen der ambulanten Einrichtungen nutzten insgesamt 402 Personen (ausschließlich Erwachsene) die Möglichkeit zur Nächtigung in einer Notschlafstelle / Notunterkunft; der Frauenanteil in dieser Untergruppe lag bei 15 Prozent.

Tabelle 52: Delogierungsprävention, Stichzeitraumdaten 2007

Angebotsbereich	Erwachsene	mitziehende Minderjährige	Gesamt
Delogierungsprävention	840	385	1.225

Anmerkung: Aus den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Steiermark und Wien wurden keine Stichtagsdaten zur Delogierungsprävention übermittelt. Angaben zu Genderverteilung sowie über mitziehende Minderjährige sind unvollständig. Eine Hochrechnung aus den vollständig differenzierten Daten ergibt eine Genderrelation von ca. 49 Prozent Männern und 51 Prozent Frauen.

⁶⁵ Volkszählung 2001 n = 8.331.930 (Statistisches Jahrbuch 2009 Seite 42 Tabelle 2.05)

⁶⁶ Volkszählung 2001 n = 8.331.930 (Statistisches Jahrbuch 2009 Seite 42 Tabelle 2.05)

In Beratung/Betreuung durch Angebote der Delogierungsprävention standen insgesamt **1.225 Personen**; der Anteil von Minderjährigen, die von der prekären Wohnversorgung ihrer Familie betroffen sind, ist in dieser Untergruppe sehr hoch (31 Prozent).

Das Ausmaß bzw. die Art der Wohnungslosigkeit variiert je nach Bundesland. Die Ergebnisse der Erhebung werden in diesem Kapitel anhand der aktuellen Kategorien von ETHOS veranschaulicht. Das Kapitel 6.5 setzt sich mit den Ressourcen in den einzelnen Bundesländern auseinander und bietet einen Überblick über den aktuellen Stand der Entwicklung.

6. Wohnungslosigkeit in den Bundesländern nach ETHOS

Der europäische Dachverband der Wohnungslosenhilfeträger (FEANTSA) hat im Zuge der Bemühungen um eine EU-weite Dokumentation der Wohnungslosigkeit einen Vorschlag zur Kategorisierung ausgearbeitet, die wir auf der Folgeseite vorstellen. Diese Typologie wurde mittlerweile von allen Mitgliederorganisationen der FEANTSA übernommen und wird auch vom Forschungsprojekt MPHASIS als verbindliche Kategorisierung akzeptiert.⁶⁷

Die 13 Kategorien sind in der folgenden Tabelle dargestellt und mit Kapitelnummern versehen, die im weiteren Verlauf der Studie beschrieben werden. Nicht alle Kategorien sind im Rahmen der Studie erfassbar gewesen. Die Daten stammen, wie schon im ersten Teil der Studie dargestellt, aus den Erhebungen bei den Wohnungslosenhilfe-Einrichtungen bzw. aus wlh-nahe Einrichtungen und aus Sekundärquellen.

Ethos Kategorien

Tabelle 53 ETHOS

In diesem Kapitel sind die Überschriften nicht in derselben Systematik sondern fortlaufend nummeriert entsprechend den Kategorien in der Ethos-Tabelle (siehe Folgeblatt); 1 bis 13, zweite Spalte. Das heißt:

6.1. für Kategorie Obdachlose, die Ziffern 1 und 2 für die Gruppen.

6.2. für Kategorie Wohnungslos, die Ziffern 3 bis 7 für die Gruppen, die Buchstaben a, b und c für die Wohnsituation.

6.3. für Kategorie Ungesichertes Wohnen, die Ziffern 8 bis 10 für die Gruppen, die Buchstaben a, b und c für die Wohnsituation.

6.4. für Kategorie Ungenügendes Wohnen, die Ziffern 11 bis 13 für die Gruppen, die Buchstaben a, b und c für die Wohnsituation.

⁶⁷ MPHASIS ist ein Forschungsprojekt zur Etablierung einer europaweit gültigen Erhebungsmethode zum Ausmaß der Wohnungslosigkeit (www.trp.dundee.ac.uk/research/mphasis).

Tabelle 53: ETHOS Europäische Typologie für Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung					
	Operative Kategorie	Wohnsituation	Definition		
6.1. Obdachlos	1	Obdachlose Menschen	Öffentlicher Raum, Draußen	Auf der Straße lebend, an öffentlichen Plätzen wohnend, ohne eine Unterkunft, die als solche bezeichnet werden kann	
	2	Menschen in Notunterkünften	Notschlafstellen, Wärmestuben	Menschen ohne festen Wohnsitz, die in Notschlafstellen und niederschweligen Einrichtungen übernachten	
6.2. Wohnungslos	3	Menschen, die in Wohnungsloseneinrichtungen wohnen	a	Obdachlosenheim	Menschen die in Einrichtungen wohnen, in denen die Aufenthaltsdauer begrenzt ist und keine Dauerwohnplätze zur Verfügung stehen
			b	Quartiere, Herbergen	
			c	Übergangswohnungen	
	4	Menschen, die in Frauenhäusern wohnen	Frauenhäuser	Frauen, die wegen häuslicher Gewalt ihre Wohnung verlassen haben und kurz- bis mittelfristig in einer Schutzeinrichtung beherbergt sind	
	5	Menschen, die in Einrichtungen für AusländerInnen wohnen	a	Befristete Herbergen, Auffangstellen,	Immigranten und Asylwerber in Auffangstellen, bis ihr Aufenthaltsstatus geklärt ist
			b	Gastarbeiterquartiere	Quartiere für Ausländer mit befristeter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis
	6	Menschen, die von Institutionen entlassen werden	a	Gefängnisse, Strafanstalten	Nach Haftentlassung kein ordentlicher Wohnsitz vorhanden
			b	Spitäler, Heilanstalten	Bleiben weiter hospitalisiert weil kein Wohnplatz zur Verfügung steht
			c	Jugendheime	Fallen nicht mehr unter die Jugendwohlfahrt, bleiben aber weiterhin im Heim, weil keinen andere Wohnmöglichkeit zur Verfügung steht
	7	Menschen, die in Dauereinrichtungen für Wohnungslose wohnen	a	Altersheime	Dauerwohneinrichtungen mit Betreuungsangeboten für ältere und ehemals obdachlose Menschen
b			betreutes Wohnen für Obdachlose		
6.3. Ungesichertes Wohnen	8	Menschen, die in ungesicherten Wohnungen wohnen	a	Kurzfristiges Wohnen bei Freunden / Familie	Wohnen ohne einen Hauptwohnsitz zu begründen und vom guten Willen anderer Menschen abhängig
			b	wohnen ohne bestandsrechtliche Absicherung	Wohnen ohne Rechtstitel
			c	Illegale Land/Hausbesetzung	Wohnen unter Verletzung von Eigentumsrechten anderer Menschen
	9	Menschen, die von Delogierung bedroht sind	a	mit Delogierungsbeschluss	Wohnen in einer Wohnung, für die bereits ein Gerichtsbeschluss zur Delogierung vorliegt
			b	mit Räumungsklage	Wohnen in Wohnungen, für die bereits ein Räumungsbefehl an die Exekutionsabteilung ergangen ist
	10	Menschen, die in ihrer Wohnung von Gewalt bedroht sind	mit Strafanzeige gegen Täter, trotz Wegweisungsbeschluss	Wohnen in Wohnungen, in denen man trotz Polizeischutz nicht vor Gewalt sicher ist	
6.4. Ungenügendes Wohnen	11	Menschen, die Notfallsquartieren hausen	a	Wohnwägen	Wohnen in Behausungen, die für konventionelles Wohnen nicht gedacht sind, die notdürftig zusammengebaut oder als Wohnwägen und Zelte gedacht sind
			b	Unkonventionelle Behausung	
			c	Zelte	
	12	Menschen, die in ungeeigneten Räumen wohnen	Hausbesetzung von Abbruchgebäuden	Wohnen in Gebäuden, die für Wohnzwecke gesperrt oder ungeeignet sind, die kurz vor einem Abbruch stehen oder die durch die Bauordnung als ungeeignet klassifiziert sind	
13	Menschen die in überfüllten Räumen wohnen	Unterschreitung der zulässigen Mindestquadratmeter pro Person	Wohnen in Räumen, die entgegen den Mindestanforderungen völlig überbelegt sind und von mehr Menschen als zulässig bewohnt werden		

6.1. Obdachlosigkeit

6.1.1. Straßenobdachlosigkeit (Sleeping Rough)

Die Situation von obdachlosen Menschen ist durch ein Leben im öffentlichen Raum, auf der Straße, in Verschlägen, unter Brücken etc. gekennzeichnet. Diese Menschen leben ohne eine Form von Unterkunft, die als solche bezeichnet werden kann, und nächtigen stattdessen überwiegend im Freien oder einfachsten Notbehelfen. Vielfach meiden diese Menschen formelle Hilfeangebote. Am Ehesten frequentieren sie die Angebote von Wärmestuben und niederschweligen Tageszentren bzw. werden über nachgehende Angebote wie Streetwork, mobile medizinische Dienste etc. erreicht.

Tabelle 54: Obdachlose Menschen in Österreich („rough sleepers“)

<i>Bundesland</i>	<i>Frauen</i>	<i>Männer</i>	<i>mitziehende Minderjährige</i>	<i>Gesamt</i>
Burgenland	0	1	0	1
Kärnten ⁶⁸	79	450	0	529
Niederösterreich	k.A.	k.A.	k.A.	245
Oberösterreich ⁶⁹	23	83	0	106
Salzburg ⁷⁰	8	41	2	51
Steiermark	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Tirol	20	126	0	146
Vorarlberg ⁷¹	7	28	0	35
Wien	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Aus den Bundesländern Steiermark und Wien liegen zur Straßenobdachlosigkeit keine Angaben vor. Für Salzburg und Vorarlberg liegen Stichzeitraum-Erhebungen vor. Dabei handelt es sich um quantitative Fragebogenerhebungen durch Einrichtungen der WLH sowie durch wlh-nahe Angebote (siehe dazu Kurzdarstellung in den Kapiteln 4.5.4 (Salz-

⁶⁸ Hier werden die Daten des Tageszentrums für Obdachlose in Klagenfurt vorgestellt. Die übermittelten Daten erlauben jedoch keinen Rückschluss auf den tatsächlichen / aktuellen Wohnstatus der dokumentierten BesucherInnen.

⁶⁹ Für Oberösterreich liegen dazu Daten der Streetwork vor. Dazu ist jedoch anzumerken, dass die KlientInnen der Streetwork nicht unbedingt obdachlos sein müssen. Ob diese Personen eine eigene Wohnung haben oder Angebote der Notschlafstellen nützen, lässt sich auf der Grundlage der vorliegenden Daten nicht mit Sicherheit beantworten.

⁷⁰ Stichzeiterhebung Oktober 2007 (vgl. dazu: www.bawo.at)

⁷¹ Stichzeiterhebung Juli 2007

burg) sowie 4.8.4 (Vorarlberg). Eine Gesamtzahl für Österreich kann aus vorliegenden Daten nicht gebildet werden.

6.1.2. Menschen in Notunterkünften

Menschen in Notunterkünften verfügen über keinen festen Wohnsitz und übernachten in Notschlafstellen und niederschweligen Einrichtungen wie beispielsweise Wärmestuben etc. In der Regel handelt es sich dabei um reine Nachteinrichtungen. Das bedeutet, dass die BewohnerInnen am Morgen die Einrichtung verlassen und sich tagsüber mehr / weniger im Freien aufhalten müssen. Aus der Nutzung von NächtigerInnenangeboten ergeben sich nur in seltenen Fällen reguläre Nutzungsverhältnisse, die einem Mietverhältnis ähnlich sind.

Tabelle 55: Obdachlose Menschen in Notschlafstellen und Nächtigungsangeboten

<i>Bundesland</i>	<i>Frauen</i>	<i>Männer</i>	<i>mitziehende Minderjährige</i>	<i>Gesamt</i>
Burgenland	0	0	0	0
Kärnten	k.A.	k.A.	k.A.	32
Niederösterreich	k.A.	k.A.	k.A.	166
Oberösterreich	106	487	0	593
Salzburg	k.A.	k.A.	k.A.	137
Steiermark	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Tirol ⁷²	18	176	3	197
Vorarlberg ⁷³	4	20	0	24
Wien ⁷⁴	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Österreich	489	1.948	3	1.149

Die Daten aus den Bundesländern Kärnten, Niederösterreich und Salzburg erlauben keine genderspezifische Differenzierung. Beim Bundesland Steiermark ist eine systematische Unterscheidung zwischen Übergangwohnheimen und NächtigerInnenangeboten nicht möglich.

⁷² Stichzeitraumerhebung Oktober 2007

⁷³ Stichzeitraumerhebung Juli 2007

⁷⁴ Aus dem Bundesland Wien liegen keine spezifischen Daten zur Unterbringung in Notschlafstellen vor. Dies wurde mit dem Verweis begründet, dass Personen, die NächtigerInnenangebote in Anspruch nehmen, in der Regel auch von ambulanten Beratungsstellen bzw. Tagesstrukturangeboten erfasst werden.

6.2. Menschen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe

Zu den Wohnungsloseneinrichtungen zählen Übergangwohnheime, Asyle und Herbergen und Übergangswohnungen. In diesen Einrichtungen ist die Aufenthaltsdauer der BewohnerInnen begrenzt, es stehen keine Dauerwohnplätze zur Verfügung.

6.2.3.a Übergangwohnheime

Tabelle 56: Wohnungslose Menschen in Übergangwohnheimen

<i>Bundesland</i>	<i>Frauen</i>	<i>Männer</i>	<i>mitziehende Minderjährige</i>	<i>Gesamt</i>
Burgenland	11	1	8	20
Kärnten	46	27	11	84
Niederösterreich ⁷⁵	7	115	7	284
Oberösterreich	k.A.	k.A.	k.A.	190
Salzburg	k.A.	k.A.	k.A.	45
Steiermark	117	201	54	372
Tirol	55	33	15	103
Vorarlberg	114	266	k.A.	380
Wien	k.A.	k.A.	k.A.	2.262
Österreich	k.A.	k.A.	k.A.	3.740

Die Daten aus den Bundesländern Oberösterreich, Salzburg und Wien erlauben keine genderspezifische Differenzierung.

⁷⁵ Für insgesamt 155 genannte Erwachsene wurden keine Angaben zum Gender übermittelt.

6.2.3.b. Asyle und Herbergen

In dieser Kategorie konnten keine systematischen Daten erhoben werden, unter anderem weil unbetreute Einrichtungen wie Asyle, Herbergen und Substandard-Pensionen zum einen ungenau dokumentieren, zum anderen werden diese Einrichtungen vielfach nicht in die Angebotsüberblicke der Wohnungslosenhilfe aufgenommen.

Österreichweite Angaben zu diesem Segment der Klientel sind auf der Basis der vorliegenden Daten nicht möglich.

6.2.3.c. Übergangswohnungen

Tabelle 57: Wohnungslose Menschen in Übergangswohnungen

<i>Bundesland</i>	<i>Frauen</i>	<i>Männer</i>	<i>mitziehende Minderjährige</i>	<i>Gesamt</i>
Burgenland	0	0	0	0
Kärnten	46	27	11	84
Niederösterreich	k.A.	k.A.	62	209
Oberösterreich ⁷⁶	k.A.	k.A.	k.A.	238
Salzburg	k.A.	k.A.	k.A.	66
Steiermark	31	34	0	66
Tirol	23	48	4	95
Vorarlberg	41	49	0	90
Wien	k.A.	k.A.	k.A.	1.820
Österreich	k.A.	k.A.	k.A.	2.668

Die Daten aus den Bundesländern Oberösterreich, Salzburg und Wien erlauben keine genderspezifische Differenzierung.

⁷⁶ Die Angaben aus Oberösterreich beziehen sich auf das Angebot der Mobilien Wohnbetreuung. Diese findet sowohl in Wohnungen, die der Träger angemietet hat, als auch in eigenen Wohnungen der KlientInnen statt. Die Wohnbetreuung bzw. das Wohnangebot ist nicht zeitlich befristet.

6.2.4. Menschen, die in Frauenhäusern wohnen

Frauen, die wegen häuslicher Gewalt ihre Wohnung verlassen haben, sind mit ihren minderjährigen Kindern kurz- bis mittelfristig in einer Schutzeinrichtung beherbergt, die sich schwerpunktmäßig dem Schutz vor Gewalt sowie der Aufarbeitung der Folgen der Gewalterfahrung widmen. Gewalterfahrung ist in der Regel ein Aufnahmekriterium. Wohnungslosigkeit alleine genügt in diesem Sinne nicht als Begründung für eine Aufnahme.

Frauenhäuser und Mutter-Kind-Heime konnten in dieser Untersuchung nicht systematisch erhoben werden. Stattdessen verweisen wir hier auf die Österreich weiten Daten aus dem Sicherheitsbericht 2006. Danach fanden in diesem Jahr insgesamt 6.467 Streitschlichtungen im häuslichen Bereich statt. Davon führten 4.837 Interventionen zu Wegweisungen nach §38 Sicherheitspolizeigesetz. Im selben Zeitraum wurden in den Frauenhäusern in Österreich insgesamt 3.143 Frauen und Kinder vorübergehend untergebracht.⁷⁷

6.2.5. Menschen, die in Einrichtungen für MigrantInnen wohnen

Darunter fallen befristete Auffangstellen und Herbergen für MigrantInnen und AsylwerberInnen sowie Quartiere für ArbeitsmigrantInnen mit (befristeter) Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis.

Dieser Angebotsbereich konnte in dieser Erhebung nicht systematisch erfasst werden. Stattdessen verweisen wir auch hier auf die Daten aus dem Sicherheitsbericht 2006⁷⁸.

Im Jahr 2006 stellten 13.349 Personen einen Antrag auf Asyl in Österreich. Mit Stichtag 30.12.2005 waren insgesamt 2.087 AsylwerberInnen aus 98 Nicht-EU-Ländern in Flüchtlingslagern oder betreuten Wohnobjekten in den Bundesländern untergebracht und standen in Bundesbetreuung; mit 29.12.2006 waren in diesen Einrichtungen 1.162 Personen untergebracht. Weitere 735 Personen wurden nach Anerkennung ihres Asylantrags in Integrationshäuser aufgenommen und erhielten hier Hilfen in Form von Integrations- und Deutschkursen (Sicherheitsbericht 2006).⁷⁹ Über die Wohnversorgung von AsylwerberInnen, die trotz abgelehnten Asylantrages nicht in ihre Herkunftsländer überstellt werden können und weiterhin in Österreich leben, sowie von anerkannten Flüchtlingen, die in Österreich integriert sind, gibt es keine Daten.

⁷⁷ Statistik der autonomen Frauenhäuser, 2006 (www.aeof.at/material/AOEF_Statistik_2006.pdf)

⁷⁸ Sicherheitsbericht des Bundesministerium für Inneres 2006 Seiten 260 und folgende

⁷⁹ zit. nach: http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2008/PK0093/PK0093.shtml

Praxisberichte aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe verweisen auf große Probleme bei der Wohnversorgung jener AsylwerberInnen, die aus der Bundesbetreuung ausscheiden bzw. die nach einem negativen Asylbescheid Österreich aufgrund von Lebensgefahr nicht verlassen können.

Daten zur heimförmigen Unterbringung von ArbeitsmigrantInnen konnten in dieser Untersuchung nicht systematisch erhoben werden. Darüber liegen uns folgende österreichweiten Zahlen vor:

Volkszählung 2001⁸⁰, Stichtag 01.01.2001: Insgesamt lebten 1268 Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft in „sonstigen Anstalten“. Davon waren 292 Frauen und 976 Männer. 102 waren jünger als 19 Jahre alt.

6.2.6. Menschen, die von Institutionen entlassen werden

6.2.6.a. Aus der Strafhaft entlassen

Daten zur Wohnsituation von Haftentlassenen konnten in dieser Untersuchung nicht systematisch erhoben werden.

Daten und Fakten zum quantitativen Umfang von Inhaftierung bzw. Haftentlassung finden sich in den Sicherheitsberichten des Justizministeriums, ohne dass dabei jedoch auf das Thema Wohnungslosigkeit und/oder problematische Wohnversorgung eingegangen wird.⁸¹ Praxisberichte weisen aber auf die Tatsache hin, dass bestehende Wohnverhältnisse während der Inhaftierung häufig aufgelöst werden und viele Haftentlassene große Probleme haben, nach ihrer Entlassung eine erschwingliche Wohnung zu finden. Eine lokale Bedarfserhebung zum Thema Armutsgefährdung und Wohnversorgung von KlientInnen der Haftentlassenenhilfe in Salzburg⁸² zeigt, dass etwa 45 Prozent der Haftentlassene für die Zeit nach der Entlassung über keine gesicherten Wohnverhältnisse verfügen bzw. auch nicht in der Lage sind, eine reguläre Wohnversorgung aus eigenem Vermögen sicherzustellen.

„Während vor der Haft immerhin noch ca. 62 Prozent über eine reguläre Wohnung (in Eigentum oder in Miete) verfügen, sinkt dieser Anteil nach der Haft auf 55 Prozent ab. Während vor der Haft etwa 10 Prozent der Befragten in provisorischen Unterkünften bzw.

⁸⁰ STATISTIK AUSTRIA Volkszählung 2001, Haushalte und Familien, Wien 2005; zit. nach www.statistik.at

⁸¹ Innenministerium, Sicherheitsbericht 2006, Wien 2008

⁸² Bernhard Eisl, Armutsgefährdung nach der Haft, Salzburg 2001

Kriseneinrichtungen notversorgt sind, steigt dieser Anteil nach der Haft auf etwa 32 Prozent an.“ (Eisl 2001, S. 2)

Angaben zur Größenordnung des Problemzusammenhangs – Bedarfsschätzung: Am 1. 12. 2006 waren in Österreich insgesamt 9.005 Personen in Haft, im Jahr 2006 wurden insgesamt 8.471 aus der Haft entlassen. Bei einer Hochrechnung mit einem Anteil von 45 Prozent ergibt sich somit, dass etwa 3.811 Personen vor der Notwendigkeit standen, in Vorbereitung ihrer Entlassung aus der Haft eine entsprechende und erschwingliche Wohnung zu finden.

6.2.6.b. Aus Spitalsaufenthalt oder stationärer Behandlung entlassen

Die Datenlage zu diesem Angebotsbereich ist in Österreich sehr ungenügend. Auch in unserer Erhebung war es nicht möglich, diesen Personenkreis systematisch zu erfassen.

Für den Bereich der Wohnungsversorgung nach der Entlassung aus stationärer Betreuung (nach Kuraufenthalt, Entwöhnungsbehandlungen, psychiatrischer Betreuung etc.) liegen in Österreich keine verlässlichen Untersuchungen vor. Es ist damit nicht möglich, Angaben zur Wohnsituation dieses Personenkreises zu machen.

Angaben zur Größenordnung dieses Personenkreises: Im Jahr 2002 wurden 107.120 Personen nach stationären Krankenhausaufenthalt mit einer psychiatrischen Diagnose entlassen⁸³.

Leider wird im Psychiatriebericht auf Fragen der Wohnversorgung von psychiatrischen KlientInnen gar nicht eingegangen. Über den Status der Wohnversorgung respektive über Fragen der Wohnungslosigkeit vor Beginn oder nach der Entlassung aus einer stationären psychiatrischen Behandlung sind somit keine Aussagen möglich.

Praxisberichte der Wohnungslosenhilfe heben hervor, dass ein großer Anteil der wohnungslosen KlientInnen psychisch krank ist und zum Teil bereits mehrmals in stationärer Behandlung in psychiatrischen Einrichtungen war.

6.2.6.c. Aus einem Jugendheim / einer Jugendwohngemeinschaft entlassen

Daten zur Entlassung aus einem Jugendheim bzw. einer Jugendwohngemeinschaft konnten im Zuge dieser Erhebung nicht systematisch erfasst werden.

⁸³ Psychiatriebericht 2004, zit. nach:

<http://www.bmgfj.gv.at/cms/site/standard.html?channel=CH0782&doc=CMS1098965386003>

Es liegen keine Daten über die Wohnversorgung von AbgängerInnen aus betreuten Wohnformen der Jugendwohlfahrt (Heime, Wohngemeinschaften und ambulant betreutes Wohnen) vor.

Praxisberichte der WLH-Einrichtungen, insbesondere der niederschweligen Einrichtungen für junge Erwachsene und Jugendliche in Wohnungsnot, weisen aus, dass viele ihrer KlientInnen nur zum Teil differenzierte Erfahrungen mit Angeboten der Jugendwohlfahrt haben.

6.2.7. In Dauereinrichtungen der Wohnungslosenhilfe wohnhaft, Langzeitwohnheime für ältere Wohnungslose

Einrichtungen für ältere Wohnungslose werden in Österreich in einigen Bundesländern / Landeshauptstädten angeboten. Da es erfahrungsgemäß nur schwer möglich ist, für ältere Wohnungslose eine Wohnvermittlung für die Ablöse aus der WLH zu realisieren, kann es in Einrichtungen wie Übergangwohnheimen dazu kommen, dass Personen aus diesem KlientInnenkreis dauerhaft in den Einrichtungen wohnhaft bleiben. Über die Anzahl dieses Personenkreises liegen keine Daten vor und konnten auch in dieser Erhebung nicht systematisch bereitgestellt werden.

6.3.8. Ungesicherte Wohnverhältnisse

6.3.8.a. Temporäre Unterkunft bei Freunden/Bekanntem/Verwandten

Zu dieser Kategorie liegen keine Daten vor. Sie konnten auch im Rahmen dieser Untersuchung nicht erhoben werden. Hinweise auf die Größenordnung dieser Kategorie ergeben sich aus den Wohnungslosenerhebungen aus Salzburg, Tirol und Vorarlberg.

Wohnungslosenerhebung Salzburg: Im Jahr 2007 waren insgesamt 132 von Wohnungslosigkeit betroffene Männer bei Bekannten wohnnotversorgt. Das entspricht einem Anteil von 32 Prozent der erfassten wohnungslosen Männer. Im gleichen Zeitraum waren 60 Frauen bei ihren Bekannten verdeckt wohnungslos (34 Prozent der erfassten wohnungslosen Frauen).

Wohnungslosenerhebung Tirol: Im Oktober 2007 waren in Tirol insgesamt 99 Personen, davon 22 Frauen, bei Bekannten untergekommen. Das entspricht einem Anteil von 20 Prozent.

Wohnungslosenerhebung Vorarlberg: In Vorarlberg waren es 143, davon 53 Frauen, bei Bekannten untergebracht. Das entspricht einem Anteil von 13 Prozent.

6.3.8.b. Wohnen ohne bestandsrechtliche Absicherung

Darüber liegen keine Daten vor und konnten in dieser Erhebung nicht festgestellt werden.

6.3.8.c. Illegale Land-/Hausbesetzung

Darüber liegen keine Daten vor und konnten in dieser Erhebung nicht festgestellt werden.

6.3.9.a. Von Delogierung bedroht, das Verfahren ist eingeleitet

In der nachstehenden Tabelle stellen wir die Daten aus der offiziellen Statistik des Justizministeriums⁸⁴ zu eingeleiteten Verfahren und exekutierten Räumungen den Betreuungsdokumentationen gegenüber, die von Beratungseinrichtungen zur Delogierungsprävention in Österreich übermittelt wurden.

Tabelle 58: Menschen, deren Wohnverhältnis gerichtlich aufgekündigt ist (2006)

<i>Bundesland</i>	<i>Eingeleitete Verfahren</i>	<i>Durchgeführte Beratungen⁸⁵</i>	<i>Wohnung konnte gesichert werden</i>	<i>Wohnung wurde zwangsgeräumt</i>
Burgenland	375	0	k.A.	32
Kärnten	1.127	0	k.A.	332
Niederösterreich	3.989	1.185	k.A.	580
Oberösterreich	3.076	2.213	k.A.	617
Salzburg	1.991	937	335	286
Steiermark	4.038	1.504	k.A.	744
Tirol	1.656	35	k.A.	302
Vorarlberg	989	354	k.A.	181
Wien	24.578	4.825	2.283 ⁸⁶	4.109
Österreich	41.769	11.053	k.A.	7.183

⁸⁴ Anfragebeantwortung von Bundesministerin Maria Berger. Wien 2007. Die Statistik des Bundesministeriums für Justiz differenziert nicht nach der Nutzungsart der betroffenen Räumlichkeiten (Wohnung, Geschäft, Garage oder anderes).

⁸⁵ Für Leistungen der Delogierungsberatung in den Ländern Oberösterreich und Niederösterreich wurden die Zahlen aus der Jahresstatistik 2007 verwendet.

⁸⁶ Die Zahl der erfolgreich durchgeführten Wohnungssicherung setzt sich aus den Leistungen von Volkshilfe Wien / FAWOS (Delogierungsprävention für den Privatwohnungsbereich) und MA 40 sowie MA 11 zusammen.

6.3.9.b. Delogierungsbeschluss liegt bereits vor

Zu Räumungsexekutionsverfahren liegen uns Daten des Justizministeriums vor. Die Betreuungsdokumentationen der Beratungseinrichtungen geben zur Unterscheidung zwischen eingeleiteten Verfahren und Exekutionsverfahren nicht systematisch Auskunft.

Tabelle 59: Wohnung ist gerichtlich aufgekündigt, Delogierungsbeschluss liegt vor

<i>Bundesland</i>	<i>2000</i>	<i>2003</i>	<i>2006</i>
Burgenland	66	104	87
Kärnten	532	577	686
Niederösterreich	908	1.134	1.233
Oberösterreich	k.A.	k.A.	k.A.
Salzburg	k.A.	k.A.	k.A.
Steiermark	k.A.	k.A.	k.A.
Tirol	k.A.	k.A.	k.A.
Vorarlberg	k.A.	k.A.	k.A.
Wien	k.A.	k.A.	k.A.
Österreich	k.A.	k.A.	k.A.

6.3.9.b. Enteignungsbeschluss

Darüber gibt es keinerlei Daten – weder auf der Ebene der Gerichte noch auf der Ebene der WLH und anderer Sozialberatungsstellen.

6.3.10. Häusliche Gewalt

Daten zu dieser Kategorie wurden im Kapitel 6.2.4. dargestellt.

6.4.11. In Wohnprovisorien (Garagen, Keller, Abbruchhäuser, Zelte etc.)

Dazu gibt es weder offizielle Daten, noch konnten wir in der Erhebung zu dieser Kategorie systematische Daten gewinnen.

6.4.12. Hausbesetzung von Abbruchgebäuden

Dazu gibt es weder offizielle Daten, noch konnten wir in der Erhebung zu dieser Kategorie systematische Daten gewinnen.

6.4.13. Menschen in überfüllten Räumen / überbelegten Wohnungen

Über diese Kategorie gibt es Aufschluss in den Daten von EU-SILC 2007. Demnach leben 606.000 Menschen oder neun Prozent aller Personen in Mehrpersonenhaushalten in einer überbelegten Wohnsituation.⁸⁷

⁸⁷ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007, Wien 2009, S. 57

7. Profil der Wohnungslosigkeit in Österreich

Bei den KlientInnen der WLH (mit Ausnahme der Delogierungsprävention) handelt es sich überwiegend um männliche Österreicher in mittlerem Alter, die zu hohen Anteilen keiner Erwerbsarbeit nachgehen und auf Transferzahlungen angewiesen sind. Der Frauenanteil liegt sowohl in der ambulanten als auch der Wohnbetreuung ausgesprochen niedrig. Insbesondere fällt beim Vergleich der einzelnen Untergruppen auf, dass der Arbeitslosenversicherung (einschließlich Notstandshilfe) bei der Existenzsicherung dieser Personen / Haushalte eine sehr dominante Rolle zukommt. Im Segment der ambulanten Hilfen liegt der Anteil der ALVG-BezieherInnen mit 41 Prozent extrem hoch.

Demgegenüber erweist sich die Gruppe der Erwerbstätigen quer über alle Untergruppen mit einem Anteil an der Existenzsicherung von 13 Prozent in der Klientel der ambulanten Hilfen respektive von 17 Prozent in der (stationären) Wohnbetreuung als deutlich abgeschlagen.

Es besteht somit ein sehr deutlicher Zusammenhang zwischen der durch Langzeitarbeitslosigkeit bewirkten Armut und der Wohnungslosigkeit.

7.1. Genderspezifische Aspekte der WLH

Die Wohnungslosenerhebung für den Zeitraum 2006 – 2007 weist auf große Probleme der WLH hin, die Zielgruppe von weiblichen Wohnungslosen mit ihren Hilfeangeboten zu erreichen.

Der Frauenanteil liegt im Bereich der ambulanten Wohnungslosenhilfe bei 21 Prozent. In den betreuten Wohnformen liegt der Frauenanteil bei einem Durchschnittswert von 31 Prozent.

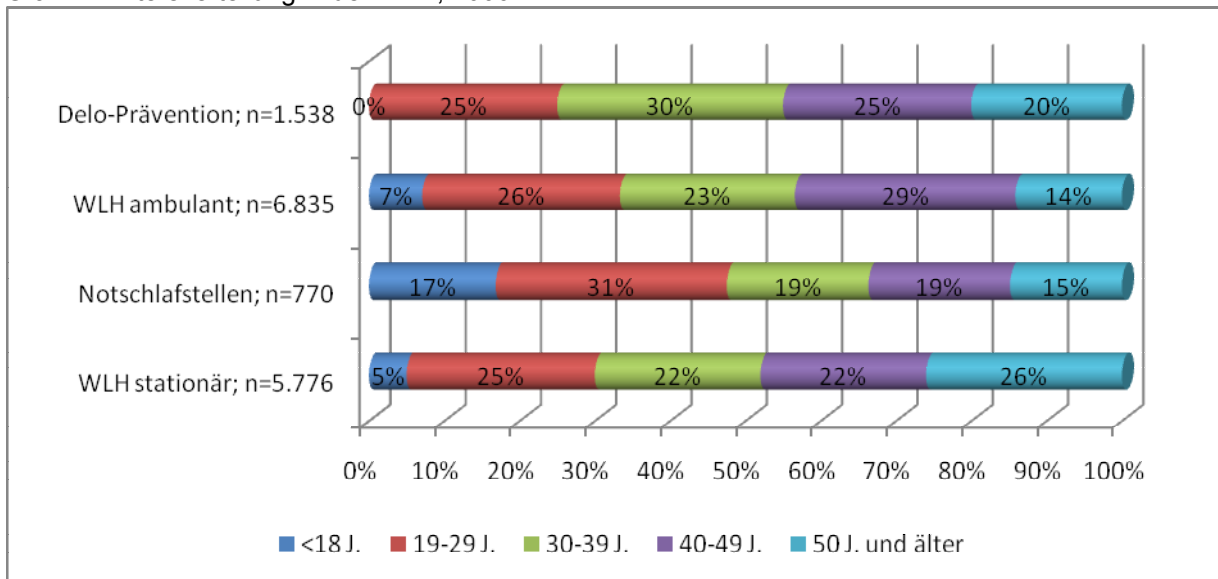
Bei den Angeboten zur Delogierungsprävention ist in den Ländern, die genderdifferenzierte Daten vorgelegt haben, ein ausgewogenes Genderverhältnis erkennbar. Da jedoch aus einzelnen Bundesländern keine nach Gender differenzierten Angaben zur Klientel der Delogierungsprävention vorliegen, ist hier die Bildung eines Durchschnittswerts nicht möglich.

7.2. Altersverteilung in der WLH

Die Altersgruppe minderjähriger KlientInnen (<18 Jahre) nimmt anteilmäßig nur einen bescheidenen Stellenwert ein. Allerdings fällt im Vergleich der unterschiedlichen Hilfekategorien ein durchaus nennenswerter Anteil von Minderjährigen in den Nächtigungsan-

geboten (17 Prozent) auf, der allerdings in den weiterführenden Hilfebereichen der WLH keine Entsprechung findet.

Grafik 1: Altersverteilung in der WLH; 2006⁸⁸



Im Übrigen streuen die Altersgruppen relativ gleichmäßig über die verschiedenen Hilfesegmente – von ambulant bis stationär sowie in der Delogierungsberatung. Auffällig ist im Gesamtvergleich auch, dass der Anteil der KlientInnen im Alter von 50 Jahren und älter bereits deutlich abnimmt. Am ausgeprägtesten finden sich KlientInnen dieser Altersgruppe in den Angeboten der Wohnbetreuung.

Wenig überraschend finden sich im Segment der Delogierungsprävention keine minderjährigen KlientInnen, deren eigenständige Wohnverhältnisse gefährdet wären. Im Weiteren streuen die KlientInnen der Delogierungsprävention relativ gleichmäßig über die Altersstufen, mit einem leichten Überhang in der Altersstufe der 30-39-Jährigen. Wohnbetreuung – sowohl in stationären / heimgestützten Einrichtungen wie auch im Kontext einer ambulanten Betreuung in eigenständigen Wohnungen – wird ebenfalls nur in sehr geringem Ausmaß von noch nicht volljährigen KlientInnen in Anspruch genommen. Demgegenüber zeigt sich in diesem Betreuungssegment eine ausgeprägte Nutzung durch junge Erwachsene (18-29 Jahre alt). Auffällig ist hier weiters ein leichter Überhang bei der Altersgruppe der älteren KlientInnen (50 Jahre und mehr).

Zugang in ambulante Beratungsangebote finden bereits zu einem höheren Anteil auch minderjährige KlientInnen (7 Prozent), während in diesem Segment die Inanspruchnahme durch ältere KlientInnen (50 Jahre und älter) deutlich zurückfällt. Insgesamt geht dieser offensichtlich niedrigere Altersschnitt in der Nutzung ambulanter Angebote vor al-

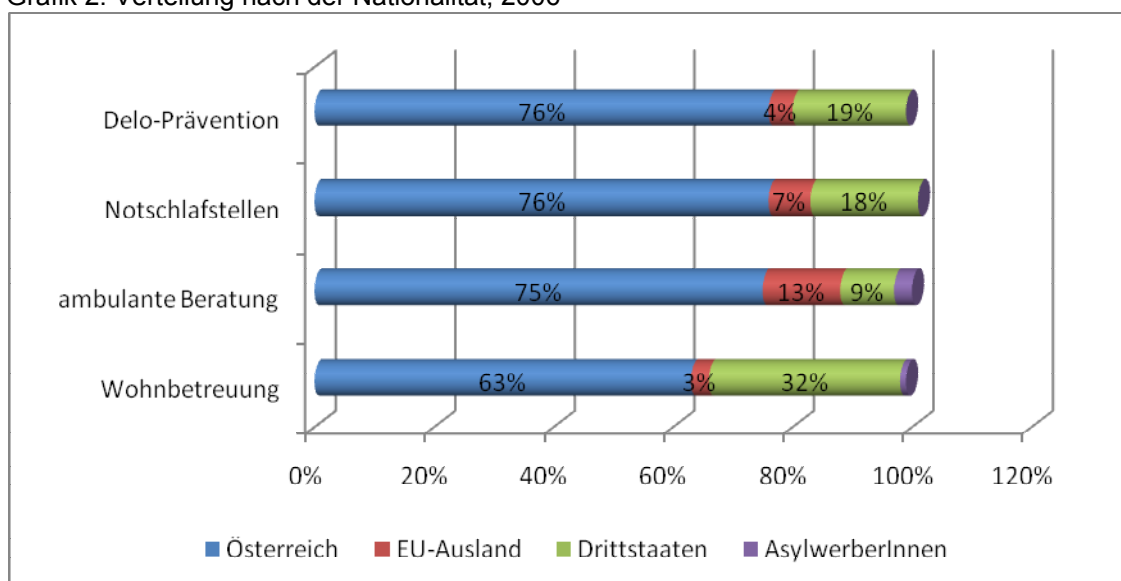
⁸⁸ Für die Verteilung wurden nur jene Personen eingerechnet, über die differenzierte Angaben vorlagen. Die Kategorie „k.A.“ wurde für diese Visualisierung ausgeklammert.

lem auch auf das Segment der NächtigerInnen in Notschlafstellen zurück. Hier findet sich zum einen der höchste Anteil an minderjährigen KlientInnen (17 Prozent) sowie ein deutliches Übergewicht der jungen Erwachsenen in der Altersgruppe der 18-29-Jährigen (31 Prozent).

7.3. Migration und Wohnungslosenhilfe

Von den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe werden viele KlientInnen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft betreut. Ihr Anteil liegt in den Kategorien Delogierungsprävention, Notschlafstellen und ambulante Beratung bei einem knappen Viertel, bei der Wohnbetreuung bei einem Drittel.

Grafik 2: Verteilung nach der Nationalität; 2006⁸⁹

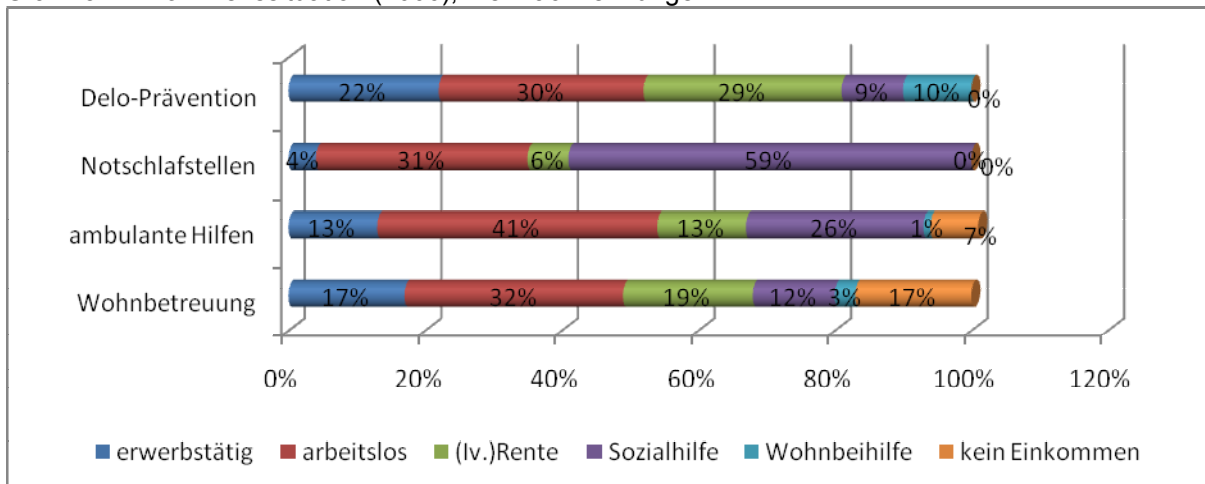


In den unterschiedlichen Hilfesegmenten der WLH bzw. wlh-naher Einrichtungen werden nur wenige AsylwerberInnen als Hilfesuchende verzeichnet. Lediglich im Bereich der ambulanten Beratungsangebote findet sich diese KlientInnengruppe mit einem Anteil von zwei Prozent vertreten. Weder in den Nächtigungsangeboten bzw. den betreuten Wohnformen finden sich AsylwerberInnen in einer nennenswerten Anzahl. Das ist darauf zurückzuführen, dass AsylwerberInnen aufgrund der bestehenden Rechtslage nahezu ausschließlich im Rahmen der Grundversorgungsregelung des Bundes und deren Umsetzung durch die Länder sowohl mit Wohnung als auch mit Leistungen zur Deckung des Lebensunterhaltes versorgt werden.

⁸⁹ Für die Verteilung wurden nur jene Personen eingerechnet, über die differenzierte Angaben vorlagen. Die Kategorie „k.A.“ wurde für diese Visualisierung ausgeklammert.

7.4. Sozio-ökonomischer Status der wohnungslosen Personen

Grafik 3: Einkommenssituation (2006); Mehrfachnennungen⁹⁰



Die WLH sowie die wlh-nahe Einrichtungen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, Wohnungsnot bzw. Unsicherheit der Wohnversorgung sind insbesondere damit konfrontiert, dass wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen in ihrem Zugang zu Erwerbsarbeit massiv benachteiligt sind. Nur wenige KlientInnen der WLH / wlh-nahe Einrichtungen stehen in einem aufrechten Beschäftigungsverhältnis.

Die Kategorie „ohne eigenes Einkommen“ ist auf die Angebotssegmente der ambulanten Beratung (mit einem Anteil von sieben Prozent) und der betreuten Wohnformen beschränkt. Der Anteil der KlientInnen ohne eigenes Einkommen ist insbesondere im Bereich der betreuten Wohnformen (17 Prozent) hoch.

7.4.1. Zugang zu Leistungen aus dem ASVG:

Sowohl Arbeitslosigkeit wie auch Erwerbsunfähigkeit sind in der Klientel dieser Einrichtungen häufige Faktoren ihrer Lebenssituation. Dementsprechend kommt dem Bezug von Leistungen der Arbeitslosenversicherung sowie von Transferleistungen aus dem ALVG (insbesondere Invaliditätspension) eine übergroße Bedeutung zu. Insgesamt 41 Prozent der KlientInnen von ambulanten Hilfen waren im Jahr 2006 arbeitslos, weitere 13 Prozent standen in Bezug einer ALVG-Leistung. Dem stand eine kleine Minderheit von 13 Prozent gegenüber, die in aufrechter Beschäftigung stehen und ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise aus ihrem Erwerbs-Einkommen bestreiten.

Im Bereich der betreuten Wohnformen sieht es nur unwesentlich anders aus. Hier haben zwar insgesamt 17 Prozent der betreuten KlientInnen eine aufrechte Beschäftigung.

⁹⁰ Für die Verteilung wurden nur jene Personen eingerechnet, über die differenzierte Angaben vorlagen. Die Kategorie „k.A.“ wurde für diese Visualisierung ausgeklammert.

Die Mehrheit der KlientInnen in Wohnbetreuung ist auf Transfereinkommen aus dem ALVG bzw. auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen.

Eine leicht bessere sozioökonomische Situation zeigt sich in den Einrichtungen der Delogierungsberatung. Hier steht zumindest mehr als jede/r Fünfte (22 Prozent) in Beschäftigung. Auch hier aber ist die Mehrheit auf Einkommen aus Transferleistungen bzw. auf Sozialhilfe angewiesen.

7.4.2. Zugang zur Sozialhilfe:

Auffällig ist hier weiters, dass wenige KlientInnen Leistungen aus der Sozialhilfe beziehen. Ausnahme ist hier lediglich das Segment der Nutzung von NächtigerInnenangeboten / Notschlafstellen, in dem die BezieherInnen von Sozialhilfe mit einem Anteil von 59 Prozent deutlich in der Mehrzahl sind. Demgegenüber sind es in der Gesamtgruppe der NutzerInnen von ambulanten Hilfen lediglich 26 Prozent. In einigen Bundesländern (z.B. Niederösterreich) sind wohnbetreute Personen auf Kosten der Sozialhilfe in stationären Wohneinrichtungen untergebracht und dort vollversorgt. Diese Personen erhalten keine zusätzlichen Sozialhilfe-Geldleistungen zur Deckung des Lebensunterhalts.

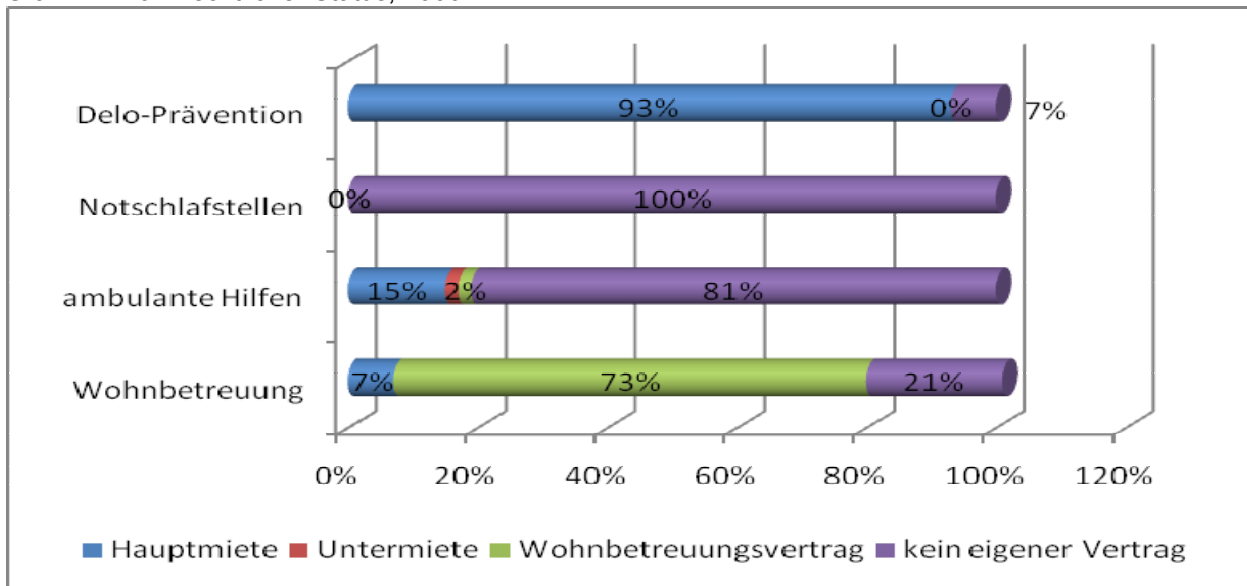
7.4.3. Zugang zur Wohnbeihilfe:

Im Leistungsbereich der Delogierungsberatung kommt der Bezug von Wohnbeihilfe in einem nennenswerten Ausmaß zum Tragen. Immerhin beziehen zehn Prozent der KlientInnen der Delogierungsberatung eine Wohnbeihilfe. Demgegenüber sinkt dieser Anteil im Bereich der betreuten Wohnformen auf drei Prozent ab. Im Segment der ambulanten Hilfen stehen nur wenige KlientInnen (1 Prozent) im Bezug von Wohnbeihilfe, was sich daraus erklärt, dass Menschen ohne aufrechten Hauptmietvertrag keine Unterstützung aus Mitteln der Wohnbauförderung / Wohnbeihilfe beziehen können.

Die allgemeine Wohnbeihilfe wird in der Regel nur dann gewährt, wenn ein eigener Mietvertrag vorliegt, was allerdings in den meisten Fällen der stationären Wohnbetreuung ausgeschlossen ist.

7.5. Wohnstatus der wohnungslosen Personen

Grafik 4: Wohnrechtlicher Status; 2006⁹¹



Die Verteilung der KlientInnen von WLH sowie wlh-nahe Einrichtungen nach ihrem Wohnstatus fällt sehr eindeutig aus. So stehen die KlientInnen der Delogierungsprävention erwartungsgemäß nahezu durchgängig (93 Prozent) in einem aufrechten Hauptmietvertrag. Immerhin aber findet sich bei 6 Prozent der KlientInnen der Delogierungsberatung kein eigenständiger wohnrechtlicher Status.

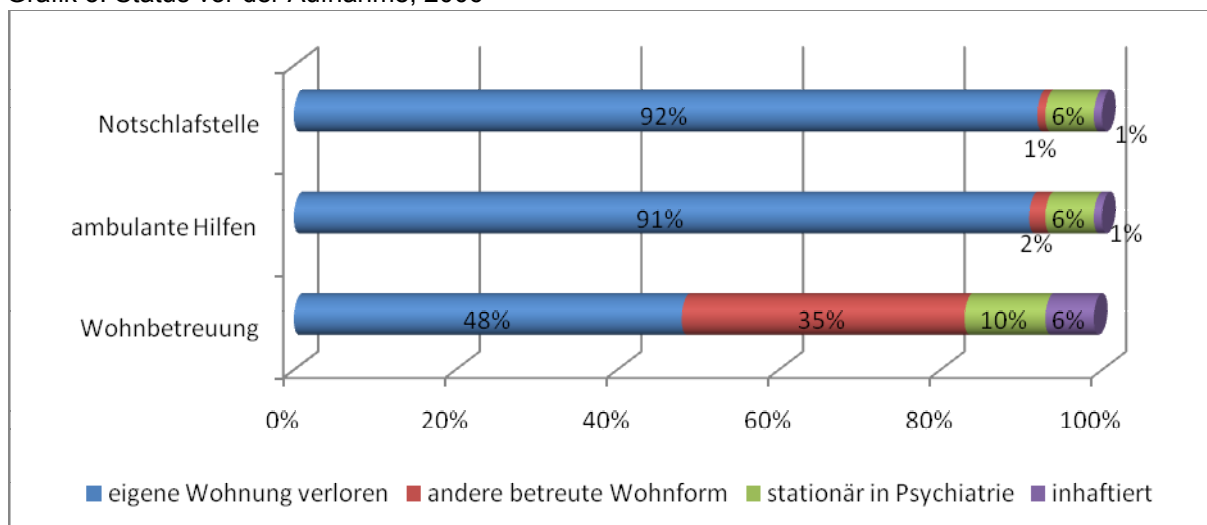
Anders sieht es bei den betreuten Wohnformen aus. Hier entfällt die überwiegende Mehrzahl der KlientInnen auf die Kategorie „Wohnbetreuungsvertrag“, d.h. das Wohnverhältnis ist unmittelbar mit dem Betreuungsverhältnis gekoppelt. Sieben Prozent können auf einen eigenen Hauptmietvertrag verweisen. Jede/r Fünfte, der / die in einer laufenden Wohnbetreuung steht, verfügt über keinen eigenständigen wohnrechtlichen Vertrag.

Im Segment der ambulanten Hilfen findet sich bei 81 Prozent der ambulant beratenen Personen ein vertragsfreier Wohnstatus. Zwei Prozent der erfassten Personen stehen zeitgleich zur ambulanten Beratung in einem Wohnbetreuungsverhältnis. Menschen, die in Notschlafstellen nächtigen, haben kein wohnrechtliches Vertragsverhältnis.

⁹¹ Für die Verteilung wurden nur jene Personen eingerechnet, über die differenzierte Angaben vorlagen. Die Kategorie „k.A.“ wurde für diese Visualisierung ausgeklammert.

7.6. Wohnsituation / Unterkunft vor der aktuellen Wohnungslosigkeit

Grafik 5: Status vor der Aufnahme; 2006⁹²



Die Verteilung nach dem Wohnstatus vor der Aufnahme in Beratung / Wohnbetreuung fällt eindeutig aus. Der Verlust einer eigenen Wohnung ist die zentrale Ursache der aktuellen Nutzung von Wohnungslosenhilfeangeboten. Das ist bei mehr als 90 Prozent der KlientInnen aus ambulanter Beratung bzw. aus Nächtigungsangeboten und Notschlafstellen der Fall.

Bei den KlientInnen aus betreuten Wohnformen findet sich abweichend dazu ein großer Anteil von Personen (35 Prozent), die vor der Aufnahme bereits eine andere betreute Wohnform in Anspruch genommen haben. Zwei Prozent der KlientInnen von ambulanten Hilfen waren vor Beginn der Beratung in einer betreuten Wohnform erfasst. 10 Prozent der KlientInnen, insbesondere der betreuten Wohnformen, standen vor dem Einzug in die Einrichtung in einer stationären Betreuung durch eine sozialmedizinische / psychiatrische Einrichtung. Haftentlassung stellt bei sechs Prozent der KlientInnen den Hintergrund für die Aufnahme in eine betreute Wohnform dar.

⁹² Für die Verteilung wurden nur jene Personen eingerechnet, über die differenzierte Angaben vorlagen. Die Kategorie „k.A.“ wurde für diese Visualisierung ausgeklammert.

8. Zusammenfassung der qualitativen Workshops⁹³:

8.1. Kommunale Modelle der Wohnungslosenhilfe (Wien, Linz und Innsbruck im Vergleich)

Die Geschichte der WLH in Österreich ist allem voran geprägt von Entwicklungen der Sozialen Dienste in den größeren Städten. Hier sind nicht nur die ersten Einrichtungen entstanden, die auf die Hilfestellung für wohnungslosen Menschen und Familien ausgerichtet waren. Von diesen Einrichtungen sind auch die ersten Impulse für Spezialisierung, Professionalisierung sowie zielgruppenspezifische Angebotsdifferenzierung ausgegangen. In diesem Sinne ist die österreichische WLH wesentlich durch ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle zu charakterisieren, das sich in wesentlichen Zügen nach wie erhalten hat.

Diese Entwicklung ist nun sicherlich nicht nur in der Hinsicht problematisch, als sich daraus eine deutliche Unterversorgung der ländlichen Regionen ergeben hat. Zugleich sind die Einrichtungen in den Städten ja auch mit dem Phänomen des Problemtransfers konfrontiert. Wohnungslose Menschen ziehen demnach nicht nur die Anonymität der Städte der sozialen Kontrollen im ruralen Kontext vor sondern suchen darüber hinaus natürlich bevorzugt dort Hilfe, wo es entsprechende Angebote gibt. Diesem Zusammenhang und den dadurch beeinflussten Perspektiven der Weiterentwicklung von Angeboten sollte aus der Sicht von VertreterInnen der kommunalen WLH-Modelle nachgegangen werden.

8.1.1. Wien

Inzwischen ist der Wohnungslosenhilfe-Entwicklungsplan, bekannt unter dem Namen „Wiener Stufenplan“, bereits seit etwa 20 Jahren in Kraft. In dieser Zeit konnte ein weitgehender Ausbau der Wohnungslosenhilfe-Kette umgesetzt werden.

Besonderheiten des aktuellen Entwicklungsstandes sind:

- + Standards sind inzwischen gut entwickelt und bereichs- und trägerübergreifend aufeinander abgestimmt
- + weitgehende Differenzierung der Angebote nach Zielgruppen und / oder Problemschwerpunkten
- + Hohe Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bereichen
- + Delogierungsprävention ist weitgehend flächendeckend umgesetzt

⁹³ Die in diesem Kapitel dargelegten Ergebnisse sind die sinngemäßen Wiedergaben der Aussagen von Workshop-TeilnehmerInnen. Die Protokolle wurden den TeilnehmerInnen zugeschickt und von diesen nach Einarbeitung von Korrekturvorschlägen freigegeben.

- + Rehabilitation ist auf hohem Niveau realisiert. Das gilt sowohl in Richtung Gemeinwohnungsmarkt und die Integration ehemals wohnungsloser Personen / Haushalte in selbständige Wohn- und Lebensformen als auch in Richtung Dauerwohnformen für ältere Wohnungslose (sofern Reintegrationsperspektiven und/oder eigene Bereitschaft zur Veränderung der Lebensgewohnheiten fehlen)
- Nach wie vor aber gibt es keine WLH-Angebote im umliegenden Ballungsraum / Einzugsbereich (bis ins Burgenland) und damit
 - keine adäquaten Maßnahmen und Vorsorgen zur Steuerung des Problemtransfers aus dem Umland in die Stadt Wien.

8.1.2. Linz

Während die Situation in Linz noch bis vor etwa fünf Jahren wesentlich durch ein deutliches Übergewicht der existenzsichernden Überlebenshilfen (Notschlafstellen, Teeküchen, Übergangwohnheime) bei gleichzeitig weitgehendem Fehlen von präventiven und rehabilitativen Angeboten charakterisiert werden konnte, hat mittlerweile eine umfassende Neuausrichtung und vor allem bereichsübergreifende Standardabstimmung Platz gegriffen.

Die Situation in Linz kann so charakterisiert werden:

- + WLH-Kette ist geschlossen und zu großen Teilen realisiert, Delogierungsprävention und Rehabilitation sind mittlerweile auf einem hohen Stand ausgebaut
- + durchgängig hohe professionelle Standards in allen Teilen der WLH-Kette
- + zielgruppen- und themenspezifische Spezifizierung (insbesondere für Jugendliche, junge Erwachsene und Frauen in Wohnungsnot) ist weitgehend umgesetzt
- + Regionalisierung der WLH-Angebote hat begonnen, aber
- noch gibt es mit Ausnahme der Delogierungsprävention keine WLH-spezifische Infrastruktur in den Umlandgemeinden, damit erscheinen die Vorsorgen für die Steuerung des Problemtransfers aus dem näheren Einzugsbereich in die Landeshauptstadt eher unzureichend.

-

8.1.3. Innsbruck

Die WLH in Innsbruck hat eine lange Geschichte, die insbesondere in einzelnen Bereichen der WLH-Kette zu ausdifferenzierten Modellen und gut entwickelten Standards geführt hat. Gleichzeitig haben sich einzelne Großinstitutionen mit den bekannten Nachteilen von Hospitalisierung und strukturellen Hürden der Ablöse erhalten bzw. neu etabliert,

so dass unterm Strich festgestellt werden muss: In Innsbruck gibt es keine ausgebaute WLH-Kette, insbesondere sind die Standards der Einrichtungen unterschiedlicher Träger nicht aufeinander abgestimmt; einzelne Teilbereiche zur Versorgung und Reintegration von wohnungslosen Menschen fehlen teilweise bzw. zur Gänze, wodurch die Wirkung der WLH belastet wird. Im Einzelnen sieht es so aus:

- + WLH-Kette im Kleinen ist im Rahmen der Angebote einzelner Träger annähernd realisiert. Es fehlt jedoch für den Bereich Rehabilitation an Ressourcen im Zugang zu städtischen Wohnungen; zudem ist Innsbruck/Tirol mit einem vollkommen überbewerteten privaten Mietwohnungsmarkt konfrontiert
- + zielgruppen- und themenspezifische Differenzierung ist teilweise (insbesondere für Frauen und Jugendliche in Wohnungsnot) realisiert und zum Teil auf hohem Niveau etabliert
- + in trägerübergreifender Kooperation und enger Abstimmung mit der Sozialverwaltung des Landes Tirol konnte ein abgestimmtes Set an professionellen Standards für den Bereich des ambulant betreuten Wohnens entwickelt und in der Praxis implementiert werden
- Delogierungsprävention – mit eingeschränkter Reichweite, nicht bedarfs- und flächendeckend
- großer Einzugsbereich der WLH im Ballungsraum Innsbruck – keine WLH-spezifischen Angebote in den weiteren Bezirken von Tirol; Ausnahme: Schwaz
- Vorsorgen für die Steuerung des Problemtransfers aus den infrastrukturschwachen Gebieten in die Kernstadt fehlen zur Gänze
- Als Tiroler Besonderheit ist hier noch auf die große Bedeutung der saisonalen Arbeits- und Wohnungslosigkeit hinzuweisen. In den Zwischensaisonen im Frühjahr und im Herbst müssen viele SaisonarbeiterInnen ihre Firmenquartiere verlassen, ohne dass sie sich zwischenzeitig ausreichend finanziell absichern konnten, um die Zeit der saisonalen Arbeitslosigkeit überbrücken zu können. Entsprechende Vorsorgen fehlen ebenso zur Gänze.

8.2. Regionalisierung (Niederösterreich, Oberösterreich und Vorarlberg im Vergleich)

Die WLH in Österreich ist nach wie vor wesentlich davon geprägt, dass die Entwicklung professioneller Hilfeangebote überwiegend auf die größeren Städte konzentriert blieb. Demgegenüber war über viele Jahre hinweg ein großer Nachholbedarf hinsichtlich professioneller Vorsorgen in den ländlichen Regionen festzustellen. Erst vereinzelt bemühen

sich die Sozialplanungsabteilungen der Bundesländer darum, die Hilfsstrukturen für von Wohnungslosigkeit Bedrohte bzw. Betroffene zu regionalisieren und die Versorgungssicherheit für die BewohnerInnen der ländlichen Gemeinden zu verbessern.

Das betrifft insbesondere Angebote zur Delogierungsprävention sowie neuerdings auch des betreuten Wohnens, wie sie aktuell in den Bundesländern Oberösterreich, Niederösterreich und Vorarlberg entwickelt und dezentral im Regelbetrieb umgesetzt werden.

8.2.1. Niederösterreich

Aus der Sicht von MitarbeiterInnen der WLH lässt sich argumentieren, dass es kein landesweit einheitliches System gibt; während die WLH in einigen Städten (St. Pölten, Krems etc.) gut ausdifferenziert ist, beschränkt sich das WLH-Angebot in anderen Regionen (z.B. Waldviertel) auf wenige professionelle Vorsorgen. Im Jahr 2007 wurde mit der Einführung einer flächendeckenden Delogierungsprävention, die im Auftrag der niederösterreichischen Landesregierung von privaten WLH-Trägern gewährleistet wird, ein wichtiger Schritt zur gezielten Regionalisierung der WLH gesetzt. Qualitativ hochwertigen Wohnraum für KlientInnen zu finden, fällt in Niederösterreich nach wie vor schwer. So ist nach Meinung der WLH-MitarbeiterInnen der private Wohnungsmarkt für die KlientInnen der WLH kaum erreichbar.

Bei den Wohnungen in der Verwaltung der Wohnungsgenossenschaften sind hohe Finanzierungsbeiträge zu entrichten. Hier besteht jedoch inzwischen die Möglichkeit, diese Eigenleistungen zu reduzieren, wenn die WLH-Einrichtungen im Gegenzug eine längerfristige Nachbetreuungszusicherung von mindestens einem Jahr eingehen. In Niederösterreich haben die Genossenschaften großes Interesse an regionalen Angeboten. Im Gegensatz dazu äußern einige wenige BürgermeisterInnen Ängste darüber, welche Leute in die Gemeinden ziehen könnten. Bemerkenswert wird von MitarbeiterInnen der WLH, dass in ländlichen Regionen ungenutzte Wohnraumangebote bestehen, da viele Wohnungslose lieber in die Ballungszentren wollen (Soziales Netz, Beschäftigungsmöglichkeiten ...), wo im Gegenzug zu wenige Plätze und Wohnungen vorhanden sind. Das Land Niederösterreich hat im Jahr 2008 einen Bedarf- und Entwicklungsplan im Bereich der Wohnungslosenhilfe in Auftrag gegeben. Erst nach Vorliegen der Ergebnisse dieses Bedarfsplans können nähere Aussagen zu den künftigen Versorgungsangeboten gemacht werden.

8.2.2. Oberösterreich

Die WLH in Oberösterreich ist, nachdem es bis vor wenigen Jahren noch ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle gab, inzwischen flächendeckend ausgebaut und sehr ausdiffe-

renziert. Die Angebotskonzentration auf die Landeshauptstadt Linz wurde zuletzt durch den Ausbau der bezirklichen Angebote tendenziell abgebaut. Inzwischen gibt es auch in Oberösterreich ein flächendeckendes Angebot der Delogierungsprävention, jeweils realisiert von privaten WLH-Einrichtungen. Zudem wird aktuell ein Reservoir an preisgünstigen Wohnungen für die Vermittlung an KlientInnen der WLH aufgebaut. Damit entsteht absehbar auch ein spezifisches Angebot des Betreuten Wohnens für die BewohnerInnen in ländlichen Bezirken. Ziel ist es, dass die Leute dort bleiben können, wo sie leben und nicht wegen der Wohnungslosigkeit bzw. der WLH nach Linz ziehen zu müssen. Diesbezüglich stellt sich auf Perspektive die Frage, was die Menschen dazu benötigen.

In Oberösterreich bestehen sechs Planungsräume, wovon drei Planungsräume – Linz, Wels und Steyr – Ballungsräume darstellen, die mit unterschiedlichen WLH-Einrichtungen (NOST, mobile Wohnbetreuung, Sozialberatungsstellen) versorgt sind. Auch in Vöcklabruck im Planungsraum Traunviertel Salzkammergut ist eine Versorgung gegeben.

Demgegenüber weisen die beiden anderen Planungsregionen Innviertel und Mühlviertel eher ländlichen Charakter auf und verfügen über keinen städtischen Ballungsraum. Das Mühlviertel orientiert sich eher an der Landeshauptstadt Linz.

8.2.3. Vorarlberg

Die WLH in Vorarlberg hat eine lange Tradition der Professionalisierung und kleinräumigen Differenzierung. Damit ist die Versorgung wohnungsloser KlientInnen zumindest in zwei Bezirken (Raum Bregenz und Feldkirch) gut abgedeckt. Insgesamt gesehen ist die WLH in diesem Bundesland durch einen deutlichen Überhang stationärer Versorgungsplätze gekennzeichnet. Weiters sind für Vorarlberg noch erhebliche bezirkliche Schwächen (z.B. Bregenzerwald, Walsertal) festzustellen; in diesen Regionen gibt es eher wenige fachspezifische Hilfestrukturen und –vorsorgen.

Seit einigen Jahren ist in Vorarlberg ein landesweites Angebot der Delogierungsprävention, unter Einbeziehung der regionalen Beratungsstellen sowie der WLH-Träger und koordiniert durch einen landesweit aktiven Träger von sozialen Diensten, realisiert. Parallel dazu wird seit kurzem in Kooperation zwischen Wohnungswirtschaft und WLH ein Pool an Sozialwohnungen für den Zweck des ambulant betreuten Wohnens aufgebaut. Ein regionaler Rahmenplan für die Wohnungslosenhilfe ist aktuell in Arbeit.

Das Bundesland ist unterteilt in 17 Planungsräume. Die WLH selbst konzentriert sich derzeit auf die drei Ballungsräume (Feldkirch, Bregenz und Dornbirn).

Die aktuell angestrebte Regionalisierung der WLH zielt jedoch nicht darauf ab, dass in jedem Tal die Errichtung von spezifischen WLH-Einrichtungen angestrebt wird. Es soll jedoch Vorsorgen dafür geben, dass Hilfesuchende z.B. im Falle einer drohenden Delogierung, einen Zugang zu professioneller Beratung und Hilfestellung finden können.

Zentrales Augenmerk wird derzeit auf den integrativen, sozialen genossenschaftlichen Wohnbau gelegt, der zunehmend auch in den Talschaften stattfinden soll. Längerfristig wird angestrebt, pro Gemeinde mindestens 15 Wohneinheiten für die Vergabe über das Land zur Verfügung gestellt zu bekommen. Aktuell dürfen in Vorarlberg nur die Gemeinden Wohnungen vergeben. Von der Landesverwaltung wird aktuell insofern eine Änderung dieser Vergabep Praxis angestrebt, dass ein Anteil an genossenschaftlichen-kommunalen Wohnungen eingerichtet werden soll, der unabhängig von den Vergabekriterien und der örtlichen Verteilungspraxis für die Wohnversorgung von Personen / Familien in Wohnungsnot vergeben werden kann.

8.2.4. Diskussion

In der vergleichenden Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen wurde insbesondere darauf eingegangen, dass die Streuung der Angebote bzw. die Realisierung flächendeckender Angebote Ziel der Regionalisierung sein muss und dass es dazu einer generellen Bereitschaft (seitens der Länder) bedarf, dafür (finanzielle) Ressourcen bereit zu stellen. Die Regionalisierung der WLH soll demnach einen Problemtransfer von den ländlichen Regionen in die Ballungsräume verhindern bzw. diesem entgegenwirken.

Unter anderem wurde auch die Frage aufgeworfen, welche Arten von Angeboten gestreut werden können. So sollten Angebote zur Delogierungsprävention – zur Vermeidung von Entwurzelung – unbedingt flächendeckend vorhanden sein, wohingegen stationäre Betreuungsangebote eher nicht dafür in Frage kommen; zumal die Gefahr einer möglichen Ghettobildung in kleineren Gemeinden zu kontraproduktivem Widerstand führen könnte und die angestrebte Integration tendenziell verhindert wäre.

Diskutiert wurde auch über die Definition von „Stadt“ in Abgrenzung zu „Land“. Insbesondere wurde dabei auf die Tatsache verwiesen, dass z.B. in der engeren Umgebung von Linz einige größere Städte angesiedelt sind, ohne dass diese aber zentralräumliche Funktionen bzw. Infrastrukturen aufweisen. Deutlich wurde dabei, dass nicht die Größe der Siedlung für eine Unterscheidung herangezogen werden kann, zumal an diesem Beispiel deutlich gemacht werden kann, dass in Hinblick auf Regionalisierung gerade auch diese Gemeinden einen Nachholbedarf haben.

8.3. Standardentwicklung in der Wohnungslosenhilfe

Die Bundesländer Kärnten und Steiermark wurden als Beispiele dafür ausgewählt, dass es in diesen Bundesländern einerseits keine landesweiten Vorsorgen für eine abgestimmte und angeleitete Standardentwicklung gibt. Andererseits können in beiden Bundesländern einzelne Träger und Einrichtungen auf erfolgreiches Bemühen um die Realisierung modellhafter Standards hinsichtlich Betreuungsvorsorgen sowie baulich/technischer Ausstattung ihrer Angebote zurückblicken.

8.3.1. Steiermark

Im Rückblick stellen die TeilnehmerInnen aus der Steiermark fest, dass bis etwa 2003 in der Entwicklung der WLH relativ viel möglich war. Demnach konnten sie in dieser Zeit auf eine ‚gewisse Bereitschaft‘ aufbauen, in den Ausbau der Angebote und die Weiterentwicklung der Standards in der Betreuungs- / Versorgungsqualität zu investieren. Seither ist ihrer Erfahrung nach die Angebotsentwicklung nur mit erheblichen Anstrengungen möglich, abgesehen von der aktuellen Ausnahme des Auf- und Ausbaus der Delogierungsprävention. Insgesamt aber sind seit etwa 2003 die Förderungen für die Angebote der WLH zurückgegangen. Für die Caritas hat das bedeutet, dass mehr denn je Spendenmittel für den WLH-Bereich eingesetzt werden müssen. Aktuell beläuft sich der Anteil der Spendenmittel am Jahresbudget der WLH-Einrichtungen der Caritas auf 20 Prozent.

Das steirische Modell der betreuten Übergangswohnungen zeichnet sich durch ähnliche Ausgangsbedingungen aus wie das Betreute Wohnen von AWOL. Auch hier sind Verträge mit dem Justizministerium über die Aufnahme von Haftentlassenen sowie Kooperationsmodelle mit der psychiatrischen Versorgung und der Jugendwohlfahrt in Kraft, die letztlich aber nur die administrative Abwicklung des Finanzierungsbeitrags regeln, jedoch keine inhaltlichen Vorgaben bieten.

Im Unterschied zu AWOL zeichnet sich das Übergangswohnen der Wohnplattform jedoch durch eine kooperative Grundstruktur aus. Demnach übernimmt die Wohnplattform die Bereitstellung von Wohnraum sowie Koordinations-, Instandhaltungs- und Sanierungsaufgaben, die Betreuungsleistungen müssen jedoch von den kooperierenden Vereinen und Einrichtungen aus unterschiedlichen Segmenten des Hilfesystems abdeckt werden. Grundlage für diese kooperative Grundstruktur ist ein Qualitätspapier, das die Konditionen und die wechselseitigen Aufgaben und Verpflichtungen regelt.

Als problematisch wird die aktuelle Finanzierungsstruktur bewertet, die letztlich nicht leistungsbezogen, sondern als jährliche Subvention geregelt ist. Damit ist keine längerfristige Finanz- bzw. Planungssicherheit gegeben.

Die Angebote der Delogierungsprävention im Bundesland Steiermark (WOG) konnten im Jahr 2005 aufgebaut werden und sind mittlerweile in ganz Steiermark realisiert; tatsächlich ist jedoch festzustellen, dass nach wie vor in Graz die meisten Beratungsfälle zu verzeichnen sind. Bereits im Jahr 2006 wurden die ersten WiederkehrerInnen in eine neuerliche Beratung aufgenommen; die Rate des Wiederanfalls von Problemen mit dem bestehenden Wohnverhältnis ist im Jahr 2007 weiter angestiegen. Überwiegend handelt es sich bei den anstehenden Beratungsfällen um gerichtliche Kündigungen aufgrund von Mietschulden; demgegenüber sind Delogierungsverfahren wegen unleidlichem Verhalten eher die Ausnahme.

Reichweite des Beratungsangebots: Der Schwerpunkt auf die Landeshauptstadt Graz wird wesentlich mit der Tatsache erklärt, dass hier die Beratungsangebote leichter zu erreichen sind, während es in den ländlichen Bezirken eher aufwändig ist, die Beratungsangebote für die betroffenen Familien und Haushalte zugänglich / erreichbar zu machen. Kooperation mit der Wohnungswirtschaft: Konkret wird beobachtet, dass die GWB kein Interesse an Delogierungen haben. Bereitwillig sind diese bisher auf das Ersuchen eingestiegen, säumige MieterInnen über die entsprechenden Beratungs- und Interventionsangebote der WOG zu informieren. Seither werden den MieterInnen zugleich mit den Mahn- oder Kündigungsschreiben auch Informationen über die Beratungsangebote übermittelt.

Auf Perspektive wird angestrebt, die Reichweite der Beratungsangebote in den ländlichen Bezirken zu verbessern und entsprechende Kontakte vor Ort aufzubauen, die eine regionale / örtliche Präsenz gewährleisten können.

Die Wohnungslosenhilfe im Rahmen der Caritas Steiermark hat ein verzweigtes Netz von aufbauend gestalteten und zielgruppenspezifisch differenzierten Angeboten für wohnungslose Menschen entwickelt, das weitgehend dem idealtypischen Bild der WLH-Kette entspricht. In den letzten Jahren wurden die Konzepte durchgängig überarbeitet; Ziel war die zielgruppen- und bedarfsspezifische Differenzierung der Angebote. Inzwischen sind die Standards in den einzelnen Schienen weitgehend aufeinander abgestimmt, die Zielgruppen im Detail definiert und die Angebote weiterentwickelt.

Ziel der Standardentwicklung ist die Sicherstellung der Durchlässigkeit der einzelnen Angebotsebenen, laufende Ergebnissicherung soll die Übergänge zwischen den Stufen gewährleisten (von den anforderungsarmen Eingangsstufen NOST und Beratung – hin zu

den betreuten Wohnformen); Betreuungsvereinbarungen werden mit den KlientInnen erarbeitet und verbindlich vereinbart. Der Ausgang aus der Wohnungslosigkeit, Rehabilitation, und die Realisierung selbständiger Wohn- und Lebensformen ist das gemeinsam formulierte Ziel für die Betreuung durch die Wohnungslosenhilfe.

Die Angebotsentwicklung in der WLH beruht auf dem in der Praxis der WLH erlebten Bedarf und fokussiert weitgehend auf die engeren Wirkungsräume der bestehenden Einrichtungen. Das heißt: Entwicklung von neuen Modellen und Angeboten findet jeweils dort statt, wo es bereits Einrichtungen und Angebote gibt. Das Gefälle wird tendenziell größer. Das ist Ausdruck dafür, dass in den Einrichtungen versucht wird, sich so weit wie eben möglich respektive soweit die vorhandenen Ressourcen es zulassen um Bedarfs- und KlientInnenorientierung zu bemühen. Standardentwicklung, unter weitgehender Beteiligung der KlientInnen, obliegt in diesem Sinne (bisher) ausschließlich der Initiative der Einrichtungen und beschränkt sich deshalb auch weitestgehend auf den jeweiligen institutionellen Wirkungsbereich

8.3.2. Kärnten

Die Angebotsentwicklung für wohnungslose Menschen und Haushalte obliegt im Bundesland Kärnten aktuell zur Gänze den Trägern und WLH-Einrichtungen. Auf der politischen und administrativen Ebene in Kärnten gibt es für den Bereich der WLH keine Vorgaben für eine planmäßige Entwicklung sowie trägerübergreifende Abstimmung. Das betrifft etwa: Vorgaben über Standards, einen inhaltlich / strategischen Diskurs zur Standardentwicklung und systematische inhaltliche Kontrolle der Zielerreichung.

Grundlagen für die Standardentwicklung in den Einrichtungen von AWOL sind:

- Bei Haftentlassenen: Verträge mit dem BMJ über die Wohnbetreuung für Haftentlassene; diese beinhalte aber keine inhaltlichen Vorgaben, sondern regeln lediglich die Kooperation im Einzelfall; letztlich stehen auch bei den jährlichen Vertragsverhandlungen keinerlei inhaltlich/strategische Fragen zur Diskussion
- Bei Arbeitslosen: Die Verträge mit dem AMS Kärnten sehen von inhaltlichen Vorgaben ab; am ehesten geht es noch bei der Abrechnung ins Detail. Diese beschränkt sich jedoch weitestgehend darauf, die ‚Köpfe zu zählen‘, d.h. die abrechenbaren Leistungseinheiten abzustimmen. Eine Änderung dieser Vertragspraxis ist im Rahmen einer Richtlinienänderung im Bereich der Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für das kommende Jahr geplant.
- Verträge mit den Kommunen regeln den finanziellen Rahmen, in welchem Leistungen zu erbringen sind und abgerechnet werden können; hier gibt es administ-

rative Auflagen über die Abrechnungsmodalitäten, jedoch auch hier keinerlei inhaltlichen Vorgaben

- Subventionsverträge mit dem Land Kärnten beziehen sich auf die Gesamtkosten – abzüglich der lukrierten Einnahmen; in Hinblick auf die Art der Leistungen gibt es oft weder ein entsprechendes Controlling noch Vorgaben inhaltlicher Art

Inhalte und Standards beruhen somit wesentlich auf dem Eigeninteresse und dem Bemühen um Professionalität der WLH-Einrichtungen sowie dem internen Diskussions- und Entwicklungsprozess. AWOL zum Beispiel beruft sich dabei im Wesentlichen auf das Grundsatz-Papier der BAWO als Anleitung und Richtlinie für Diskussion und Standardentwicklung. Aktuell gelten für AWOL folgende zentralen Voraussetzungen:

- Freiwilligkeit – in erster Linie zählen die KlientInnen und deren Bedarf
- Komm-Struktur – Voraussetzung für Leistungen und Angebote von AWOL ist die Motivation und Bereitschaft der KlientInnen zur Mitarbeit
- Zielorientierung – alle AWOL-Angebote sind dem Ziel verpflichtet, selbständiges Wohnen und Leben zu realisieren. Dieses Ziel soll in der Regel innerhalb einer einjährigen Betreuung erreicht werden; nach einem Jahr wird die Zielerreichung im Einzelfall überprüft; bei Bedarf kann dann die Betreuung verlängert werden
- Aufbauender Ablauf der Betreuungsangebote
- Clearing, Feststellung von Bedarf und Dringlichkeit; Abklärung von alternativen Übergangslösungen zur Überbrückung der durchschnittlichen Wartezeit von bis zu 4 Monaten, bis jemand in eine Wohnbetreuung aufgenommen werden kann
- Nach Möglichkeit wird deshalb danach getrachtet, dass Personen, die sich für eine Wohnbetreuung bei AWOL anmelden bzw. von einer kooperierenden Stelle vermittelt werden, noch in einer externen Stelle weiter betreut werden können – als Puffer, bis die AWOL-Betreuung greifen kann
- Voraussetzung für die Aufnahme ist die weitgehende Selbständigkeit, weil die Wohnbetreuung keine Vollversorgung vorsieht sondern wesentlich als Teilbetreuung angelegt ist
- Ausgeschlossen aus der Wohnbetreuung werden Personen, die akut suchtkrank (Alkohol sowie Drogen) sind, weil es dafür andere Betreuungsvorsorgen und Strukturen benötigt, die aber im Rahmen des ambulant betreuten Wohnens nicht gewährleistet werden können

- Beratungsangebote etc. stehen jedoch allen Hilfesuchenden offen, z.B. zur Abklärung einer Vermittlung in Therapie, Entwöhnung etc.
- Grundlage der Wohnbetreuung ist eine Betreuungsvereinbarung, die mit den KlientInnen abgeschlossen wird, und in der Betreuungsschwerpunkte und -ziele wie Schuldenregulierung etc. formuliert werden
- Die Betreuung erfolgt kontinuierlich und sieht mindestens zwei Betreuungskontakte pro Monat vor – einmal zuhause und einmal in der Beratungsstelle
- Kapazität: 45 Wohnplätze in 30 Wohnungen
- Personalressourcen: zwei SozialarbeiterInnen
- Qualitätssicherung: Angebot von Supervision – bei Bedarf; Fortbildung der MitarbeiterInnen ist durch Budget und Zeitfreistellung gewährleistet
- punktuell wird über die Fachhochschule auch eine Begleitforschung durchgeführt; das ist aber nicht struktureller Bestandteil der AWOL-Vorsorgen
- Nachbetreuung – erfolgt im Bedarfsfall; jeweils einzelfallbezogen, ist kein strukturell festgelegter Bestandteil des AWOL-Angebots; zumeist jedoch wird der Nachbetreuungsbedarf in der Form abgedeckt, dass die KlientInnen auch nach Beendigung der Wohnbetreuung von sich aus Kontakt zur Beratungsstelle halten.

Als belastend erweist sich für die Träger der WLH und deren MitarbeiterInnen, dass sie in ihrem Bemühen um Standardentwicklung letztlich auf sich alleine gestellt sind. Austausch und Wissenstransfer zwischen Einrichtungen sowie ein Diskurs über Standards müssen jeweils im Österreich weiten Kontext gesichert werden. Lange Wege behindern jedoch die Entwicklung vor Ort.

Dringend gewünscht wird deshalb, dass Wohnungslosigkeit in Kärnten zum öffentlichen Thema wird; unter anderem weil befürchtet wird, dass fehlender Dialog in letzter Konsequenz zu Betriebsblindheit führt.

Finanztechnische Gründe werden letztlich auch als Grund dafür herangezogen, dass die geplante Weiterentwicklung der Verschränkung der Wohnbetreuungs- und Arbeitsangebote nur äußerst mühsam entwickelt werden kann.

Anhang

Fragebogen

Studie: Wohnungslosigkeit in Österreich

1.1. Raster für die Erhebung der WLH-Einrichtungen / Ressourcen

In der letzten Sitzung des Projektbeirats am 25.2.2008 wurde angeregt, im Sinne einer besseren Auswertbarkeit der Zahlen, Daten und Fakten zur Wohnungslosigkeit in Österreich auch die Ressourcen und Kapazitäten für die Betreuung und Wohnbetreuung von wohnungslosen Menschen sowie für die Abwendung von Delogierungen in den Bundesländern zu erheben und als Vergleichsbasis in den Bericht aufzunehmen.

Dafür wurde das nachstehende Raster entwickelt, der so wie die Erhebung des Ausmaßes der Wohnungslosigkeit in die drei Kategorien stationäre und ambulante WLH sowie Delogierungsprävention untergliedert ist.

Damit eine Einarbeitung der Ergebnisse in den Schlussbericht möglich wird, ersuchen wir um rasche Erledigung und bitten um Ihre Antwort bis zum 25.4.2008.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung

für das Projektteam: Heinz Schoibl

STATIONÄRE WOHNUNGSLOSENHILFE

Art der Einrichtung	Anzahl der Einrichtungen	Anzahl der Wohnplätze	Anzahl der Notbetten	Personal ¹	
				Betreuung	Weiteres
betreute Übergangwohnheime			 PP PP
betreute Wohngemeinschaften			 PP PP
betreute Wohnheime			 PP PP
Betreuung in Wohnungen der WLH-Einrichtungen / Wohnbetreuungsvertrag			 PP PP
Herbergen / Asyle ohne Sozialarbeit			 PP PP

AMBULANTE WOHNUNGSLOSENHILFE

Art der Einrichtung	Anzahl der Einrichtungen	Anzahl der verfügbaren Wohnplätze	Personal ²		
			Beratung	Betreuung	Weiteres
Beratungsstellen		 PP PP PP
ambulante Betreuung in Wohnungen, die von KlientInnen angemietet sind		 PP PP PP
NächtigerInnenangebote – Notschlafstellen		 PP PP PP
Tagesstrukturangebote		 PP PP PP

DELOGIERUNGSPRÄVENTION

Art der Einrichtung	Anzahl der Einrichtungen	Personal ³		
		Beratung	Betreuung	Weiteres
Beratungsstellen	 PP PP PP

¹ Anzahl der Planposten in Vollzeitäquivalenten; z.B. 1 Vollanstellung = 1 PP; 2 Halbtagsstellen = 1 PP; 2 x 30 Wochenstunden = 1,5 PP

² Anzahl der Planposten in Vollzeitäquivalenten; z.B. 1 Vollanstellung = 1 PP; 2 Halbtagsstellen = 1 PP; 2 x 30 Wochenstunden = 1,5 PP etc.

³ Anzahl der Planposten in Vollzeitäquivalenten; z.B. 1 Vollanstellung = 1 PP; 2 Halbtagsstellen = 1 PP; 2 x 30 Wochenstunden = 1,5 PP etc.

Literaturverzeichnis und Materialien

- AÖF, Jahresbericht der autonomen Frauenhäuser in Österreich, 2006
BAWO, Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Österreich, Wien 1998
BAWO, Grundsatzprogramm, Innsbruck 1998
Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007, Wien 2009
Bundesministerium für Inneres, Sicherheitsbericht 2006, Wien 2008
Bundesministerium für Gesundheit, Psychiatriebericht 2001 und 2004
Bundesministerium für Justiz, Zahlen und Daten zu Räumungsklagen und Exekutionen, Bundesrechenzentrum, Mitteilung vom 4.5.2009
Caritas Innsbruck, Wohnungslosenerhebung 10/07; Innsbruck 2008
Bernhard Eisl, Armutsgefährdung nach der Haft, Salzburg 2001
Gerhard Eitel / Heinz Schoibl (BAWO Hrsg.), Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich, Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Familien und Jugendlichen, Wien 1999
FEANTSA, ETHOS 2006, Brüssel 2006
Fonds Soziales Wien / FSW, Wiener Wohnungslosenhilfe 2005, Bericht über die soziale Situation von wohnungslosen Menschen in Wien und die Auswirkungen der geleisteten Hilfsmaßnahmen; Wien 2007; Download unter: www.wohnen.fsw.at
Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg, Wohnungslosenerhebung 10/07, Salzburg 2008
Landesregierung Burgenland, Sozialbericht 2005/2006
Landesregierung Niederösterreich, NÖ Sozialbericht, Mai 2007
ÖSTAT, Statistische Nachrichten; Heft 8 / 04; Gebäude- und Wohnungszählung 2001: Hauptergebnisse Österreich, Wien 2004, S. 770 – 780
Stadt Innsbruck, Konzept der Stadtgemeinde Innsbruck zur Linderung der Obdachlosenproblematik, Innsbruck 1995
Statistik Austria, Haushalte und Familien, Wien 2005
Statistik Austria, EU-SILC 2006, Lebensbedingungen für Personen in Risikohaushalten (1), Wien 2008
Statistik Austria, Armut und soziale Eingliederung; Wien 2008
(www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung)
Statistisches Jahrbuch Österreichs 2009, Statistik Austria, Wien 2008
WOG – Wohnungssicherung Graz, Evaluation 2008, Graz 2008

Sonstige Quellen

Mietrechtsgesetz 2006 § 1 (2) 1a.

Primärquellen

Fragebogenerhebung

Anfragebeantwortungen

Telefonrecherchen

Qualitative Workshops (Diskussionen und Protokolle)

Verzeichnis der erfassten Einrichtungen nach Bundesländern

	Name der Einrichtung	Beitrag zur	
		Jahresstatistik 06	Stichtag Ende 07
Burgenland			
ambulant	BH Mattersburg	06	12/07
	BH Neusiedl/See	06	12/07
	Frauenberatung Oberpullendorf	06	--
	Frauenberatung Oberwart	06	--
stationär	Frauenhaus Burgenland	06	12/07
	Sozialheim Oberwart	06	12/07
Notschlafstelle	--	--	--
Delogierungsprävention	--	--	--
Kärnten⁹⁴			
ambulant	AWOL – Beratungsstelle	06	12/07
	Caritas – Beratungsstelle	06	12/07
stationär	AWOL – Betreutes Wohnen	06	12/07
Notschlafstelle	Caritas	06	12/07
Delogierungsprävention	--	--	--
Niederösterreich			
Angebotsbereich	Einrichtungen	Jahresdaten 2006	Stichtag Ende 2007
ambulant	Sozialberatungsstellen in den Bezirken	k.A.	k.A.
	Emmaus St.Pölten / Tageszentrum	06	12/07
	SOWO Neunkirchen	06	12/07
	Caritas Wien (Bezirk Hollabrunn)	06	12/07
	Notschlafstellen / Jugendnotschlafstelle der Emmausgemeinschaft	06	12/07
	Emmaus St. Pölten: Sozialberatung	06	12/07
	Caritas St. Pölten	06	k.A.
Delogierungsprävention	Caritas Wien	06	12/07
	Caritas St. Pölten	k.A.	12/07
	BEWOK Krems	k.A.	12/07
	Verein Betreuung Orientierung	k.A.	12/07
	Verein Wohnen	k.A.	12/07
stationär	Verein Möwe Tulln	k.A.	k.A.
	SOWO Neunkirchen	k.A.	k.A.
	Caritas Wien – ÜWH Hollabrunn	k.A.	K.A.

⁹⁴ Nachdem das Amt der Kärntner Landesregierung keine Daten zur Wohnungslosigkeit übermittelt hat, wurden die WLH-Einrichtungen von AWOL und Caritas vom Projektteam um Mitwirkung gebeten. Sie haben daraufhin differenzierte Rückmeldungen zur Jahresstatistik 06 sowie eine Stichtagserhebung Winter 2006/07 vorgelegt.

	Name der Einrichtung	Beitrag zur	
		Jahresstatistik 06	Stichtag Ende 07
	Mutter-Kind-Heim St. Pölten	06	12/07
	Übergangswohnheim Krems	06	12/07
	Wohnheime der Emmausgemeinschaft	06	12/07
	Verein Betreuung Orientierung	06	12/07
	Verein Wohnen NÖ	06	12/07
	Wohnheim Menschen in Not	06	12/07
	Wohnheim Winden	06	12/07
Oberösterreich			
stationär – WLH			
	Wohnheim – 1 Einrichtung	06	12/07
	Übergangswohnen – 3 Einrichtungen	06	12/07
	Mobile Wohnbetreuung – 5 Träger	06	12/07
stationär – wlh-nahe Angebote			12/07
	ALOA		12/07
	PSW / B37		12/07
	begleitetes Übergangswohnen in Wohnplattform-Wohnungen		12/07
Notschlafstelle – WLH			12/07
	Notschlafstellen – 4 Einrichtungen	06	12/07
Notschlafstelle – wlh-nahe Einrichtungen			12/07
	Jugend-NOST – UFO	06	12/07
ambulant			12/07
	Tagesstruktur	06	12/07
	1 Beratungsstelle	k.A.	12/07
	Streetwork, Angebot eines Trägers	06	12/07
	Tageszentrum	06	12/07
Delogierungsprävention			12/07
	Netzwerk Wohnungssicherung ⁹⁵	07 ⁹⁶	12/07

⁹⁵ Zum Netzwerk Wohnungssicherung gehören neben fünf WLH-Trägern auch Sozialberatungsstellen und Gemeinden

⁹⁶ Die Beratungsstellen für Delogierungsprävention in Oberösterreich wurden erst im Verlauf des Jahres 2006 eröffnet; eine einheitliche Dokumentation wurde erst für das Jahr 2007 etabliert, die Daten über das Jahr 2007 wurden nachträglich in aggregierter Form nachgeliefert.

	Name der Einrichtung	Beitrag zur	
		Jahresstatistik 06	Stichtag Ende 07
Salzburg			
ambulant	SAG – Beratungsstelle	06	12/07 ⁹⁷
	Caritas	06	12/07
	Frauentreffpunkt	06	12/07
	BIVAK – Beratungsstelle und Tagesstruktur für Jugendliche	--	12/07
Notschlafstelle	Caritas	06	12/07
	Exit 7 – Jugend-NOST	06	12/07
	SAG – Pension Torwirt	06	12/07
Stationär	SAG – Betreutes Wohnen	06	12/07
	SAG – Langzeitwohnen	06	12/07
	Caritas – Betreutes Wohnen	06	12/07
Delogierungsprävention	Fachstelle für Gefährdetenhilfe (Salzburg Stadt) Sprechstunden in regionalen Beratungsstellen)	06	12/07
Steiermark⁹⁸			
stationär	Arche 38	06	k.A.
	Frauenwohnheim Graz	06	k.A.
	Männerwohnheim Graz	06	k.A.
	Schlupfhaus – betr. Wohnen	06	k.A.
	Wohnplattform	06	k.A.
	Ressidorf	06	k.A.
ambulant	Marienambulanz	06	k.A.
	Caritas Team ON	06	k.A.
Notschlafstelle	Arche 38	06	k.A.
	Haus Elisabeth	06	k.A.
Delogierungsprävention	Caritas – Wohnungssicherung	06	k.A.

⁹⁷ Im Rahmen der Wohnungslosenerhebung im Oktober 2007 haben sich neben den WLH-Einrichtungen noch weitere Wlh-nahe Einrichtungen beteiligt: Sachwalterschaft, Haftentlassenenhilfe, sozialer Dienst in den Krankenanstalten sowie in der Justizanstalt; weiters haben daran noch Beratungsstellen für Jugendliche, Frauen, MigrantInnen sowie Arbeitsprojekte Daten zur Wohnungslosigkeit ihrer KlientInnen mitgeteilt.

⁹⁸ Nachdem vom Amt der Steirischen Landesregierung nur unsystematisch aufbereitete Daten übermittelt wurden, wurde ersatzweise versucht, aus dem Jahresbericht 2006 der bekannten WLH-Einrichtungen Daten für diese Erhebung zu generieren. Zur Stichtagserhebung gibt es aus der Steiermark keine Daten.

	Name der Einrichtung	Beitrag zur	
		Jahresstatistik 06	Stichtag Ende 07
Tirol⁹⁹			
ambulant	DOWAS – Beratungsstelle	06	12/07
	DOWAS – Chill out – Anlaufstelle und Beratung	06	12/07
	Frauen DOWAS – Beratungsstelle	06	12/07
	Teestube Schwaz – Beratungsstelle und Tageszentrum	06	12/07
	Streetwork (Verein für Obdachlose)	06	12/07
	Caritas Bahnhofsozialdienst – Beratungsstelle	k.A.	12/07
Stationär	DOWAS – betreutes Wohnen	06	12/07
	DOWAS – Übergangwohnheim	06	12/07
	DOWAS – Chill out	06	12/07
	Frauen DOWAS betreutes Wohnen	06	12/07
	Tiroler Frauenhäuser	k.A.	12/07
	Wohnheime der Stadt Innsbruck	k.A.	12/07
Delogierungsprävention	Beratungsstelle f. Delogierungsprävention der Stadt Innsbruck	k.A.	k.A.
	DOWAS Beratungsstelle	06	12/07
	Frauen DOWAS Beratungsstelle	06	12/07
Vorarlberg¹⁰⁰			
ambulant	Caritas WLH Feldkirch – Beratungsstelle und Teestube	06	7/07
	DOWAS Bregenz – Beratungsstelle und Tageszentrum	06	7/07
Stationär	Betreute Wohnformen – DOWAS Bregenz	06	7/07
	Betreutes Wohnen – Caritas WLH	06	7/07
	Kolpinghaus Götzis	06	7/07
	Kolpinghaus Bregenz	06	7/07
	Krisenwohnungen für Frauen	06	7/07
	Haus der jungen Arbeiter – Wohnheim, Frauenwohnheim, Wohngemeinschaften	06	7/07
Notschlafstelle	DOWAS Bregenz	06	7/07

⁹⁹ Für die Angaben zur Stichtagserhebung in Tirol wird hier auf die Daten aus der Wohnungslosenerhebung im Oktober 2007 zurückgegriffen, an der sich viele WLH sowie Wlh-nahe Einrichtungen im Raum Innsbruck beteiligt haben. Ergänzend zu den direkt übermittelten Fragebögen, die über das Amt der Tiroler Landesregierung beigebracht werden konnten, wurden für die Jahresstatistik Daten aus den Jahresberichten unterschiedlicher Träger von WLH-Einrichtungen ausgewertet.

¹⁰⁰ Im Juli 2007 wurde eine breit angelegte Erhebung zur Wohnungslosigkeit im Bundesland Vorarlberg durchgeführt, an der sich neben den WLH-Einrichtungen auch viele Wlh-nahe Beratungs- und Betreuungseinrichtungen aus den Bereichen der Suchthilfe und der psychosozialen Versorgung beteiligten. Diese Daten wurden für die hier verwendete Stichtagserhebung adaptiert und verwendet.

	Name der Einrichtung	Beitrag zur	
		Jahresstatistik 06	Stichtag Ende 07
	Caritas WLH Feldkirch	06	7/07
Delogierungsprävention	IfS: Regionale Beratungsstellen	06	7/07
Wien			
stationär	FSW	06	12/07
	Mutter-Kind-Heime der MA 11	06	12/07
ambulant	WLH ¹⁰¹	06	12/07
	Sucht- und Drogenhilfe	06	12/07
Notschlafstellen	k.A.	06	12/07
Delogierungsprävention	FAWOS, MA 11, MA 40	06	12/07

¹⁰¹ Um Doppelzählungen zu vermeiden, wurden für Wien keine KlientInnendaten zum Leistungsbereich der Notschlafstellen übermittelt. Damit ist keine Unterscheidung zwischen ambulanter Beratung und Nutzung von Notschlafstellen möglich.

Erhebungsraster für WLH- sowie Wlh-nahe Einrichtungen

a) Stationär betreut im Jahr 2006 / Jahresstatistik / Stichtagserhebung

Betreuungsfälle		Erläuterungen zur Kategorie
Anzahl aller alleinstehender KlientInnen		
Davon Frauen		
Männer		
Anzahl aller erfassten Familien		wohnungslose Familien, z.B. AlleinerzieherIn mit Kindern
Davon Frauen		
Männer		
Mitziehende Minderjährige		
Altersstruktur < 18 Jahre		exkl. mitziehende Minderjährige
18 – 29 J.		
30 bis 39 J.		
40 bis 49 J.		
50 bis 59 J.		
60 J. und älter		
Unbekanntes Alter		
Nationalität		
Österreich und gleichgestellte Personen		
EU-Ausland		
Drittstaaten-AusländerInnen		aufrechte Aufenthaltsbewilligung
Drittstaaten-AusländerInnen		ohne eigenständige Aufenthaltsbewilligung (z.B. Frauen nach Trennung)
Drittstaaten-AusländerInnen		keine Aufenthaltsbewilligung (z.B. nach Ablehnung des Asylantrages)
AsylwerberInnen		laufendes Verfahren
Erwerbsstatus / Lebensunterhalt		relevant sind laufende Einkommen, nicht einmalige Zahlungen; zum Zeitpunkt der Aufnahme in die Betreuung
Erwerbstätigkeit		
Arbeitslos, Bezug aus dem ALVG		Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss
Nicht erwerbsfähig, Bezug aus dem ASVG		z.B. Pension, Karenzgeld, Krankengeld etc.
Sozialhilfe		
Wohnbeihilfe		
Unbekannt		
Wohnrechtlicher Status		
Hauptmiete		
Untermiete		
Wohnbetreuungsvertrag		z.B. Kombination von Untermietvertrag mit Betreuungsvereinbarung
Nutzung ohne mietrechtlichen Vertrag		z.B. Beherbergung
Kein eigenständiger Mietvertrag		
Unbekannt		
Status vor der Aufnahme		
Eigene Wohnung verloren		z.B. durch Delogierung, in Folge einer Scheidung/Trennung
Andere Einrichtung des betreuten Wohnens		
Stationärer Aufenthalt / Psychiatrie		

Betreuungsfälle	Erläuterungen zur Kategorie
Haft	
Anderes Bundesland	
unbekannt	
Art der WLH-Einrichtung	
Wohnheime, unbefristete Unterbringung	
Übergangswohnheime, befristete Unterkunft	
Langzeitwohnen, für ältere KlientInnen der WLH	
Betreute Wohngemeinschaften	
Betreuung in Einzelwohnungen, von Träger angemietet, befristete Nutzung	
Wohnbetreuung in Einzelwohnungen; die KlientInnen haben einen eigenständigen Mietvertrag	

b) Ambulant betreut im Jahr 2006 / am Stichtag Ende 07

Betreuungsfälle	Erläuterungen zur Kategorie
Anzahl aller alleinstehender KlientInnen	
Davon Frauen	
Männer	
Anzahl aller erfassten Familien	wohnungslose Familien, z.B. AlleinerzieherIn mit Kindern
Davon Frauen	
Männer	
Mitziehende Minderjährige	
Altersstruktur < 18 Jahre	exkl. mitziehende Minderjährige
18 – 29 J.	
30 bis 39 J.	
40 bis 49 J.	
50 bis 59 J.	
60 J. und älter	
Unbekanntes Alter	
Nationalität	
Österreich und gleichgestellte Personen	
EU-Ausland	
Drittstaaten-AusländerInnen	aufrechte Aufenthaltsbewilligung
Drittstaaten-AusländerInnen	ohne eigenständige Aufenthaltsbewilligung (z.B. Frauen nach Trennung)
Drittstaaten-AusländerInnen	keine Aufenthaltsbewilligung (z.B. nach Ablehnung des Asylantrages)
AsylwerberInnen	Laufendes Verfahren
unbekannt	
Erwerbsstatus / Lebensunterhalt	relevant sind laufende Einkommen, nicht einmalige Zahlungen; zum Zeitpunkt der Aufnahme in die Betreuung
Erwerbstätigkeit	
Arbeitslos, Bezug aus dem ALVG	Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss
Nicht erwerbsfähig, Bezug aus dem	z.B. Pension, Karenzgeld, Krankengeld

Betreuungsfälle		Erläuterungen zur Kategorie
ASVG		etc.
Sozialhilfe		
Wohnbeihilfe		
Unbekannt		
Wohnrechtlicher Status		
Hauptmiete		
Untermiete		
Wohnbetreuungsvertrag		z.B. Kombination von Untermietvertrag mit Betreuungsvereinbarung
Nutzung ohne mietrechtlichen Vertrag		z.B. Beherbergung
Kein eigenständiger Mietvertrag		
Unbekannt		
Status vor der Aufnahme		
Eigene Wohnung verloren		z.B. durch Delogierung, in Folge einer Scheidung/Trennung
Andere Einrichtung des betreuten Wohnens		
Stationärer Aufenthalt / Psychiatrie		
Haft		
Anderes Bundesland		
Unbekannt		
Art der WLH-Einrichtung		
Sozialberatungsstellen		
Tageszentren mit Beratungsangebot		
Streetwork / aufsuchende Sozialarbeit		

c) Delogierungsprävention, Betreuungsfälle im Jahr 2006 / Jahresstatistik

Betreuungsfälle		Erläuterungen zur Kategorie
Anzahl aller alleinstehenden KlientInnen		
Davon Frauen		
Männer		
Anzahl aller erfassten Familien		
Davon Frauen		wohnungslose Familien, z.B. AlleinerzieherIn mit Kindern
Männer		
Mitziehende Minderjährige		
Altersstruktur		
< 18 Jahre		exkl. mitziehende Minderjährige
18 – 29 J.		
30 bis 39 J.		
40 bis 49 J.		
50 bis 59 J.		
60 J. und älter		
Unbekanntes Alter		
Nationalität		
Österreich und gleichgestellte Personen		
EU-Ausland		
Drittstaaten-AusländerInnen		aufrechte Aufenthaltsbewilligung
Drittstaaten-AusländerInnen		ohne eigenständige Aufenthaltsbewilligung (z.B. Frauen nach Trennung)

Betreuungsfälle		Erläuterungen zur Kategorie
Drittstaaten-AusländerInnen		keine Aufenthaltsbewilligung (z.B. nach Ablehnung des Asylantrages)
AsylwerberInnen		laufendes Verfahren
unbekannt		
Erwerbsstatus / Lebensunterhalt		relevant sind laufende Einkommen, nicht einmalige Zahlungen; zum Zeitpunkt der Aufnahme in die Betreuung
Erwerbstätigkeit		
Arbeitslos, Bezug aus dem ALVG		Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss
Nicht erwerbsfähig, Bezug aus dem ASVG		z.B. Pension, Karenzgeld, Krankengeld etc.
Sozialhilfe		
Wohnbeihilfe		
Unbekannt		
Wohnrechtlicher Status		
Hauptmiete		
Untermiete		
Wohnbetreuungsvertrag		z.B. Kombination von Untermietvertrag mit Betreuungsvereinbarung
Nutzung ohne mietrechtlichen Vertrag		z.B. Beherbergung
Kein eigenständiger Mietvertrag		
Unbekannt		
Status vor der Aufnahme		
Eigene Wohnung verloren		z.B. durch Delogierung, in Folge einer Scheidung/Trennung
Andere Einrichtung des betreuten Wohnens		
Stationärer Aufenthalt / Psychiatrie		
Haft		
Anderes Bundesland		
Unbekannt		
Art der Einrichtung		
Fachstellen für Delogierungsprävention / Wohnungssicherung		
Delogierungsprävention in Sozialberatungsstellen der WLH		
Delogierungsprävention in Beratungsstellen anderer Träger		z.B. Sozialämter / Gemeindeämter / Wohnungsämter

Betreuungsfälle		Erläuterungen zur Kategorie
Ergebnis der Delogierungsprävention		
Brieflicher Kontakt hergestellt		
Erstberatung erfolgt		
laufende Beratung / Delogierungsprävention im Gange		
Räumungstermin konnte verschoben werden		
Räumung konnte nicht verhindert werden		Suche nach alternativer Wohnversorgung ist eingeleitet
Beratung wurde ohne Ergebnis abgebrochen		
Wohnung konnte gesichert werden		